

nur die Volksschule besuchen, müssen dieses 9. Schuljahr dann an der Volksschule besuchen. Nach der Planung sollen ab Herbst 1966 folgende Lehrgänge geführt werden: 40 selbständige Schulen, an 45 Hauptschulen 98 Klassen, an 13 Volksschulen 17 Klassen und an 2 Sonderschulen werden 2 Klassen aufgemacht werden. Wie es in Graz aussehen soll, möchte ich auch noch mitteilen. Nach dem Schulbauprogramm der Landeshauptstadt Graz — dieses wurde ja gemeinsam ausgearbeitet und es ist nicht so, wie ich das gestern in einer Grazer Tageszeitung gelesen habe — sollen für diese polytechnischen Lehrgänge zwei große neue Schulgebäude errichtet werden. Eines am linken Murufer und eines am rechten. In jedem Gebäude werden zwei Schulen untergebracht sein. Eine Schule mit polytechnischen Lehrgängen für Knaben, eine für Mädchen, also insgesamt in Graz, um ein Beispiel herauszunehmen, 4 Schulen in zwei großen Gebäuden mit voraussichtlich 40 Lehrgängen. So wichtig der Gegenstand ist und so interessant, er bildet zweifellos eine Problematik, so möchte ich doch aus diesem Zauberkreis herauskommen und rein persönlich zu keinem Lehrermangelkomplex kommen. Noch größere Anstrengungen müssen unternommen werden, besondere Maßnahmen müssen getroffen werden!

Noch ein Hinweis auf das Studienförderungsgesetz für Hochschulüler. Wir haben aus den Zeitungen entnommen, daß dieses Gesetz in der nächsten Zeit novelliert wird. Es wurde das im Nationalrat angekündigt. Unbedingt muß aber getrachtet werden, daß 1968 auch die Besucher der pädagogischen Akademien in den Genuß der Studienförderung kommen. Die Mittel, die das Land Steiermark bisher für Studienbeihilfen an Hochschulüler bereitgestellt hat und die durch das Inkrafttreten des Studienförderungsgesetzes frei geworden sind, sollen das Mittelschulstudium finanziell unterstützen.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren! (Zwischenruf von der ÖVP: „Bravo!“) Ich froh bin, so wie Sie, wenn ich meine Aufgabe, so gut ich das kann, erledigt habe.

Jenen Eltern, die nicht am Studienort wohnen, erwachsen zusätzlich beträchtliche Kosten für die notwendigen Fahrten der Kinder vom Wohnort zur Schule. Auch bei den Schülern, bei den Hauptschülern und Mittelschülern gibt es mehr Pendler als wir vermuten. Das ist eine sehr, sehr traurige Angelegenheit. Wenn ein tägliches Pendeln infolge der großen Entfernung vom Studienort nicht möglich ist, kommen noch die Auslagen für Unterkunft und Verpflegung zusätzlich dazu. Daher muß die Bereitstellung einer genügenden Zahl von Stipendien gewünscht werden für begabte und fleißige Mittelschüler, deren Eltern auch beim besten Willen nicht in der Lage sind, für die Studienkosten aufzukommen.

Das große Schulgesetzwerk des Jahres 1962 hat auch neue Lehrpläne für die österreichischen Volksschulen und Hauptschulen vorgesehen. Die steirische Lehrerschaft hat in den vergangenen Monaten in allen Bezirken des Landes neue Lehrstoffverteilungen ausgearbeitet. Dafür gebührt ihr wohl der beson-

dere Dank der Schulbehörde, der Eltern und des ganzen Landes. Mit dieser umfangreichen Arbeit, meine Damen und Herren, hat nun die innere Erneuerung des österreichischen Schulwesens begonnen. Ich möchte zum Schluß meiner Rede zur Gruppe 2, Schulwesen, sagen, daß durch die neuen Schulgesetze den Gemeinden und dem Land zweifellos beträchtliche Ausgaben erwachsen. Große Summen werden in den nächsten Jahren wieder flüssiggestellt werden müssen.

Bedenkt man aber, wie viele Schulhäuser gerade in Steiermark — und darauf können wir alle stolz sein — neu errichtet, renoviert oder umgebaut wurden seit dem Jahre 1945, dann dürfen wir hoffen, daß auch die neuen Aufgaben mit vereinten Kräften, meine Damen und Herren, gemeistert werden können. Dieses neue Werk wird vollbracht werden zum Wohle der steirischen Schuljugend und der gesamten Bevölkerung unseres schönen Heimatlandes. (Allgemeiner, starker Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Als nächstem Redner erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Edda Egger.

Abg. Edda Egger: Meine Damen und Herren! Das Spiel, wer zuerst zum Kapitel Schulwesen zu sprechen hat, die SPÖ oder die ÖVP, hat dieses Jahr Herr Präsident Afritsch 1:0 gewonnen. Dadurch kann ich mich etwas kürzer fassen, worüber Sie sicher nicht böse sind.

Er hat in seinen Ausführungen sehr wesentlich den statistischen Aspekt in den Vordergrund geschoben. Das ist aber nicht der einzige und so bleibt noch einiges zu sagen.

Wenn wir betrachten, was im heurigen Jahr in Steiermark geschehen ist, so zeigt sich, daß das Schulwesen in wirtschaftlicher Hinsicht, also der Bau der Schulen ebenso vorangetrieben wurde, wie es in den Jahren vorher der Fall war. Es wurden nicht nur die 8 Millionen Schilling aus dem Schulbaufonds für die Schulen aufgewendet, sondern das Land hat an Bedarfszuweisungen bis zum 1. Dezember 1964 noch etwa 40 Mill. S dazugegeben, d. h. den fünffachen Betrag, und das ist wohl der ausschlaggebende Betrag dafür, daß wir noch weitere notwendigen Maßnahmen treffen können, vor allem im Hinblick auf das 9. Schuljahr. Denn die Gemeinden selbst, deren Aufgabe der Bau von Schulen ist, könnten allein niemals genug tun. So sind wir froh, daß auf diesem Weg doch wesentlich weitergebaut werden kann. Im heurigen Jahr ist bis zum 1. Dezember um 10% mehr als 1963 gegeben worden, also immerhin ein befriedigender Betrag. Es ist anzunehmen, daß auch jetzt im Dezember die Summe noch eine gewisse Erhöhung erfahren wird.

Wir können auch feststellen, daß im heurigen Jahr die noch ausstehenden Ausführungsgesetze der Bundesschulgesetze im Land fertiggestellt wurden und daß die Kollegien des Landesschulrates und der Bezirksschulräte in Bildung begriffen sind.

Wenn man frühere Budgetreden durchblättert, so sieht man, daß viele Forderungen, die wir vor einigen Jahren erhoben haben und die man damals für fast unrealisierbar gehalten hat, in der Zwischenzeit doch erfüllt worden sind. So ist Wesent-

liches geschehen im Land und man hätte z. B. vor einem Jahrzehnt kaum gedacht, daß 10 Mittelschulen in Steiermark errichtet werden würden, daß der Bund auch so sehr mithilft. Wir müssen uns fragen, ob durch diese großen Leistungen nun wirklich alles in schönster Ordnung ist, ob alles, was in Bewegung gesetzt wurde, nun quasi von selbst weiterrollt. Wen man in die Bevölkerung horcht, muß man feststellen, daß diese Leistungen zur Kenntnis genommen werden, aber daß darüber hinaus die Schule für die Bevölkerung ein Problem ist, wie noch nie zuvor. Es wird von Eltern über die Schule sehr viel gesprochen. Die Eltern haben große Sorgen mit ihren schulpflichtigen Kindern. Sie betreffen vor allem den Lehrstoff und die Art des Unterrichts, also die Methode, dann die Berufsmöglichkeiten, die Verlängerung durch das 9. Schuljahr, den Wechselunterricht, auch die Sorge wegen fehlender Lehrer, die auch bis in die Familien hineinwirkt, weil der Unterricht dann nicht zur gewohnten Zeit abgehalten werden kann, Verschiebungen stattfinden usw. Alles, was so die Menschen bewegt, ist zwar nicht direkt Aufgabe des Landes. Dennoch kann uns das nicht gleichgültig sein, denn alle diese Fragen betreffen im Grunde das Problem, ob die Schule wirklich den Zweck erfüllt, ob sie den Kindern das mitgibt, was sie für das Leben wirklich brauchen. Wir könnten diese Frage aber auch so formulieren, daß wir uns fragen, sollte die Schule den Kindern mehr an Bildung oder mehr an Ausbildung mitgeben? An diesen Fragen kann heute wohl niemand vorbeigehen, der ernsthaft an die Zukunft denkt. In einer sich so rasch wandelnden Welt, wie wir sie miterleben, sollte es vielleicht keine Frage sein, was der Mensch notwendiger braucht. So viel Fachkenntnisse, die vielleicht teilweise überholt sind, bis der junge Mensch wirklich eines Tages in seinem Beruf steht oder solide Grundkenntnisse und eine harmonische Entwicklung aller seiner Kräfte und Anlagen, seines Charakters, seines Verstandes ebenso wie seiner Phantasie, seines Willens, der Organisationsgabe, seiner Konzentration, seiner Anpassungsfähigkeit, seiner Tatkraft und was immer noch in den Menschen an Kräften lebt. Jene Kräfte, deren Entwicklung, Formung und Ordnung im Menschen eben das ausmachen, was man als eigentliche Bildung bezeichnen kann, und die dann bewirkt, daß sich der Mensch auch in einer ihm fremden Umwelt bewähren und zurechtfinden kann. Ich glaube aber, diese Frage „Bildung“ oder „Ausbildung“ kann man nur mit den Worten „Bildung“ und „Ausbildung“ beantworten. Beides brauchen die Kinder, beides brauchen die Menschen, wenn sie sich im Leben bewähren sollen. Diese Forderung könnte aber eine weitere Belastung der Schüler mit sich bringen, die wir unbedingt vermeiden müssen. Hier stimme ich den Reden zu, die heute schon hier gehalten wurden, daß eine weitere Belastung der Kinder nicht zu verantworten ist. Hier den richtigen Weg zu finden, diese grundsätzlichen Fragen über Lehrstoff und Unterrichtsmethode zu klären, das ist eine ganz besonders wichtige Aufgabe, von der sich niemand ausschließen sollte. Das sind Fragen, die eigentlich auf der ganzen Welt problematisch sind, bei denen man noch nirgends

Lösungen gefunden hat, bei denen man wahrscheinlich auch keine Patentlösungen finden kann, sondern wo es nur Verbesserungen gibt, die jeweils dem augenblicklichen Stand der Entwicklung der Menschen in der Welt der Bildung, Wissenschaft und Technik usw. angepaßt sind.

An solchen Verbesserungen sollten alle verantwortungsbewußten Menschen daran mitarbeiten, man sollte die Dinge zur Diskussion stellen, man sollte darüber sprechen, damit die Menschen sich Meinungen bilden und wenn, wie der Herr Abgeordnete Afritsch gesagt hat, Lehrkräfte an neuen Lehrplänen gearbeitet haben, so ist das ein sehr wesentlicher Beitrag zu dieser Frage, aber ich glaube, daß nicht nur die Fachkräfte mitarbeiten sollten, sondern daß die Frage der Ausbildung auch eine Frage der Eltern ist, auch sie sollten darüber eine Meinung haben. Und wir, die wir im öffentlichen Leben eine bestimmende Aufgabe haben, sollten mithelfen, daß diese Probleme und Fragen ins Gespräch kommen, daß die geistigen Seiten des Schulproblems von allen richtig gesehen und je nach ihren Möglichkeiten zur Kenntnis genommen werden, damit wir einmal die Zeit erleben, wo wir in diesen Fragen zu besseren Lösungen kommen, als das jetzt der Fall ist.

Ich glaube, daß gerade die Bundesländer hier eine wichtige Aufgabe haben, stärker als bisher mit den zentralen Stellen zusammenzuarbeiten. Man hört auch von Schulmännern immer wieder die Meinung, „das ist von Wien so gekommen, wir sind zwar nicht damit zufrieden, aber da kann man nichts machen“. Daher meine ich, daß hier bei der Lehrplanerstellung mehr mitgearbeitet werden müßte, daß Impulse von den Bundesländern ausgehen müßten, und zwar von jenen Menschen, die täglich mit Schülern und Lehrern zu tun haben. In Österreich wird allzu leicht die Flucht ergriffen in die Ausrede „da kann man halt nichts machen“ und so nimmt man manches hin. Das zu diesem Problem, das mir als das wesentlichste heute erscheint. Denn mit dem Organisatorischen, mit dem Wirtschaftlichen, werden die Menschen im Grund schon fertig, und da ist man auch immer wieder überrascht, wie sehr das Lebendige die Kraft hat, Schwierigkeiten zu überwinden.

Wenn wir rein die statistischen Daten nehmen, die gerade früher aufgezählt wurden, dann müßte man sich sagen, bei 2000 fehlenden Lehrern kann kaum noch ein geregelter Unterricht stattfinden. In Steiermark fehlen etwa 500 Lehrer, wie kann da der Unterricht noch geregelt sein? De facto geht es aber doch, man findet Möglichkeiten, solche Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist nicht immer zum Nutzen aller Beteiligten, aber irgendwie geht es.

Die neuen Schulgesetze haben uns ja wirklich ohne Zweifel ganz außerordentliche Probleme gebracht, Probleme, von denen die Schulverwaltung anfangs meinte, daß man sie kaum bewältigen könne. Der größte Schritt in dieses unbekannt Land steht uns noch bevor und das ist die Bewältigung des polytechnischen Jahres. Über die Frage, wieviel Klassen dafür notwendig und wie diese verteilt sind und wo diese Schulen hinkommen können, gibt es bereits eine Aufstellung. Ich kann Ihnen diese leider nicht einzeln austeilen lassen,

ich habe nur dieses eine Exemplar. Es zeigt, wo selbständige polytechnische Lehrgänge errichtet werden sollen und wo sie an Hauptschulen angeschlossen werden sollen usw. Das ist genau nach der Bevölkerungsdichte recht gut über das ganze Land verteilt. Der Plan ist noch nicht feststehend, aber er bildet bereits eine gute Diskussionsgrundlage. Hier ist z. B. auch angegeben, daß für Graz 4 verschiedene Schulen vorgesehen sind und nicht nur 2. Es wäre durchaus zu begrüßen, mehrere Schulen zu errichten, denn wenn wir uns heute den Stoßverkehr zu Zeiten des Schulbeginnes und des Schulschlusses anschauen, dann ist es durchaus nicht wünschenswert, wenn unsere Kinder über Murbrücken — die jetzt nur in geringer Zahl vorhanden sind — und in Verkehrsmitteln, in denen die Luft kaum zu atmen ist, zum Unterricht müssen. Da ist es schon besser, mehrere Schulen einzurichten und damit die Schulwege zu verkürzen. Vorgesehen ist eine Schule mit 11 Klassen, eine mit 8 Klassen, eine andere mit 9 Klassen. Das sind Schulgrößen, bei der der Direktor seine Lehrer und Schüler noch einigermaßen überblicken und kennen kann, da ist der menschliche Kontakt sicher ein besserer und damit auch der Schulerfolg, als dies bei übergroßen Schulen der Fall ist. Sie sehen, es ist von seiten der Schulverwaltung wirklich wesentliche Vorarbeit geleistet worden und wir müssen dankbar sein, daß wir auf diese Weise langsam den Weg finden, diese Aufgaben zu bewältigen.

Sehr wichtig werden die neuen Lehrpläne für die polytechnischen Lehrgänge sein. In Österreich wird hierfür einiges vorbereitet. Es werden derzeit an verschiedenen Orten Versuchslehrgänge geführt, wie z. B. in Salzburg. Dort werden z. B. pro Woche und Klasse 6 Lebenskunde-Stunden gegeben. Ein Lehrer, der vom Unterricht etwas versteht, wird das reichlich viel finden. Ich glaube, es wird vor allem zuviel im Hinblick auf die Zahl der Lehrer sein, die fähig sind, einen so guten Unterricht in diesem Fach zu erteilen, daß die Schüler nicht totgeredet werden. Es gibt einzelne Lehrer, die können den Stoff sehr gut und interessant bringen — ich glaube, es sind vor allem Lehrerinnen, weil Frauen sich da wesentlich leichter tun — und die Kinder sehr lebensnah in das Erwachsen-Werden hinein-führen. Ich habe in Salzburg z. B. sehr interessante Kostproben davon bekommen und habe mir gedacht, wenn es alle so könnten, dann wäre das ein schöner Weg. Doch bin ich überzeugt, daß das eine Lehrkraft war, wie man sie ganz selten findet — eine Mutter von halbwüchsigen Kindern —, die wirklich besonders gut arbeiten konnte.

Herr Präsident Afritsch hat gesagt, daß der Hauswirtschaftsunterricht für Mädchen im Vordergrund stehen soll. Ich bin völlig seiner Meinung, nicht nur weil ich Kochen und Hauswirtschaften allein für so wichtig halte, obwohl es im Leben jeder Frau eine große Rolle spielt, nicht nur für die Frau selbst, sondern auch für die Familie, für die Männer, für die Kinder. Aber es kommt noch etwas dazu. Hauswirtschaft ist ein Fach, bei dem man den Menschen erziehen kann, wie kaum in einem anderen Fach, und deswegen ist es gerade für diese Altersstufe besonders wichtig. Hier können wir jenes Problem am besten lösen, welches auch bei

den polytechnischen Lehrgängen auftreten wird, nämlich, daß wir sehr verschiedene Schüler in den einzelnen Schulen haben werden. Wir werden Hauptschüler und Volksschüler darin haben. Wir werden vielleicht auch den einen oder anderen Mittelschüler dabei haben, der nur die Untermittelschule gemacht hat und dann noch das 9. Schuljahr machen muß, weil er nicht in die Obermittelschule gehen will. Hauswirtschaft gibt da für die Lehrpläne der Mädchen gute Möglichkeiten. Für die Lehrpläne der Buben wird es wesentlich schwerer sein. Leider ist nicht selbstverständlich, daß die Hauswirtschaft im Vordergrund stehen wird. Ich habe von 2 Stunden Hauswirtschaft in der Woche gehört. Wer etwas von diesem Fach versteht, weiß, daß man damit nicht viel anfangen kann. (Abg. Heidinger: „Alle 14 Tage 4 Stunden!“) Aber fällt der Unterricht einmal aus, dann hat man die Mädels alle 3 Wochen einmal. (Abg. Heidinger: „Aber die Mädchen heiraten trotzdem!“) Aber sind die Männer zufrieden, wie die Mädchen den Haushalt führen? Viele Ehen werden geschieden und die jungen Frauen sind unglücklich wegen der Überbelastung durch die ungekannte Arbeit. Das ist ein Problem der Familie unserer Zeit, das man nicht mit kurzen Worten und billigen Schlagworten abtun kann.

Den Lehrermangel sehen auch wir. Auch wir sind der Meinung, daß man alles tun muß, um dem Lehrermangel abzuwehren. Wir müssen sagen, daß in Steiermark nicht nur der Lehrermangel verhältnismäßig groß ist, sondern daß auch viel geschieht, um dem Lehrermangel abzuwehren.

Ich möchte da z. B. erwähnen, daß hier die Initiative vorhanden war, einen zweijährigen Maturantenkurs für die Absolventinnen von höheren Frauenberufsschulen zu führen. Sicher eine Gruppe von Mädchen, die anlagemäßig sehr gut geeignet ist, als Lehrer an Pflichtschulen zu wirken.

Eine seit kurzem durchgeführte Verbesserung, die ohne Zweifel beitragen wird, daß der Lehrer auch finanziell bessergestellt sein kann, ist, daß die Mehrdienstleistungen an Pflichtschulen auch entlohnt werden, so wie es an Mittelschulen der Fall ist, wenn Supplierungen notwendig sind.

Es würde aber sicher noch andere Möglichkeiten geben, den Lehrberuf finanziell anziehender zu machen, abgesehen von den Lehrerwohnungen, die ohne Zweifel noch besser erstellt werden müßten. Das ist eine Aufgabe, die die Gemeinden belastet, aber die eine der wenigen Möglichkeiten bietet, um ortsansässige Lehrer zu bekommen, so daß die Lehrer dann im Gemeindeverband auch jene Aufgaben erfüllen können, die immer noch ein besonderer Auftrag der Lehrer waren, nämlich, kultureller Mittelpunkt in einer Gemeinde zu sein. Wenn in den Gemeinden keine guten Wohnungen vorhanden sind und der Lehrer als Pendler in den Ort kommt, dann wird er das nie sein können. Erst wenn er wirklich dort wohnt, wenn er den Kontakt mit der Bevölkerung hat, dann ist es möglich, daß er diese kulturellen Aufgaben erfüllt, die gerade für die heutigen Lebensformen so besonders wichtig sind.

Wir haben Lehrermangel nicht nur an Pflichtschulen, sondern ebenso an Mittelschulen, also an den allgemeinbildenden höheren wie an den berufsbildenden Schulen. Darum muß der Lehrberuf unbedingt anziehender gestaltet werden, so schwierig das auch ist, weil das Drängen nach höheren Besoldungen immerhin auch die Währung in Gefahr bringt. Wenn wir noch dazu bedenken, daß im Ausland die Lehrer wesentlich höher bezahlt werden, daß unsere Lehrer in Deutschland mit Handkuß angestellt werden und doppelt soviel an Bezügen bekommen, dann sind Verbesserungen in dieser Richtung besonders nötig, denn die Pflichtschulen sind ohne Zweifel immer noch die tragenden Säulen der Bildung unserer gesamten Bevölkerung.

Noch kurz etwas über die Fachschulen des Landes. Es sind vor allem Frauenberufe, für die das Land ausgebildet, und zwar für medizinisch-technische, fürsorgliche und Krankenpflegeberufe. Das sind Mangelberufe, ähnlich wie der Lehrberuf. Auch hier ist der Trend: weg von diesen Berufen, denn alles Pflegerische, alles, was sich um Lebendiges zu kümmern hat, ist mühsam. Man kann es nicht so wie die Schreiarbeit aus der Hand legen, man ist auch seelisch wesentlich beteiligter. Man hat mehr Verantwortung zu tragen oder Verantwortung, die einen mehr bedrückt, einem mehr nahegeht und einen oft vor größere Probleme stellt. So ist es begreiflich, daß diese Berufe nicht so gerne gewählt werden, obwohl es immer noch eine verhältnismäßig große Anzahl von Mädchen gibt, die dafür bereit wären, wenn man diese Berufe etwas attraktiver machen würde. Wir haben in einigen solcher Schulen verhältnismäßig wenige Schülerinnen, vor allem in der Fürsorgerinnenschule. Das wird uns noch große Sorgen machen.

Die Schülerzahl in den Krankenpflegesschulen ist etwas besser, obwohl auch sie größer sein könnte. Wir werden mit der Fertigstellung der neuen Kinderklinik sehr viele Kinderschwester brauchen. An Krankenschwestern ist immer noch Mangel und die Krankenschwestern, die bei uns keine Stellen bekommen, würden auf der ganzen Welt sehr gerne genommen werden. Es ist ein Vorteil, daß die Forderung nach einer Erhöhung des Taschengeldes, so daß es ungefähr dem Taschengeld anderer Schulen angepaßt ist, Rechnung getragen wurde. Wir freuen uns, daß die Grazer Schule nun nicht schlechter als die anderen österreichischen Schulen dasteht.

Ein weiterer erfreulicher Fortschritt ist, daß die beiden Schulen für Großkrankenpflege und Kinderkrankenpflege nun zu Internaten kommen werden. Das wird auch beitragen, daß sich die Schülerinnen in dieser Ausbildung wohler fühlen. Ich bin überzeugt, daß mit dem Augenblick, wo diese Internate zu beziehen sein werden, auch mehr Schülerinnen kommen werden, weil es eine so große Rolle spielt, wie sich gerade Krankenpflegerinnen, die ja einen schwierigen Dienst haben und auf den verschiedenen Stationen Dienst machen müssen, also kein einheitliches Schulgebäude haben, wie sich diese in einem Heim zu Hause fühlen können. So ist es mir unbegreiflich, daß man Schwierigkeiten

bei der Unterbringung und Versorgung der Kinderkrankenpflegeschülerinnen macht, daß man die Schuloberin nicht bei ihren Schülerinnen lassen will. Das betrifft den Herrn Landesrat Sebastian. (Landesrat Sebastian: „Das ist nichts Neues, ich werde Ihnen morgen antworten!“) Ich muß sagen, es ist bedauerlich, daß da sachlichen Gründen so wenig Rechnung getragen wird. Ich hoffe, daß ich mich nicht ärgern muß über die Antwort. (Landesrat Bammer: „Er ist ja Kavalier und für sein Entgegenkommen bekannt!“)

Wir müssen froh sein, wenn in einer Schule eine erfahrene Lehrkraft da ist, die Kraft hat, die Mädchen zusammenzuhalten, und bei der auch die Mädchen selbst das Gefühl des notwendigen Haltes finden, so daß da die Schule wirklich ein Ganzes ist. Das sollte man nicht zerstören.

So wie wir Internate für diese Fachschulen brauchen, so brauchen wir auch weiter die verschiedenen Landes-Schülerheime, die Gott sei Dank in einem recht guten Ausmaß vorhanden sind, nicht immer sehr modern, aber immerhin doch so, daß eine Reihe von Kindern, die sonst nicht die Möglichkeit hätten, höhere Schulen zu besuchen oder eine bestimmte Berufsausbildung zu erhalten, diese nun in Graz bekommen können. Diese freiwillige Leistung des Landes ist ebenso dankenswert, und wir können stolz darauf sein, wie auch auf die reichlichen Stipendien, die wir Mittelschülern geben können. Es wurde auch davon schon gesprochen, daß wir da verhältnismäßig viel geben können, und wenn Sie die Posten im Voranschlag anschauen, werden Sie sehen, daß, weil für die Hochschüler weniger gebraucht wird, die Summen für die Mittel- und Fachschüler erhöht werden konnten. Das ist sicherlich einer der besten Wege, um einem breiten Kreis unserer Jugend eine gute Ausbildung zukommen zu lassen, das ist Geld, das wirklich fruchtbar angelegt ist.

Weil wir aber nicht nur in höheren und beruflichen Fachschulen Mädchen und Buben ausbilden wollen, sondern auch als Lehrlinge genügend Mädchen in der Stadt unterbringen müssen, oder Mädchen, die spezielle Berufe nur in Graz erlernen können, haben wir einen Resolutionsantrag gestellt, daß das Land Sorge tragen möge, daß auch in Graz ein Heim für weibliche Lehrlinge errichtet wird. Es ist nicht Sache des Landes, solch ein Heim zu errichten, aber es kann den Anstoß dazu geben, es kann fördern, es kann die Initiative ergreifen. Für diese 14- bis 15jährigen Mädchen, die oft sehr wenig Geld haben, meistens aus minder begüterten Familien kommen und auf Privatkostplätzen oft sehr schlecht untergebracht sind, wäre ein Heim mit einer entsprechenden Aufsicht sehr wichtig. Nur eines: kein zu großes Heim! Diese Forderung muß man im Interesse einer guten Erziehung immer wieder stellen.

Damit möchte ich meine Ausführungen über das Schulwesen beschließen. Obwohl ich nur über einige Teile dieses großen und wichtigen Bereiches gesprochen habe, so haben auch diese schon eine Vielfalt von Bildungsmöglichkeiten für unsere Jugend und die großen Bemühungen um ihren weiteren Aufbau aufgezeigt, an dem viele Menschen mit

großer Hingabe und mit ihren besten Kräften arbeiten. Das sind die Lehrer ebenso wie die Angestellten und Beamten der Schulverwaltung, ebenso auch die Verantwortlichen in den Gemeinden, denen wir heute unseren Dank vom Herzen sagen wollen. Bildung und Ausbildung sind in unserer Zeit so notwendig wie noch nie. Die neuen Schulgesetze und all die neuen Schulen sind ein Zeugnis unseres Willens, dieser Forderung und dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen. Aber wir haben noch sehr viel zu tun. Möge es uns gelingen, daß wir all die Häuser, die in den letzten Jahren gebaut wurden und die noch gebaut werden, mit dem rechten Leben und Geist erfüllen für einen guten Weg unserer Bevölkerung in die Zukunft. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten P a b s t das Wort.

Abg. Pabst: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Unterabschnitt 291 sieht in unserem Budget zur Gewährung von Studentenbeihilfen für Schüler an höheren und mittleren Lehranstalten einen Betrag von 2.300.000 S vor. Dies bedeutet eine erfreuliche Erhöhung dieses Postens gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Drittel. Damit wird vielen minderbemittelten Schülern die Möglichkeit gegeben, auch Mittelschulen zu besuchen.

Kurz möchte ich zu den Prozentsätzen Stellung nehmen, über die früher Herr Kollege Afritsch gesprochen hat. Dabei steht Graz verhältnismäßig gut da. Das ist außer jedem Zweifel, nur kann und muß dazu gesagt werden, daß wohl aus allen Landesteilen Schüler — besonders Mittelschüler — hier in Graz weilen und hierfür auch die Eltern sehr große Kosten übernehmen müssen. Wir Eltern kennen den großen Wert der Mittelschulen und können feststellen, daß in der Steiermark eine ganz ansehnliche Zahl — derzeit sind es 38 mit 647 Klassen — gutgeführter Mittelschulen bereits bestehen. Durch den Mittelschulbesuch soll begabten Kindern eine entsprechende Berufsausbildungsmöglichkeit besonders in der kommenden Bildungsgesellschaft geboten werden. Wir wissen auch, daß für den Mittelschulbesuch eine entsprechende Auslese getroffen werden muß und kennen und schätzen hier das ehrliche Mühen eines Großteils der Mittelschulprofessoren, ihren Schülern für das Leben möglichst viel mitzugeben. Diesen Lehrkräften gebührt unser wirklich ehrlicher Dank und unsere Anerkennung. Als Eltern machen wir aber des öfteren auch ungute Erfahrungen. An einzelne Mittelschulprofessoren müssen wir die Bitte richten, mehr zu lehren und nicht nur aus Büchern lernen zu lassen. Ungut wirkt es aber auf Eltern und Schüler und macht diese oft sehr nervös, wenn man von einzelnen Professoren zu hören bekommt, daß ohnehin fast um die Hälfte der Schüler zu viel wären. Auch über die Elternsprechtage kann man Klagen hören. Vor allem, daß den Eltern dabei überlange Wartezeiten zugemutet werden. Ich persönlich erlebe diesbezüglich eigentlich ein gutes Gegenteil, ich möchte fast sagen, ein gutes Beispiel. Ich habe zwei Söhne in einer Mittelschule hier in Graz und während dieses achtjäh-

rigen Studiums finden dort nur 2 Elternsprechtage statt und es geht alles sehr gut, weil Mittelschule und Elternhaus gut zusammenarbeiten, dies allerdings in der ausgesprochen persönlichen Kontaktnahme. Ein wirkliches Anliegen der Eltern wäre eine möglichst baldige Sichtung und Neugestaltung des derzeitigen Mittelschul-Lehrplanes, von dem heute schon mehrmals gesprochen wurde, und wie es vor allem auch schon vor einiger Zeit von unserem früheren sehr verdienstvoll wirkenden Unterrichtsminister Dr. Drimmel angeregt wurde. Aber nicht nur ein Anliegen der Eltern ist das, sondern auch sehr viele Mittelschulprofessoren wünschen das, die der Jugend wirklich helfen wollen.

Abschließend möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, daß gerade im heurigen Jahr und in den kommenden Jahren wieder neue Mittelschulbauten in der Steiermark durchgeführt werden. 9 davon sind schon in Bau bzw. geplant, weil sich unser verehrter Herr Landeshauptmann Krainer und der zuständige Referent, Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren, seit Jahr und Tag redlich bemühen, möglichst viele mittlere und höhere Schulen für die Steiermark zu bekommen. Dieses Bemühen unterstützt derzeit besonders durch Zurverfügungstellung verstärkter Schulbaumittel unser steirischer Unterrichtsminister Dr. Piffl. Diesen drei genannten Herren muß besonderer Dank und Anerkennung ausgesprochen werden. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort hat sich Herr Dr. Stepantschitz gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. DDr. Stepantschitz: Meine Damen und Herren! Wir haben viel gehört von den Schulen, von den Sorgen und von den neuen Schulgesetzen. Nun stehen wir schon wieder vor einer Situation, die uns neue Gesetze bringen soll, und zwar betreffend die Hochschulen. Es ist keine Frage, daß gerade die Hochschulen eine neue Studienordnung brauchen, denn das was heute von den Studenten verlangt wird, steht in keinerlei Beziehung mehr zu dem, was theoretisch vorgesehen ist. Das heißt, auf der Technik und auch auf vielen Fakultäten der Universität brauchen die Studenten wesentlich länger, als es der Lehrplan vorsieht. Wir brauchen eine Änderung! Ich möchte nur hoffen, daß diese Neuregelung auch eine grundsätzliche Neuregelung ist. Denn es ist nicht alles das, was wir derzeit an Gesetzen vorliegen haben, Gold. Es ist auch schon sehr viel gesprochen worden über die neuen Schulgesetze. Ich darf mir hierzu nur eine Anmerkung erlauben. Die Meinung sämtlicher österreichischer Hochschulen geht dahin, daß das 9. Schuljahr auf die Hochschule gehört. In Amerika kommt ein junger Mensch im 17. Lebensjahr auf die Hochschule und beginnt hier ein allgemeines Studium, das seiner Fachrichtung entspricht. Bei uns wird er erst im 19. Lebensjahr dazu kommen und es kommt noch das Militär dazu. Es ist hier ein Umdenken notwendig. Es ist nun einmal nicht möglich in einer Zeit, in der wir so viel entdeckt haben als Menschheit, den armen Mittelschülern alles beibringen zu wollen. Wenn Sie behaupten, daß jemand, der sich bei den Atomreaktionen nicht auskennt, ungebildet

ist, dann muß ich mich selber zu diesem Kreis der Ungebildeten miteinschließen. Denn letztlich ganz verstanden habe ich es noch nicht und ich weiß nicht, ob hier im Hohen Haus jemand ist, der es mir so beibringen kann, wie es notwendig wäre. Es ist auch nicht möglich, sich auf allen Gebieten auszukennen. Das geht heute nicht! Und so möchte ich folgendes meinen. Die Mittelschule muß ein allgemeines Wissen darbringen, auch eine staatsbürgerliche Erziehung leisten und muß vor allem dem Mittelschüler das Lernen beibringen. Das Wissen für den Beruf, das ist Spezialwissen geworden, ob man das wahrhaben will oder nicht. Ich glaube, wir müssen auf dem Gebiet den Mut haben, die Situation ehrlich zu betrachten und wir müssen auch hier manche ausgetretenen Pfade verlassen, wenn wir es vermeiden wollen, daß unsere studierende Jugend ins Hintertreffen gerät.

Es geschieht einiges für unsere Hochschulen, auch von seiten des Landes. Ich darf darauf verweisen, daß wir — zum Großteil mit Hilfe des Landes — eine sehr wesentliche Zahl von Studentenheimen errichten konnten. Es gibt derzeit in Graz 1280 Heimplätze und in Leoben 407. Das bedeutet, daß in Graz 15% und in Leoben 50% der Hochschüler in Heimen, und zwar in sehr schönen modernen Heimen wohnen können. Ich darf aber gleichzeitig anmerken, daß dieser Prozentsatz wesentlich geringer ist als in Wien und in Innsbruck. Es ist notwendig, daß hier weitergebaut wird und es wird weitergebaut, aber es wäre notwendig, daß da ja kein Stopp eintritt.

Wir müssen weiters zur Kenntnis nehmen, daß durch die Stipendien, die der Staat jetzt den Hochschülern zahlt, eine völlig neue Situation entstanden ist, eine Situation, die wir dankbar zur Kenntnis nehmen. Es wird manchmal so dargetan, als ob die Studenten, die diese 1000 S monatlich bekommen, diese doch nur dazu benützen, um sich die Freizeit zu verschönen und ein Auto zu kaufen. Ich kann feststellen, daß es sehr harte Bedingungen sind, die man erfüllen muß, um das Stipendium ständig zu erhalten. Es müssen Prüfungen abgelegt werden, es muß der Studienfortschritt ständig nachgewiesen werden. Es sind die Bestimmungen vielleicht etwas zu hart. Es ist dies erst der Anfang, der einer sehr großen Zahl von österreichischen Studenten zugute kommt. Es sind an der technischen Hochschule 800 und an der Universität fast 1500 Studenten, die dieses Stipendium monatlich beziehen. Es ist ein sehr wesentlicher Beitrag, der von der Öffentlichkeit für die Studenten geleistet wird.

Darf ich noch etwas sagen. Ich habe hier nicht zu sprechen über die Einrichtungen der Hochschule, ich möchte nur vom Personal der Hochschule und speziell von den Studenten sprechen. Wir brauchen wesentlich mehr Lehrer und Assistenten als wir derzeit haben. Es ist erfreulicherweise so, daß im kommenden Jahr 2 Lehrkanzeln und Assistentenstellen für die Grazer Hochschulen geschaffen wurden. Das ist aber wahrhaftig nur ein sehr kleiner, ein sehr geringer Fortschritt. Wir dürfen, auch das muß ausgesprochen werden, obwohl es vielleicht nicht immer populär ist, nicht daran denken,

neue Hochschulen zu gründen, solange nicht die bestehenden ausreichend dotiert werden können.

Ich darf in dem Zusammenhang sagen, daß Österreich im Verhältnis zur Bevölkerung mehr Hochschulen besitzt als Westdeutschland. Es ist nicht die Frage, wie schaffen wir neue Hochschulen, es ist die Frage, wie versorgen wir die bestehenden Hochschulen so, daß sie das leisten können, was man von einer modernen Universität und von einer modernen Technik erwarten muß und darf. Wir brauchen mehr Lehrer, wir brauchen mehr Assistenten. Wir müssen es ermöglichen, daß auch an unseren Hochschulen der persönliche Kontakt zwischen Lehrern und Hochschülern hergestellt wird. Ich darf nur eines kurz anmerken. An der medizinischen Fakultät ist es so, daß in Wien im Verhältnis zu den Hochschülern etwa dreimal so viele Assistentenposten vorgesehen sind als in Graz. Wir werden auch hier darauf dringen müssen, daß entsprechend Wandel geschaffen wird.

Und nun nur noch ein Problem zum Abschluß des schon sehr späten Abends: die Ausländer. Wir bekennen uns dazu, daß Österreich die Verpflichtung hat, auch Ausländern eine Ausbildung zu ermöglichen. Es ist das mit ein Beitrag im Rahmen des europäischen Sendungsbewußtseins, wenn man so will, an andere Völker, die ihre Hochschulen noch nicht haben. Es ist das ein Beitrag im gemeinschaftlichen Geist. Wir wissen, daß dieses Geben, das wir heute vornehmen, einmal wieder Zinsen trägt, Zinsen nicht nur materiell, sondern auch geistig. Wir wissen, daß der Ruf Österreichs hinausgetragen wird in alle Welt. Wir bringen sehr große Opfer für diese Hochschüler, und zwar dadurch, daß wir unsere österreichischen Hochschüler im Raum notwendigerweise beengen. Wir bringen sehr große Opfer und wir bringen sie gerne. Wir möchten aber doch auch an die ausländischen Hochschüler die Bitte richten, daß sie die innenpolitischen Probleme ihrer Heimat nicht auf den Straßen unserer Stadt austragen. Wir haben viel Verständnis für Demokratie. Ich glaube, daß manche bei uns auch auf dem Gebiet trotz aller Schattenseiten, die auch heute wieder sichtbar geworden sind, einiges lernen können, aber wir bitten, daß die Demokratie auch respektiert wird und zur Kenntnis genommen wird.

Wir wollen die Leistungen anerkennen, die überall in Österreich gebracht werden. Wir wissen selbstverständlich, daß man zuerst den manuellen Arbeiter braucht, damit irgend etwas geschieht, wir wissen, daß wir den Bauern brauchen, den Landarbeiter, aber wir wissen auch, daß wir Spitzenleistungen brauchen und daß in dem Konkurrenzkampf in dem sich die Staaten befinden, es letztlich auf die Spitzenleistungen ankommt. Wahrscheinlich werden die Österreicher nicht als erste den Mond erreichen. Wir haben gerade auf dem Gebiet der Wissenschaft in der Vergangenheit sehr viel geleistet. Es ist eine gute Tradition, die unsere jungen Hochschüler hier vorfinden und es mag unser sehr ehrender Auftrag sein, alles zu tun, daß die jungen Studenten in die Lage versetzt werden, diese gute Tradition erfolgreich weiterzuführen. (Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis morgen 9 Uhr früh.

(Unterbrechung: 22 Uhr; Fortsetzung: 16. Dezember, 9 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus! Wir nehmen die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir sind bei der Beratung der Gruppe 2. Ich erteile Herrn Abgeordneten Scheer das Wort.

Abg. **Scheer:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist gestern hier in diesem Hohen Haus schon sehr viel über die Schulen gesprochen worden. Wir haben Reden gehört, die sich sehr eingehend mit dieser Materie beschäftigt haben und ich würde sagen, daß bei diesem Kapitel, bei den Fragen des Schulwesens alle Parteien, die hier im Hohen Hause vertreten sind, aber auch alle persönlich höchst interessiert an diesem Thema sind, und daß wir alle, wenn wir über dieses Thema reden, irgendwie pro domo reden, denn fast jeder von uns hat Kinder, erwartet vielleicht Kinder oder hat schon Kindeskindern, und wir sind außerordentlich interessiert daran, daß dieselben alle nur erdenklich gute Ausbildung erhalten, damit sie im künftigen Lebenskampf bestehen können. Darum, meine Damen und Herren, ist natürlich die Sorge um diese zukünftige und allgemeine Schulbildung und auch über die gegenwärtige so lebendig, daß zu diesem Kapitel eigentlich jeder seine Erfahrungen beitragen könnte und daß wir uns alle mehr oder weniger zurückhalten müssen, um uns über dieses Kapitel nicht zu sehr zu verbreitern. Wer könnte es da, noch dazu einem Schulmann, verdenken, sich besonders über diese Sache auszubreiten. Allerdings muß ich gleich eingangs erwähnen, daß es besonders interessant ist, festzustellen, daß die Schulmänner, die, sagen wir, in der Erhaltung der deutschen Sprache besonders avantgardistisch voranstürmen sollten, sich schon des „Abkürzungswesens“ bedienen und sich dessen befleißigen. So haben wir gestern von unserem Herrn Präsidenten Afritsch diese furchtbare Abkürzung „Mupäd“ gehört. Wenn man „Mupäd“ im Zusammenhang mit Schule hört, dann muß man eigentlich sofort an „Moped“ denken, und wenn man dann fragt, was das heißt, kommt man als Nichtschulmann drauf, daß das „musisch-pädagogisches Gymnasium“ heißen soll. (Abg. Heidinger: „Das eine ist ‚mit Pedal‘ und das zweite ist ‚mit Pedell‘!“) Ich habe mir dann noch andere Abkürzungen von Schulleuten anhören müssen. Z. B. gibt es das „Ladüg“, das ist das „Landes-Lehrerdienstrechtsüberleitungsgesetz“. Noch schöner ist der Ausdruck, den ich mir aufgeschrieben habe und der auch immer wieder verwendet wird, das ist das „Ladegüg“, das ist das „Landeslehrergehaltsüberleitungsgesetz“. Wir haben da also einen ganz schönen Blumenstrauß von Abkürzungen, den uns da unsere Herren und Damen Lehrer beschert haben. Wenn mir einer vom „Ladegüg“ erzählt, dann weiß ich nicht, was das für ein Untier ist und könnte mir nur denken, daß das vielleicht aus den „Galgenliedern“ von Morgenstern stammt.

Aber nun zurück zu den Dingen, die uns bei den Schulen beschäftigen. Es wurde gestern schon eini-

ges über das 9. Schuljahr gesprochen. Ich werde mich hüten, heute die vielen goldenen Worte hier zu wiederholen. Ich möchte sie nur ergänzen. Zum neunten Schuljahr wurde bisher nicht gesagt, daß dabei auch bei der Beschlussfassung im Nationalrat eines nicht bedacht wurde, zumindest nicht in dem Umfange bedacht wurde, wie es hätte bedacht werden müssen, nämlich, daß zum neunten Schuljahr erstens Lehrer, zweitens Lehrer und drittens noch einmal Lehrer gehören, daß dazu sehr viel Geld gehört, allein dazu, um all diese Schulen zu errichten, die dazu notwendig sein werden und daß man den Gemeinden dabei und im Umwege darüber auch den Ländern finanzielle Lasten aufbürdet, die sie in naher, aber auch in absehbarer Zukunft nicht imstande sein werden, zu leisten. Wir sind also sehr skeptisch und möchten behaupten, daß mit dem neunten Schuljahr wohl die Tat geboren, aber nicht auch das dazugehörige Geld schon bereitgestellt ist. Daher glaube ich, daß dieses neunte Schuljahr uns noch sehr lange hier beschäftigen wird.

Es schließt sich gleich daran der Lehrermangel. Wir wissen, es ist also in Wien ein Lehrerüberschuß von 600 an der Zahl und es ist schon gestern über diese Frage hier diskutiert worden. Aber man hat dabei auch eines nicht gesagt, warum denn diese Lehrer in Wien bleiben und nirgendwo anders hingehen? Das ist ja ganz einfach zu beantworten: Sie können sich erinnern, ich habe mich vor Jahren hier mit diesem Problem beschäftigt. Man muß den Lehrern natürlich einen entsprechenden Anreiz geben, um in einem anderen Ort und nicht zu Hause in ein Dienstverhältnis zu treten. Solange dem Lehrer nicht eine ordentliche, entsprechende und anständige, den heutigen Erfordernissen entsprechende Dienstwohnung zu Verfügung gestellt werden kann, wem kann man da mit dem relativ kargen Anfangsgehalt eines Lehrers, der sich heute irgendwie um 2000 S herum bewegt, zumuten, sich ein Zimmer zu besorgen und auswärts zu wohnen. Dazu kommt noch etwas. Der Junglehrer hat einen Horror vor dem Dienstantritt, weil gerade der Junglehrer während seiner provisorischen Dienstzeit dauernden Versetzungen unterworfen ist. So kommt es vor, daß innerhalb von drei Jahren es schon Tatsache war, daß ein Junglehrer bis zu zwanzigmal versetzt wurde. Ja, meine Damen und Herren, wenn man so etwas hört, dann versteht man, daß es gerade kein Vergnügen ist, wenn z. B. ein junger Wiener in die Steiermark kommt, dabei vielleicht einmal nach Donnersbach, dann nach Liezen, dann von Liezen nach Rottenmann usw. versetzt wird. Diese Dinge sind es, die natürlich den Junglehrer abhalten, seinen Beruf anzutreten oder in seinem Beruf zu bleiben. Thema eins zur Abschaffung des Lehrermangels kann nur sein, solche Bedingungen zu schaffen, damit der junge Mensch einen Anreiz bekommt, diesen Beruf zu ergreifen. Solange dies nicht der Fall ist, können wir uns über den Lehrermangel und über die ethischen Dinge dieses Berufes noch so sehr verbreitern, wir werden damit nicht einen Lehrer aus Wien in die Provinz hinauslocken. Das zum Lehrermangel.

Eine etwas problematische Darstellung und eine kleine Kritik möchte ich dahingehend anbringen,

daß man es nicht unterläßt, Junglehrer an einklassige Schulen zu geben. Wir haben ohnehin nur sehr wenig einklassige Schulen — Gott sei Dank — aber trotzdem wird bei der schwierigsten Sparte der Schulen, nämlich bei den einklassigen Schulen, gerade diese Klasse dem unerfahrensten Lehrer in die Hand gegeben. Ich glaube, meine Damen und Herren, man müßte von der Schulbehörde aus darauf einen besonderen Wert legen, ältere, erfahrene Lehrer dazu zu bewegen, eine einklassige Schule zu übernehmen und sich davor hüten, dem Junglehrer gerade den schwierigsten Schultyp überhaupt zu übertragen.

Zum Schluß möchte ich mich noch darüber auslassen, daß nach dem „Ladüg“, also nach dem Landes-Lehrerdienstrechtsüberleitungsgesetz, das seit 1. Februar 1964 in Wirksamkeit ist, dem Hauptschul- und auch dem Volksschullehrer die Überstundenleistung, also die „Supplierungen“ bezahlt werden. Und zwar kriegen sie da eine nicht unerhebliche Bezahlung. Leider Gottes hat es sich aber erwiesen, daß diese Überstunden meistens nur von den Direktoren in Anspruch genommen und abgeleistet werden, so daß sich die Frage erhebt, ob man nicht in diesem Gesetz oder in einer Verordnung dazu eine gerechtere Verteilung dieser Überstunden erreichen müßte, so daß der Lehrer und nicht nur der Direktor in den Genuß des Überstundenmachens kommt, weil ja bei dem Lehrerstand diese Überstunden gewünscht und erforderlich sind, was man ja nicht bei allen Berufen sagen könnte. Soviel über das, was ich im heurigen Jahr zum Schulwesen sagen wollte.

Es gibt einen ganzen Strauß von Wünschen, vielleicht auch einen ganzen Strauß von kleinen Beschwerden oder kleinem Schuhdrücken da und dort. Es würde den Rahmen unserer Debatte sprengen, darauf einzugehen. Uns alle einigt der Wunsch, alles zu tun, um unseren Kindern und Kindeskindern eine entsprechende Ausbildung zukommen zu lassen und das soll auch immer ein freiheitliches Anliegen sein. Wir wollen es von der Freiheitlichen Partei Österreichs aus auch betreiben, daß wir unseren Kindern und Kindeskindern eine entsprechende Schule zur Verfügung stellen und ihnen wirklich in jeder Lage im In- und Ausland den Lebenskampf entsprechend vorbereiten, damit sie diesen auch als aufrechte Österreicher bestehen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Klobasa das Wort.

Abg. Klobasa: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über das Schulwesen, Gruppe 2, ist schon soviel gesprochen worden, daß ich es sehr kurz machen werde. Ich möchte eingehen auf die Worte des Herrn Kollegen Scheer. Der Kollege Scheer meinte, daß die Lehrer uns die Abkürzungen beschieden haben. Ich glaube, das ist ein Irrtum. Hier sind es in erster Linie die Juristen gewesen, die diese Abkürzungen gebracht haben.

Gestern hat Herr Abg. Pölzl ganz kurz die Schulverhältnisse, die Schulwünsche der Stadtgemeinde

Feldbach urgiert. Ich unterstütze ihn vollkommen. Er weiß, daß wir im vorigen Jahr zum Initiativantrag unsere Stimme gegeben haben und ich kenne die Verhältnisse in der Stadt Feldbach. Alle Gemeinden sind hinterher, die Handelsakademie in Feldbach erhalten zu können.

In der Gruppe 2 in der Voranschlagspost 2111 scheinen rund 10 Millionen Schilling auf. Das ist ein Betrag, der gerade für den Neubau einer zwölfklassigen Schule ausreicht. Würden die Gemeinden nicht selbständig die Initiative auf dem Schulbau-sektor ergreifen, würde es triste auf diesem Gebiet aussehen, und Gott sei Dank, das ist es aber nicht. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Ein Großteil der Pflichtschulen wurde in den Jahren von 1870 bis zur Jahrhundertwende gebaut. Viele sind altersschwach, viele wurden zu klein und entsprechen daher den gegenwärtigen Anforderungen nicht mehr. In allen Bezirken des Landes werden Schulen gebaut und wurden Schulen gebaut von den niederorganisierten bis zu den höchstorganisierten Schulen. Die Gemeinden geben für diese Bauvorhaben Millionenbeträge aus. Wir alle respektieren die Initiatoren, die Gemeindevertretungen, die Hervorragendes, weit in die Zukunft Vorausblickendes auf dem Schulbausektor leisteten. Schüler und Schülerinnen, die in diesen neuen Gebäuden ihre Schulkenntnisse erhalten, müssen von uns Älteren beneidet werden. Zu unserer Zeit hatten wir nicht so schöne, helle Räume. Die Schulen sind mit Werksräumen ausgestattet, haben Schulküchen, Lehrmittelräume und teilweise auch Speisesäle und Arztzimmer. Hier möchte ich darauf hinweisen, daß die Arztzimmer eine begrüßenswerte Einrichtung sind. Ich entsinne mich eines Berichtes der Gebietskrankenkasse über Durchführungen von Reihenuntersuchungen an Jugendlichen. Rund 25.000 Jugendliche wurden untersucht. Dabei wurde festgestellt, daß 57% vollkommen gesund sind, aber immerhin die respektable Anzahl von 43% weist leichte bis schwere Gesundheitsschäden auf. Ich glaube, daß der schulärztliche Dienst, wenn er klaglos arbeitet, hier eine wesentliche Besserung schaffen wird können. Auch die Schulleiter und Direktoren haben schöne Arbeitsräume. Große Gemeinden haben es hier leichter. Aber es müßte auch auf dem Schulbausektor den kleinen finanzschwachen Gemeinden geholfen werden.

Aber noch einen anderen Vergleich ziehe ich: Die Unterbringung der Landesschulbehörde in der Grabenstraße. Die Schulbehörde ist meines Erachtens in eine unwürdige Enge gedrängt. In Räumen mit einem Flächenausmaß von 5 × 2,5 m sind oft 3 Angestellte tätig. Zieht man die Fläche der Möbel, Tische und Sessel ab, dann kann man sich vorstellen, wieviel Bewegungsfläche für eine Angestellte oder für einen Angestellten übrigbleibt. Dies ist meines Erachtens ein mittelalterlicher Zustand. Der ganze Komplex der Landesschulbehörde sieht einem Gutshof ähnlich. Auf der einen Seite sind Baracken, auf der anderen ist ein niedriger Bau, der Stallungen sehr ähnlich sieht. Wir würden kein schlechtes Werk tun, wenn wir beim zuständigen Ministerium dahingehend einwirken könnten, daß hier eine andere Lösung gefunden wird.

Zum polytechnischen Jahr brauche ich nicht viele Worte verlieren. Wir wissen, daß 344 Klassen mehr im Jahre 1966/67 notwendig sind. Rund 10.000 Schüler werden diese Klassen besuchen. Dabei muß hervorgehoben werden, daß besonders Gebiete, aus denen weniger Schüler in höhere Schulen übertreten können, ein dichteres Netz von polytechnischen Schulen bzw. Klassen haben werden.

Noch erwähnenswert ist die vom Unterrichtsministerium angestrebte Schülerunterstützung für Pflichtschüler. Diese ist vor allem für jene Schüler aus abgelegenen Gebieten vorgesehen, für die die Eltern durch den Besuch einer Pflichtschule beträchtliche Fahrt- oder Heimkosten aufzuwenden haben.

Über die Lehrerbildung will ich auch weiter keine Worte verlieren. Es ist schon viel darüber gesprochen worden. Aber ich möchte über die Neuerrichtung des musisch-pädagogischen Gymnasiums, um nicht wieder eine Abkürzung zu gebrauchen, doch etwas kurz erwähnen. Früher stand das Verhältnis der Lehrerbildung 3 : 1 für die Frauen. Nach Gründung dieser neuen musisch-pädagogischen Gymnasien müßte das Verhältnis der Studierenden doch günstiger werden und das ist, meine Damen und Herren, begrüßenswert. Ich will damit nicht die Leistungen meiner weiblichen Kolleginnen schmälern, aber das Verhältnis bei den Volksschulen ist gegenwärtig 7 : 1 für die Frauen, d. h. auf einen Lehrer kommen 7 Frauen.

Auch die Altersstufe der Lehrkräfte in den Bezirken ist sehr verschieden. Ländliche Bezirke haben ein wesentlich günstigeres Durchschnittsalter als es hier in der Landeshauptstadt der Fall ist. In allen Budgetdebatten der vergangenen Jahre und auch gestern und heute hatten sich alle Reden in diesem Haus für eine intensivere Lehrerbildung ausgesprochen. Sie können diese Reden in den Stenographischen Berichten nachlesen. Aber mit der Einrichtung der pädagogischen Akademie müßte nach meiner Auffassung unmittelbar begonnen werden. Der Herr Landeshauptmann würde sagen, daß auch da schon Verbindung aufgenommen wurde. (Landeshauptmann Krainer: „Nicht Verbindung aufgenommen, Pläne sind da, das Grundstück!“) Pläne sind da! Es sollen die Verhandlungen mit dem zuständigen Ministerien schon im Gange sein. Für die Errichtung der Lehrera Akademie wäre es höchste Zeit. Wir können hier keine Zeit mehr verlieren. In der Nationalratsdebatte am 29. November 1963 wurde der Satz gesagt: „Der Zustrom unserer Jugend zum Lehrberuf ist vielleicht das Erfreulichste, was wir berichten können.“ Zeigen wir uns erkenntlich, greifen wir die Gegebenheiten auf, fördern wir den Lehrernachwuchs mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Unsere Jugend ist wißbegierig, geben wir ihr die Lehrer, die sie braucht! Nur so können wir im Existenzkampf bestehen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Ileschitz das Wort. (Zwischenruf von der ÖVP: „Auch ein Lehrer!“ — Landeshauptmann Krainer: „Sprechen Sie für die Lehrgewerkschaft?“)

Abg. Franz Ileschitz: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Mit Genugtuung haben wir zur

Kenntnis genommen, daß an die Stelle des Improvisierens nun endlich der Öffentlichkeit eine Gesamtplanung für das Land Steiermark hinsichtlich des Aufbaues des Berufsschulwesens vorgelegt worden ist. (Abg. Dr. Rainer: „Bravo Peltzmann!“) Damit sind die berechtigten Forderungen unserer Fraktion berücksichtigt worden. Statt der Investitionen in alten Schlössern und Häusern, die nie Schulzwecken gedient haben, wird endlich mit dem Aufbau von Berufsschulen begonnen. (Landesrat Peltzmann: „Internate, aber nicht Berufsschulen!“) Hinsichtlich der in der Planung vorgesehenen, noch zu errichtenden Landesberufsschulen werden allerdings verschiedene Momente zu berücksichtigen sein. Bei aller positiven Einstellung zur Verfachlichung und im Gedanken der Förderung des Grenzlandes darf doch nicht übersehen werden, daß die Errichtung von 5 weiteren Landesberufsschulen für das Handwerk die finanziellen Mittel des Landes sehr in Anspruch nehmen wird. Es wäre daher wünschenswert, bei Neuerrichtung von Landesberufsschulen Rücksicht zu nehmen auf vorhandene Schulräumlichkeiten und auf die Tatsache, daß außer dem Grenzland auch noch andere Gebiete wirtschaftliche Förderung verdienen. (Landeshauptmann Krainer: „Sie übersehen immer das Grenzland. Das Grenzland darf man nicht übersehen!“) Ich habe gesagt: „außer dem Grenzland“.

(Landeshauptmann Krainer: „Da bin ich Ihnen sehr dankbar!“) In diesem Zusammenhang muß unbedingt der Bezirk Voitsberg genannt werden, der sich für die Errichtung einer Landesberufsschule geradezu anbietet. Auch für Stainach ergibt sich die Situation, besonders im Hinblick darauf, daß dort ein moderner Exportschlachthof errichtet worden ist. In Mürzzuschlag wird von einem großen Voralberger Textilbetrieb eine Zweigstelle des Kleidermacherhandwerks errichtet, so daß die Errichtung einer Landesberufsschule in Mürzzuschlag für das Kleidermacherhandwerk für dieses Einzugsgebiet nicht nur günstig, sondern sogar absolut notwendig wäre. (Unverständliche Zwischenrufe.) Für das Installationsgewerbe bietet sich Graz als Zentrum der künftigen Landesberufsschule an, da von den derzeit 560 Lehrlingen mehr als zwei Drittel in Graz eingeschult sind. Die künftige Landesberufsschule für Tischler — ausgenommen die Lehrlinge des Schulbezirkes Graz-Umgebung — scheint für Fürstenfeld vorgesehen zu sein. Wollte man nun nach dem bevorstehenden Schulbau in Hartberg die letzten der noch zu errichtenden Landesberufsschulen nachziehen, so wäre damit die Verfachlichung auf dem gewerblichen Sektor beendet. Mit dieser Tatsache könnte in 5 bis 6 Jahren das gewerbliche Berufsschulwesen im Lande Steiermark restlos geordnet sein, ohne daß dem Land dadurch allzu hohe Kosten erwachsen würden. Offen bleibt allerdings noch die Frage der Beschulung der industriellen Lehrlinge. Doch bieten sich auch hier verschiedene Möglichkeiten. Der Großteil dieser Lehrlinge erhält ja den Unterricht in praktischer Arbeit in werkeigenen Lehrwerkstätten, so daß die Standorte der Berufsschulen von vornherein gegeben erscheinen. Bezüglich der kaufmännischen Berufsschulen wird zu berücksichtigen sein, daß hier die Verhältnisse

gegenüber dem gewerblichen Berufsschulwesen doch anders liegen. Und zwar macht sich auch auf dem kaufmännischen Sektor doch auch eine gewisse Spezialisierung in den städtischen Bereichen bemerkbar. Diese Spezialisierung nimmt jedoch nicht das Ausmaß an wie z. B. auf dem handwerklichen Sektor. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß der Kaufmannsgehilfe bei Ablegung seiner Fachprüfung diese nicht nur über ein spezielles Gebiet erstattet wie etwa der Handwerker bei seiner Gesellenprüfung. Der Kaufmannsgehilfe wechselt oft von seiner erlernten Branche in eine andere. Trägt man nun dieser Tatsache Rechnung, so ist vor allem auf eine kaufmännische Grundausbildung Bedacht zu nehmen, während die Spezialisierung in einem kurzfristigen Lehrgang erfolgen könnte. So wird man für das kaufmännische Berufsschulwesen einen Großteil der bisherigen Bezirksberufsschulen beibehalten können. Vielleicht wird es notwendig sein, im Interesse einer gediegenen fachlichen Ausbildung doch die eine oder andere dieser kleineren kaufmännischen Bezirksberufsschulen auflösen zu müssen. In diesem Fall müßte jedoch das Land Steiermark mit der Errichtung einer einzigen Landesberufsschule für die kaufmännischen Lehrlinge das Auslangen finden. Ob nun der Standort im Süden des Landes gelegen ist oder im Herzen der Steiermark, das bleibt dann künftigen Besprechungen und Verhandlungen überlassen. (Landeshauptmann Krainer: „Ins Grenzland hinunter!“ — Zwischenruf von der SPÖ: „Leoben!“ — Landeshauptmann Krainer: „Leoben ist gut!“ — Landesrat Bammer: „Das haben wir nicht gewußt, daß Leoben im Grenzland ist!“)

Eine Anregung sollte vielleicht noch gegeben werden. Bei dem lehrgangsmäßig geführten Unterricht muß, ohne pädagogischen Auffassungen entgegenzutreten, eine gewisse Überbelastung der Lehrlinge festgestellt werden. Während bei der gewerblichen Berufsschule durch die praktische Arbeit doch eine Auflockerung gegeben ist, kann diese für die kaufmännischen Lehrlinge nicht im gleichen Maße eingeführt werden. Aus diesem Grunde wäre es überlegenswert, ob für Lehrlinge an lehrgangsmäßig geführten Berufsschulen nicht doch ein erweitertes Wochenende vorgesehen werden sollte. Ein unterrichtsfreier Samstag gäbe ihnen einerseits die Möglichkeit zum Selbststudium, andererseits böte sich ihnen doch auch die Möglichkeit, das Wochenende im Kreise der Familie zu verbringen. Durch die Auflockerung der internatsmäßigen Unterbringung würden in Zukunft vermutlich auch Mißstände nicht so kraß in Erscheinung treten, wie solche leider im vergangenen Jahr vorgekommen sind. Denken wir nur an die Vorfälle, die in den letzten Monaten den Weg in die Presse gefunden haben. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Ing. Koch das Wort.

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Wettüben in allen Wirtschaftssparten, das Wirtschafts- und Marktforschen in allen Ländern Europas ist zum Programm-

punkt Nr. 1 geworden, weil es doch gilt, in diesem großen europäischen Wirtschaftsraum einen Platz zu sichern.

Wir haben in Österreich Milliardenbeträge von öffentlicher Seite aufgewendet, um unsere Industrie nach dem Krieg wieder aufzubauen und zu modernisieren. Weitere Milliarden werden erforderlich sein, um die erforderlichen Rationalisierungsmaßnahmen, Umstellungen, Anpassungen, Einrichtungen zur Produktionssteigerung verwirklichen zu können, damit auch wir im europäischen Markt unseren Platz finden können. Aber noch größer sind die Schwierigkeiten, die sich vor uns türmen, rechtzeitig Fachkräfte und Führungskräfte heranzubilden in entsprechender Qualität und Zahl — wie schon erwähnt, noch dazu möglichst rasch —, um dieses große Problem bewältigen zu können. Ich darf es neuerlich erwähnen, daß sich seit der Jahrhundertwende der Bedarf an Führungs- und Fachkräften vervier- bis verfünffacht hat und daß sich im gleichen Maße der Bedarf an manuellen Kräften verminderte. Es wird behauptet, daß etwa in 10 bis 15 Jahren nur mehr 25 bis 30% manuelle Kräfte benötigt werden. Wir haben dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und sind wohl beraten, wenn wir uns entsprechend umstellen und einrichten. Denn vom Grad der Rationalisierung und der Bildungsmöglichkeit — das sind die beiden wichtigsten Faktoren — wird dieses Wirtschaftswachstum in unserem Lande und die Sicherung im großen europäischen Wirtschaftsraum in großem Maße abhängen. Es gilt daher auch für die breite Masse der ländlichen Bevölkerung — wir haben gestern sehr interessante Zahlen gehört —, mehr Bildungsmöglichkeiten zu bieten. Der ländlichen Jugend sind kaum 3% der Bildungsmöglichkeiten geboten gegenüber der städtischen Jugend. Wir haben also dort noch ein großes Reservoir und Möglichkeiten, solche Bildungsstätten dort zu schaffen.

Ich darf mit besonderer Freude feststellen, daß nun in Voitsberg oder im Raume Köflach eine Mittelschule vorgesehen ist, für Deutschlandsberg ein musisch-pädagogisches Institut, ebenfalls in Hartberg und in Murau, eine Handelsakademie in Feldbach, eine große, moderne Bulme für Kapfenberg, die geisteswissenschaftliche Fakultät in Graz, das Wasserbaulaboratorium der technischen Hochschule in Graz, der Atomreaktor, um nur einige zu nennen. Ich glaube, daß wir allen jenen, die mitgeholfen haben, diese Bildungs- und Forschungsstätten zu schaffen, den Dank zu sagen haben. Ich verrate aber auch kein Geheimnis, wenn ich sage, daß viele Bildungs- und Forschungsstätten in diesem Lande noch nicht verwirklicht worden wären oder in Zukunft verwirklicht würden, wenn nicht ein Herr Landeshauptmann Krainer diese Bildungsstätten mit Nachdruck seit Jahren in Wien bei allen maßgeblichen Stellen vertreten hätte. (Landesrat Bammer: „Schon wieder Weihrauch!“ — Abg. Dr. Rainer: „Das nächste Mal kommen Sie wieder dran!“) Wir können nur hoffen und ihn bitten, auch weiterhin mit Nachdruck diese Bildungs- und Forschungsstätten schaffen zu helfen. Ich glaube aber auch, daß wir alle Ursache haben, dem steirischen Unterrichtsminister zu danken, der in so kurzer Zeit geholfen hat, so viele Mittelschulen und Bil-

dungsstätten in unserem Land zu verwirklichen. Wenn ich auch erfreulicherweise berichten darf, daß mit Ende 1965 die ersten 6 Landesberufsschulen in Steiermark verwirklicht sein werden, in ihrer modernen Art auf lange Sicht den Anforderungen entsprechen werden, so muß ich betonen, daß wir 12 Jahre gebraucht haben, um diese Schulen zu verwirklichen und daß wir erst ein Drittel aller Lehrlinge, allerdings sehr gut, versorgt wissen. Wir müssen mit allem Nachdruck fordern, daß für die nächsten Jahre die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden, damit wir endlich für die letzten zwei Drittel ebenso vorbildliche Bildungsstätten für das gewerbliche und kaufmännische Berufsschulwesen schaffen. Welche volkswirtschaftliche Bedeutung weit über den gewerblichen Rahmen hinaus dem Lehrlingswesen zukommt, geht erst aus der großen Lehrlingszahl hervor. Wir haben in Österreich rund 154.000 Lehrlinge, wovon 22.000 aus der Industrie kommen. In der Steiermark haben wir derzeit rd. 26.000 Lehrlinge. Vor 10 Jahren waren es 16.000. Der überwiegende Teil der im Gewerbe ausgebildeten Lehrlinge fließt der Industrie und der übrigen Wirtschaft zu und nur ein kleinerer Teil bleibt in der gewerblichen Wirtschaft. Eine gediegene Meisterlehre und eine moderne schulische und fachtheoretische Ausbildung bilden die elementare Voraussetzung für die Fach- und Führungskräfte von morgen. Viele Jugendliche sind nur deshalb schwer für schulische und berufliche Ausbildung zu gewinnen, weil das schnelle Geldverdienen zu sehr verlockt und viele Möglichkeiten derzeit vorhanden sind. Im Jahre 1963 standen in Österreich für über 15.000 Lehrstellen nur 1500 Lehrlinge zur Verfügung, d. h. nur jede 10. Lehrstelle konnte besetzt werden. Zum Glück ist in der Steiermark dieses Verhältnis etwas günstiger. Es wird zweckmäßig sein, durch gute Werbeaktionen, wie sie z. B. das Wirtschaftsförderungsinstitut anlässlich der Grazer Messe durchgeführt hat, die Jugend für das Gewerbe zu begeistern. Solche Werbeaktionen sollten wir nach Möglichkeit starten. Um auch den jugendlichen Hilfsarbeitern den Berufsschulbesuch zu ermöglichen, werden entsprechend unserem Resolutionsantrag im Finanzausschuß die gesetzlichen Voraussetzungen dazu geschaffen.

Die erhebliche finanzielle Belastung der Eltern durch das 9. polytechnische Schuljahr und die Tatsache, daß in verschiedenen Berufen die Ausbildungszeiten nicht mehr genügen, setzen voraus, daß für das 9. Schuljahr eine wirklich gediegene Berufsvorbereitung erfolgt.

In der Post 24,70 scheint ein Förderungsbetrag von 550.000 S für die Hotelfachschule Bad Gleichenberg auf. Diese Fachschule wurde auf Grund ihrer besonderen Bedeutung von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft mit vielen Millionen in den letzten Jahren gefördert. Sie hat inzwischen internationalen Ruf erlangt. Im Jahre 1957 wurde der steirische Hotelfachschule-Verein gegründet, der nunmehr als Schülerhalter dient und dem auch die Steiermärkische Landesregierung angehört. Die Schülerzahl ist von 70 auf 200 gestiegen, so daß eine untragbare Schulraumnot aufgetreten ist, die bewältigt werden muß. Die Heranbildung dieser Hotelfachkräfte mit Fremdsprachenkenntnissen ist

für den Fremdenverkehr und speziell für den internationalen Fremdenverkehr Österreichs einer der wichtigsten Faktoren. Aus diesem Grunde werden in den einzelnen Bundesländern auch diese Fachschulen mit beachtlichen Mitteln gefördert.

Vom Ausbildungsgrad unserer Jugend wird der Wohlstand unseres Volkes von morgen abhängen. Denn nicht der Finanzminister, auch nicht der Sozialminister und auch nicht die Sozialisten sind für uns die Bürgen der sozialen Anliegen, denn nur Leistung, Tüchtigkeit, Können und Fleiß, volkswirtschaftliches Denken und Handeln sind die Voraussetzungen einer gesunden Wirtschaft, und nur sie ist in der Lage, für uns alle für morgen die Pensionen und die Renten zu sichern. Es hilft nichts, wenn man schöne Worte spricht, wie wir sie gestern gehört haben, daß Fürsorge nicht Wohlfahrt, sondern Recht sein muß. Wir alle haben Grauen, Entsetzen und Elend mitgemacht. Wir sind überzeugt, daß ein Gesetz ein Volk vor Not und Elend nicht schützen kann, sondern nur wirtschaftliche Prosperität. Versuchen Sie nicht, politische Schlagzeilen zu machen, sondern die Grundsätze, zu denen Sie sich gestern sehr wohl bekannt haben. Es nützen solche Reden nichts, sondern die Tat muß es beweisen. Und wir alle haben gelobt, diesem Land zu dienen. Wir müssen den Ausbildungsweg der Jugend fördern und für sie die Bildungs- und Forschungsstätten schaffen, damit wir ihr auch in der breiten Masse das volkswirtschaftliche und richtige soziale Denken vermitteln. Ich glaube, darin liegt die größte Aufgabe und der größte Dienst, den wir diesem Land tun können. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich noch Herr Abgeordneter Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heidinger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Koch! Kein Mensch in der Steiermark kauft Ihnen ab, daß die Tüchtigkeit nur bei Ihnen liegt. (Abg. Ing. Koch: „Das hat kein Mensch behauptet!“ — Abg. Dr. Pittermann: „So beginnt die Lüge!“ — Abg. Stöffler: „Hoffentlich ist das, was kommt besser!“) Auf die Rede des Koll. Pabst von gestern eingehend, möchte ich sagen, daß ich mich über den den Herrn Unterrichtsminister betreffenden Teil der Rede sehr gefreut habe. Sie haben dem Herrn Unterrichtsminister Dank und Anerkennung ausgesprochen, und es darf daraus geschlossen werden, daß der Herr Unterrichtsminister nun in seinem Ressort festsetzt und es beherrscht, nachdem er anfänglich einige Startschwierigkeiten zu verzeichnen hatte. Ich möchte aber das nur deswegen feststellen, weil hier aus einer Partei, die immer den Fachmann so sehr in den Vordergrund gestellt hat, nun einmal der Politiker zum Zug gekommen ist, aus einem Fachmann-Paulus wurde ein Politiker-Saulus. (Landesrat Wegart: „Sie sind nicht ganz bibelfest, Sie müssen das umdrehen!“; Die Umkehr liegt auf Ihrer Seite. (Abg. Pölzl: „Beim Fachman Probst riecht auch faules Obst!“) Herr Pölzl, Ihre Zwischenrufe sind nicht immer die besten. (Abg. Ing. Koch: „Er war so nicht sehr gut, aber gar so schlecht war er auch nicht!“) Nach dem Pflichtschul-

erhaltungsgesetz sind für alle Pflichtschulen des Landes Steiermark Schulsprengel festzulegen. Das sind etwa 800 Schulsprengel für Volks-, Haupt- und Sonderschulen insgesamt gesehen für die Steiermark. Grundlage dieser Schulsprengelfestsetzung sind meiner Meinung nach sehr sachliche Kriterien, nämlich Schulweg und Schülerzahl. Ich glaube nicht, daß ein wesentliches Kriterium die Einschulungsurkunden aus dem Jahr 1896 sein müssen. Ein großer Prozentsatz dieser Sprengel wurde bereits gebildet und in der Grazer Zeitung kundgemacht. Ich möchte keineswegs verhehlen, daß die Festsetzung dieser Schulsprengel sicherlich auf Schwierigkeiten gestoßen ist und ich möchte die geleistete Arbeit nicht unterschätzen, doch aber darauf hinweisen, daß wir diese Verordnungen der Landesregierung nicht als etwas Unumstößliches betrachten können. (Landesrat Wegart: „Kein Dogma!“) Da von der im § 19 Abs. 4 des Pflichtschülerhaltungsgesetzes gegebenen Möglichkeit, die Verhandlungen an Ort und Stelle durchzuführen, verständlicherweise nur sehr wenig Gebrauch gemacht wurde, wird es ungewollt zu Fehlentscheidungen gekommen sein und noch kommen. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß nur sachliche Kriterien maßgebend sein sollen. Und wir bitten, wenn Abänderungsanträge an die Landesregierung bzw. an den zuständigen Referenten herangetragen werden, daß diese Abänderungswünsche überprüft werden.

Ich darf hier an einem Beispiel aufzeigen, wie ungerecht manchmal diese Schulsprengelfestsetzung sein kann und wie sehr Kinder unter Umständen darunter leiden müssen. Seit Generationen besuchen die Kinder der Häuser Nr. 5 und 6 der Gemeinde Köppelreith die Volksschule Prätis. Nunmehr wurde festgelegt, daß die Kinder des Hauses Nr. 6 die Volksschule in Prätis und die Kinder des Hauses Nr. 5 die Volksschule in Köppelreith besuchen müssen, obwohl beide Häuser sehr nahe, nur 30 m, voneinander entfernt stehen. Obwohl sie bisher gemeinsam die Volksschule Prätis besuchten, wurde nun hier ein Trennungsstrich gezogen. Gezogen deshalb, weil es die Gemeindevertretung der Gemeinde Köppelreith so wollte. Der Bezirksschulrat des Bezirkes Hartberg hat am 21. Mai 1963 an den Landesschulrat für Steiermark in Graz folgendes Schreiben gerichtet: (Ich möchte es auszugsweise wiedergeben, und zwar die Begründung) ... „Die Schulpflichtigen der beiden Häuser Köppelreith 5 und 6 haben seit mehr als 30 Jahren die Volksschule in Prätis besucht, der Schulweg ist näher, weniger beschwerlich und weniger gefahrvoll.“ Die Gemeinde hat etwas anderes festgestellt, die Landesregierung hat verordnet, daß Nr. 6 nach Prätis und Nr. 5 nach Köppelreith zu gehen hat. Der Vater der Kinder — es handelt sich hier um 5-, 6-, 7-, und 8jährige Schulkinder — hat nun an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter ein Schreiben gerichtet, und zwar über mein Geheiß. Nachdem er sich an mich gewandt hat, sagte ich ihm, schreiben Sie dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter, vielleicht tritt er Ihren Abänderungswünschen näher. Der Herr Landeshauptmann hat nun aber dieses Schreiben an die Rechtsabteilung 13 weitergegeben. Herr Landeshauptmann, ich möchte von Haus aus feststellen, daß ich Ihnen keinen Vor-

wurf machen möchte. Sondern ich möchte Sie bitten, wenn solche Abänderungswünsche herangetragen werden, daß Sie nicht wieder auf Grund derselben Aktenlage wie vorher behandelt werden, sondern daß man tatsächlich von der örtlichen Begehung Gebrauch macht. Wie gesagt, die Rechtsabteilung hat dieselben Akten ihren Untersuchungen zugrundegelegt und es wurde nun gegen jede Wahrheit festgestellt, daß der Schulweg nach Prätis beschwerlich sei, der nach Köppelreith dagegen leicht und dergleichen mehr. Ich möchte mich über die einzelnen Details nicht verbreitern. Aber es stimmt nicht, was hier festgestellt wird. Ich möchte im Interesse der Kinder, die unter Umständen durch solche Fehlentscheidungen, nicht gewollt von der Landesregierung, sondern unter diesen Umständen gewollt von der Gemeinde, leiden müssen. Ich weiß, Herr Landeshauptmann, daß der Wunsch der Gemeinde nicht immer von Vorteil ist. (Abg. Prenner: „Was hat denn die Gemeinde für Vorteile oder Nachteile?“) Das frage ich mich auch, Herr Kollege. Was hat die Gemeinde für einen Vorteil, wenn die Kinder des Herrn Raimund Lang, wie hier fälschlich festgestellt wird, eine halbe Stunde zur Schule haben. Ich bin mit meinem Wagen dieselbe Strecke abgefahren, es sind 3'3 km, und ich möchte sehen, wie ein sechsjähriges Schulkind 3'3 km Schulweg in einer halben Stunde bewältigt. Aber Herr Kollege Prenner, nachdem Sie mich so genau gefragt haben, kann ich Ihnen sagen, was die Gemeinde wollte. Die Gemeinde wollte damit den Herrn Lang treffen. Der Herr Lang ist da draußen, wie man behauptet, so etwas wie ein Michael Kohlhaas, ein Gerechtigkeitsfanatiker, und der ist nicht immer beliebt. (Landesrat Wegart: „Seien Sie lieb zu Prenner, denn er ist aus dem gleichen Bezirk wie Sie!“ — Abg. Dr. Rainer: „Das ist der Grund?“) Der Bürgermeister dieser Gemeinde mag den Herrn Lang nicht, weil er einmal, obwohl er Mitglied des Bauernbundes ist, aus Opposition gegen die dortige Hierarchie die Liste der Sozialisten unterstützt hat. (Landesrat Wegart: „Aha, das ist ein kleiner Olah dort!“) Meine Herrschaften, Sie haben recht, das sind oststeirische Spezialitäten. Eine solche oststeirische Spezialität hat sich vor einem Jahr im Bezirksschulrat des Bezirkes Hartberg zugetragen, als nämlich auch ein ÖVP-Mitglied, ein Mitglied des ÖVP-Lehrerbundes, die Schulleiterstelle in Eichberg bekommen sollte. Im Bezirksschulrat sind wir uns über diese Stellenbesetzung, in der Bezirkskommission für Lehrerangelegenheiten, damals nicht einig geworden. Wir haben uns gefragt, warum kann sich die ÖVP für den Herrn Wurstbauer nicht entschließen? (Abg. Prenner: „Sie hat sich ja entschlossen!“) Und dann hat sich der Herr Bezirksschulinspektor — von ihm wurde der Amtsvorschlag unterbreitet und Herr Wurstbauer war an erster Stelle gereiht —, nachdem die Verhandlungen im Bezirksschulrat dreimal scheiterten, entschlossen, einen Brief des ÖVP-Bürgermeisters von Eichberg zu verlesen und da kam es an den Tag. Der Herr Wurstbauer ist kein schlechter ÖVPLer. (Abg. Prenner: „Lassen Sie die Verstorbenen ruhen!“ — Zahlreiche weitere Zwischenrufe.) Aber seine Frau wagte es einmal, die Liste der Sozialisten für den Gemeinderat zu unterschrei-

ben. (Zwischenruf: „Das sind keine Geschichten aus der Oststeiermark, das sind Geschichten aus dem Mittelalter!“) Nein, das sind Geschichten, schlechter wie anno „Nazimal“. (Landesrat Peltzmann: „Ich bringe aber Mürztaler Beispiele, mit Namensnennung!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Sie reizen mich damit nur zu einer weiteren oststeirischen Spezialität: Der Herr Goger aus Neudau hat um eine Kinokonzession angesucht. Bevor ihm diese Konzession zugeteilt wurde, kam er zu mir: „Lieber Herr Bürgermeister und Obmann der SPO, gib mir eine Bestätigung, daß ich nicht Mitglied der SPO bin.“ (Zwischenruf: „Wozu braucht er denn die?“) Er sagte: „Zwei Herren haben mir geraten, damit es leichter geht, die Konzession zu erwerben, müßte ich dem Wirtschaftsbund beitreten.“ — aber auch gleichzeitig — denn man hat vermutet, daß er ein Roter ist, und er war es auch trotz der Bestätigung — verlangte man diese Bestätigung. (Landeshauptmann Krainer: „So ein Fälscher!“ — Gelächter und weitere unverständliche Zwischenrufe.) Interessant sind die Namen der zwei Herren, die diese Bestätigung verlangt haben. Ich sag sie Ihnen. Warum kann man hier nicht die Wahrheit sagen? (Abg. Stöffler: „Mich ekelt vor solchen Dingen!“) Der Herr Abg. Koch beschuldigt uns der Untüchtigkeit und dergleichen mehr (Abg. Ing. Koch: „Mit keinem Wort, verdrehen Sie das doch nicht!“) und Sie, Herr Abg. Stöffler, sagen das bei meinen Ausführungen, aber bitte, dann sagen Sie auch das gleiche zu Ihren Herren Kollegen. Nun die beiden Namen: Es waren das der Herr Kommerzialrat Kußmann und der Herr Dr. Deterle. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Ich darf aber nun zur Schule zurückkommen. (Abg. Ing. Koch: „Herr Kollege Heidinger, eine Frage: Die Lehrerbesetzung in Kärnten wäre ja viel interessanter. Dort sind die Dinge hundertfach so, daß nur rote Parteigänger zum Zug kommen.“ — Landesrat Peltzmann: „Reden Sie vom Mürztal!“ — Landesrat Bammer: „Reden Sie von Niederösterreich!“ — Glockenzeichen. — Präsident: „Herr Redner, es kommt auch auf Sie an, daß Sie sich nicht immer unterbrechen lassen.“ — Gelächter. — „Ich bitte Sie, Ihre Rede fortzusetzen und nicht zu polemisieren.“) Herr Präsident, ich will nicht polemisieren, ich möchte nur feststellen, daß es mir als Lehrer unmöglich ist, in den Lärm hineinzuplärren. (Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Ich glaube, darauf zurückkommen zu dürfen, daß für die Sprengelfestsetzung wirklich nur sachliche Kriterien angewendet werden müssen. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren: „Wie viele Fälle von 800 können Sie angeben?“) Ich weiß es, Herr Landeshauptmann, ich will es noch einmal feststellen. Wenn einem einzigen Unrecht geschehen ist, dann wird es die Aufgabe der Landesregierung sein, hier hinterher zu sein und zu versuchen, dieses Unrecht zu beseitigen. Ich glaube, in diesem Punkt werden wir uns einig sein. Ich darf darauf zurückkommen, daß auch andere Dinge für die Schule maßgebend sind und darf darauf verweisen, daß ich mit Freude festgestellt habe, daß der Schulbaufonds wieder einmal erhöht wurde, urgieren aber wiederholt, und ich glaube zum dritten Mal, daß der Aufteilungsschlüssel die Gemeinden belastet und

daß die Landesregierung vielleicht doch einmal überprüfen möge, ob man nicht auch den Aufteilungsschlüssel ändert. (Landeshauptmann Krainer: „Warum denn?“) Damit die Gemeinden weniger belastet werden. (Landeshauptmann Krainer: „Ah so, die armen Gemeinden sollen für die reichen Gemeinden die Kinder in die Schule schicken und ausbilden und Sie wollen nicht einmal was zahlen. Das ist allerhand, das ist doch eine Schmutzerei!“) Herr Landeshauptmann, eine Änderung des Aufteilungsschlüssels kommt doch auch den kleinen Gemeinden zugute, wenn den Mehraufwand das Land trägt. So meine ich es! Der Schulkostenaufteilungsschlüssel ist sowieso ungerecht. Schauen Sie, ich sage Ihnen nur ein Beispiel: Die Gemeinde Neudau bezahlt bei 3% Schülern 11% des Gesamtaufwandes für eine Schule. Herr Landeshauptmann, man kann nicht ununterbrochen von der Finanzkraft reden, man muß den Finanzbedarf berücksichtigen. (Landeshauptmann Krainer: „Entsprechend ihrer Steuerkraft, das wäre das Gerechteste!“) Nach den neuen Schulgesetzen, und zwar mit der Einführung des 9. Schuljahres und mit der Änderung der Klassenschülerzahlen werden an die Gemeinden große Anforderungen gestellt werden. Das 9. Schuljahr allein benötigt in der Steiermark etwa 312 Klassenzimmer, wobei ein Teil vorhanden ist, der größte Teil allerdings gebaut werden muß. Die Herabsetzung der Schülerzahl wird 242 Klassen insgesamt benötigen. Das sind 124 Millionen Schilling, so daß in der allernächste Zeit, und zwar spätestens bis zum Jahre 1968, wenn alles programmgemäß abläuft, mehr als 336 Millionen Schilling nach dem heutigen Baukostenindex vorhanden sein müssen. Jeder, der über die Budgets und den Haushalt der Gemeinden orientiert ist, weiß, daß es mit den Mitteln, die derzeit vorhanden sind, nicht ausreichen wird. Wir haben uns daher erlaubt, eine Resolution einzubringen, die nur zum Teil von der OVP angenommen wurde. (Landeshauptmann Krainer: „Ich mache gewisse Luftgeschäfte nicht!“) Herr Landeshauptmann, ich wollte es nicht sagen, aber weil Sie den Zwischenruf machten. Wir befinden uns mit einem geradezu vornehmen Partner in einer Liaison. Die Steirischen Gemeindenrichten schreiben: „In allen Fällen erwarten sich die Gemeinden einen Zuschuß für die Bestreitung des Zinsendienstes.“ (Landeshauptmann Krainer: „Haben Sie vom Gemeindebund abgeschrieben!“) Herr Landeshauptmann, wenn wir den letzten Teil unserer Resolution streichen, dann ist die ganze Schulbauanleihe, die wir urgieren, für die Gemeinden nutzlos und für die Katze. Denn Geld aufnehmen bei den Sparkassen und Banken, das können die Gemeinden auch, dazu brauchen wir nicht den Bund. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist auch ihre Aufgabe!“) Wir haben diese Aufgabe zu erfüllen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, bis zu diesem Zeitpunkt werden uns die Mittel nicht zur Verfügung stehen und wir müssen langfristig vorwärts denken. Ich glaube, daß auch der Bund seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber den Gemeinden, von mir aus im Finanzausgleich, erfüllen muß. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist etwas anderes!“) Denn letzten Endes sind wir uns darüber im klaren, der Bund hat auf eine sehr umstrittene Art

und Weise den Gemeinden und den Ländern das Notopfer abgeknöpft. Es wirkt befremdend und man muß ehrlich sagen, man bekommt den Eindruck, als ob hier manipuliert worden wäre, wenn bei einem 55-Milliarden-Budget, ich glaube in dieser Höhe war das damalige Budget, 38 Millionen Mindereinnahmen den Finanzminister hindern, das Rückzahlungsversprechen einzuhalten. Ich glaube, man muß auch hier einmal den Gemeinden Gerechtigkeit widerfahren lassen. (Landeshauptmann Krainer: „Sie bringen Ihren Kollegen Dr. Schachner-Blazizek in Schwierigkeiten, er hat die Rechnung für richtig befunden. Das ist doch nicht kollegial!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Schluß kommand! Wir müssen in den nächsten Jahren die entsprechenden Millionen für den Schulbau aufbringen. Unsere Schule muß in baulicher und pädagogischer Hinsicht dem europäischen Standard angeglichen bzw. nachgezogen werden. Ein Versäumnis auf dem Schulsektor trifft uns mindestens so schwer, wie ein Versäumnis auf dem Sektor des Gewerbes, der Industrie oder der Landwirtschaft. Das Problem Schule muß ein erstrangiges und ein echtes Anliegen aller damit befaßten Stellen sein. (Abg. Dr. Rainer: „Ist es ja auch!“) (Beifall.)

Präsident: Ich übergebe vorübergehend den Vorsitz an den 2. Präsidenten, Herrn Afritsch, und erteile vorher noch Frau Abg. Lendl das Wort.

Abg. Lendl: Hohes Haus! Zu den Ausführungen unseres Redners gestern in der Generaldebatte bei der Haushaltspost „Lehrlingsbeihilfen“ möchte ich ergänzend sagen, daß von einem OVP-Bezirkssekretär nicht nur Sprechtag zur Erreichung der Lehrlingsbeihilfen abgehalten werden, es werden auch unmittelbar nach der Sitzung der Landesregierung, in welcher diese Beihilfen beschlossen wurden, sämtliche Eltern von der Gewährung der Beihilfe durch das OVP-Bezirkssekretariat verständigt. (Abg. Dr. Rainer: „Die warten vielleicht auf die Nachricht!“) Das heißt, daß Informationen von der Landesregierung durch das OVP-Sekretariat übermittelt werden. (Landesrat Peltzmann: „Die Antwort kommt schon, warum so hastig?“) Darunter sind natürlich auch Eltern, welche niemals bei der OVP versprochen oder um Intervention gebeten haben. Sie sind daher sehr überrascht, wenn vom OVP-Bezirkssekretär ein Schreiben kommt, in dem es heißt, daß es dem OVP-Sekretär gelungen ist, und es ihn freue, bei der Erreichung der Lehrlingsbeihilfe behilflich gewesen zu sein und daß er in dieser Sache den Eltern weiterhin zur Verfügung stehe. (Landesrat Wegart: „Er hat halt gute Beziehungen!“ — Landesrat Bammer: „Das ist der Balkan!“ — Landesrat Wegart: „Was machen denn eure Sekretariate? Däumchen drehen?“ — Landeshauptmann Krainer: „Ist denn das Bestechung?“) Bei der Bevölkerung will man damit erreichen, daß sie glaubt, daß nur die OVP die Möglichkeit habe, Lehrlingsbeihilfen zu gewähren, und vielfach wird das so hingestellt, als ob diese Lehrlingsbeihilfen aus dem Sack der OVP kämen. (Abg. Dr. Rainer: „Nein, das stimmt nicht. Wo sind die Beweise?“) Wir haben Beweise. (Landeshauptmann Krainer: „Dann müß-

ten alle Beihilfen aus dem Sack des Herrn Landeshauptmannstellvertreters DDr. Schachner kommen, nach seinen Briefen!“) Es wird als großer Mangel empfunden, daß Ansuchen, die zu Beginn des Jahres eingebracht werden, erst im Oktober eine Erledigung finden (Landeshauptmann Krainer: „Erst im Oktober ist die Nachdeckung erfolgt!“ — Landesrat Bammer: „Das war anders!“), denn es handelt sich doch in den meisten Fällen um bedürftige Familien, welche auf die Beihilfe hart warten und eine raschere Erledigung erwarten dürfen. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Unsere Fraktion hat am 9. Juli einen Antrag eingebracht, wonach die Landesregierung aufgefordert wurde, Richtlinien für die Vergabe der Lehrlingsbeihilfen zu beschließen. Wir bringen diesen Antrag neuerlich in Erinnerung, da wir der Meinung sind, daß, wenn solche Richtlinien bestehen, die Erledigung der Ansuchen rascher vor sich gehen könnte. (Landesrat Peltzmann: „Ist ja schon beschlossen, vorgestern!“) Entschuldigen Sie, wenn das vorgestern beschlossen worden ist, können wir heute noch keine Kenntnis davon haben. (Abg. Dr. Rainer: „Das Bezirkssekretariat der OVP wird euch das mitteilen! Habt Ihr keine Klub Sitzung gehabt! Seht Ihr, wie wichtig die Bezirkssekretariate sind!“) Ich würde nur bitten, damit auch wir die Möglichkeit haben, den Eltern gute und richtige Auskünfte zu geben, daß auch den Abgeordneten der SPO-Fraktion diese Richtlinien übermittelt werden.

Auch die Haushaltspost „Studien- und Lernbeihilfen“ ist mit 2,3 Millionen veranschlagt und es sollen ca. 1500 Schüler in höheren und mittleren Lehranstalten damit beteiligt werden. Die Eltern dieser studierenden Kinder sind der Auffassung, daß die Mittel den sozialen Bedürfnissen entsprechend gewährt werden und damit kein Politikum gemacht werden soll. Nun hören wir von Eltern, daß von einzelnen OVP-Politikern jede Gelegenheit benützt wird, um mit diesen Studienbeihilfen Propaganda zu machen. Ja man hat sogar bei der Arbeiterkammerwahl, wahrscheinlich um dem OAAAB mehr Stimmen zuzuführen (Abg. Dr. Rainer: „Nein, niemals! Das sind Vermutungen!“), aufgefordert, ins OVP-Sekretariat zu kommen und dort einen Antrag zu stellen, und es wurden auch diese Eltern vom OVP-Bezirkssekretär weiter aufgefordert, die ausgefüllten Formulare dahin — ins OVP-Bezirkssekretariat — zurückzubringen, damit die Formulare nach Graz zwecks Intervention weitergeleitet werden. (Abg. Dr. Rainer: „Sie wurden ja nicht aufgefordert, der Partei beizutreten, das ist ja nur eine Hilfeleistung!“) Aber unter diesen Eltern befinden sich natürlich auch solche, die der SPO nahestehen (Abg. Dr. Rainer: „Selbstverständlich!“) und diese kommen dann zu uns mit der Bitte, ihnen ebenfalls ein solches Antragsformular auszufolgen. Nachdem ich diesen Eltern behilflich sein wollte, habe ich mich bemüht, diese Drucksorte, die im OVP-Sekretariat ausgegeben wird, ebenfalls zu bekommen und den Eltern auszufolgen. Bei meiner Vorsprache im Büro der Landesschülerheime wurde mir erklärt, daß eine Ausfolgung von Formularen nicht möglich sei (Zwischenruf von der SPO: „Hört, hört!“), da diese jeweils nur persönlich vorsprechenden Eltern oder auf

Grund von schriftlichen Ansuchen ausgefolgt werden können. (Landesrat **Wegart**: „Sie sind dort noch nicht aufgelegt!“) Auch in meiner Eigenschaft als Mandatarin konnte ich kein solches Formular bekommen. (Landeshauptmann **Krainer**: „Wenn jemand ein Formular anfordert, bekommt er es!“ — Landesrat **Wegart**: „Sie haben halt bei der falschen Stelle vorgesprochen!“)

Präsident (Glockenzeichen): Bitte die Rednerin nicht zu unterbrechen.

Es scheinen hier verschiedene Vorgangsweisen zu herrschen, denn in den ÖVP-Sekretariaten liegen diese Formulare zur allgemeinen Ausgabe auf, aber einem SPO-Mandatar (Landeshauptmann **Krainer**: „Das stimmt nicht!“) wird die Ausfolgung des Antrages vom Büro der Landesschülerheime verweigert. (Landeshauptmann **Krainer**: „Wer immer anfragt um ein solches Formular, gleichgültig, woher er kommt, erhält es selbstverständlich!“) Herr Landeshauptmann, ich war persönlich oben im Büro der Landesschülerheime und konnte kein Formular bekommen. (Landesrat **Wegart**: „Das ist die falsche Stelle.“ — Landesrat **Peltzmann**: „Die Rechtsabteilung 4 ist zuständig!“)

Präsident: Ich bitte, die Rednerin nicht dauernd zu unterbrechen.

Aus dieser Vorgangsweise geht eindeutig hervor, daß mit diesen öffentlichen Mitteln der Studienbeihilfen von Amts wegen Reklame resp. Propaganda für die ÖVP gemacht wird (Zwischenruf von der ÖVP: „Das stimmt nicht!“) und ich möchte den zuständigen Referenten ersuchen, dafür zu sorgen, daß diese Anträge nicht nur den ÖVP-Mandataren, sondern auch den SPO-Mandataren ausgefolgt werden. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter **Leitner** gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Leitner: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Auf Grund des neuen Schulgesetzes werden Kinder, die zu Beginn des Schuljahres 1962/63 in die fünfte Volksschulklasse, die erste Hauptschulklasse oder in die erste Klasse einer Untermittelschule eintraten, nicht mehr acht, sondern neun Jahre die Schulbank drücken müssen. Sie werden also ein Jahr später in das Berufsleben eintreten. Und dadurch müssen natürlich deren Eltern ein Jahr zusätzlich für sie wirtschaftliche Belastungen auf sich nehmen. Aber nicht nur für die Eltern entstehen durch diese neuen Schulgesetze zusätzliche Probleme, sondern auch für die öffentliche Hand, und so wie hier von einer Reihe von Abgeordneten bereits festgestellt wurde, vor allem für die Gemeinden.

Die Zeit drängt: Bis zur Einführung des neunten Schuljahres verbleiben praktisch nur mehr zwei Jahre und in den Budgets, die jetzt beschlossen werden — auch in den Gemeinden —, müßte eigentlich schon entsprechende Vorsorge getroffen werden, um innerhalb dieser kurzen Zeit die nötigen Vorbereitungen, auf der einen Seite die Planung, welche und wieviel neue Schulklassen auf Grund

des neunten Schuljahres notwendig sind, zu erstellen, aber auch vor allem die Mittel aufzubringen, um diese Schulen bzw. Schulklassen aufzubauen oder auszubauen. Die Bundesregierung, aber auch der Nationalrat, der zwar diese Gesetze beschlossen hat, haben es bis heute versäumt, die entsprechenden Gesetze und Verordnungen zu treffen, damit vor allem die Gemeinden in den Stand versetzt werden, die nötigen Schulen aufzubauen oder auszubauen, damit zum beschlossenen Zeitpunkt das neunte Schuljahr auch eingeführt werden kann.

Wie heute schon hier mitgeteilt wurde, ist es so, daß wahrscheinlich die meisten Gemeinden — einzelne Gemeinden wird es ja geben, die es können —, aber die meisten Gemeinden und selbst so große Gemeinden wie Graz, nicht in der Lage sind, diese Gelder aufzubringen.

Klar ist, daß die notwendigen finanziellen Mittel daher nur vom Bund, vom Staat gebracht werden können, und ich kann nicht verstehen, daß sich z. B. der Herr Landeshauptmann **Krainer** bei der Schulbauanleihe, die ja die Gemeinden in einer bestimmten Zeit zurückzahlen müssen, nicht einmal dafür einsetzt, daß der Bund entsprechende Annuitätenschüsse gibt, damit den Gemeinden einigermaßen geholfen wird. Mit der Schaffung neuer Schulgebäude könnte, meiner Ansicht nach, auch der erste Schritt gemacht werden für den Aufbau von Zentralschulen, damit die Kinder vom Lande, die bis heute vielfach nicht die Möglichkeit haben, so wie es notwendig wäre, statt nur die Volksschuloberstufe auch die Hauptschule zu besuchen. Nach wie vor haben wir trotz aller Schulgesetze den alten Zustand, daß es vielen Kindern der arbeitenden Bevölkerung heute noch immer nicht möglich ist, nicht nur keine Mittel- und Hochschule zu besuchen, sondern nicht einmal die Hauptschule, die, wie ich gestern gesagt habe, für viele gewerbliche Berufe Voraussetzung ist und heute auf Grund bestimmter Mittelschul- und Fachschultypen die Möglichkeit gibt, ein Mittelschul- und dann ein Hochschulstudium weiterzumachen. In Steiermark haben wir noch immer ungefähr 40% Kinder, die sich im Hauptschulalter befinden und die nicht die Möglichkeit haben, eine solche Schule zu besuchen, sondern die — wie hier betont wurde — in 1-, 2- und 3klassigen Volksschulen ihre ganzen 8 Jahre bzw. in Zukunft ihre 9 Jahre in dieser Schule verbringen müssen. Jedem ist klar, daß man bei solchen Formen nicht die unserer Zeit entsprechenden — wie sie auch die Wirtschaft verlangt — Bildungsmöglichkeiten gibt, um die Kinder entsprechend vorbereitet in die Welt hinauszusetzen. Um zu verhindern, daß Begabungen verlorengehen — der Herr **Präsident Afritsch** hat davon gesprochen —, wird als erste Voraussetzung notwendig sein, daß zunächst einmal im Land Steiermark die Hauptschulpflicht durchgesetzt wird. Daher ist die Teilung des Landes Steiermark nicht nur, wie es bisher der Fall ist, in Volksschulpflichtsprengel vorzunehmen, sondern das Land ist auch in Hauptschulpflichtsprengel einzuteilen, d. h. daß jedes Kind bzw. die Eltern verpflichtet sind, ihr Kind in die Hauptschule zu schicken. Allerdings müssen die verantwortlichen Instanzen, dazu gehört zweifellos auch das Land, entsprechende Voraussetzungen schaffen. Daher wäre es notwendig,

weil man nicht in jedem kleinsten Ort eine Hauptschule bauen kann, daß Zentralschulen gebaut werden, wie das auch in anderen Ländern, nicht nur in sozialistischen, der Fall ist. Aber in sozialistischen Ländern wird das systematisch gemacht.

Dazu wäre es notwendig, die Kinder mit Zubringerautobussen, also mit Schulautobussen, abzuholen, wie das zum Teil schon geschieht. Nur müßte das in viel größerem Ausmaß gemacht werden. Diese Kinder, die nicht die Möglichkeit haben, mittags zu Hause zu sein und zu essen, müssen dort ausgespeist werden bzw. es müssen Küchen vorhanden sein. Zum Teil müßten Kinder, die von sehr weit herkommen, oft von Bergbauern oben, um ihnen gleiche Möglichkeiten zu geben wie den anderen Kindern — und sie haben das Recht dazu — in Internaten und Schülerheimen untergebracht werden.

Ohne die Absolvierung des sogenannten polytechnischen Lehrganges, also des 9. Schuljahres, können Hauptschüler schon bisher höhere technische Lehranstalten, Handelsakademien, Fachschulen und auch das musisch-pädagogische Gymnasium besuchen. So wie bisher können auch Schüler der Volksschuloberstufe, wenn sie einen besonders guten Lernerfolg haben, ebenfalls auf die musisch-pädagogische Mittelschule gehen, so wie es früher beim Lehrerseminar der Fall war. Aber es ist notwendig, daß gerade diese Art von Mittelschule, wie es das musisch-pädagogische Gymnasium ist, in so einer Zahl in Steiermark gebaut bzw. errichtet wird, daß viel mehr Kinder als bisher, vor allem die von Haupt- und Volksschulen kommenden, die Möglichkeit haben — weil sonst keine anderen Möglichkeiten für sie bestehen —, diese Mittelschule bzw. dieses Gymnasium zu besuchen. Das ist vor allem für Kinder solcher Schulen wichtig, in denen in der Unterstufe kein Latein, sondern erst ab der 5. Schulstufe, unterrichtet wird. Deswegen möchte ich hier im Hohen Haus die Bestrebungen und die Wünsche der Judenburger und der Knittelfelder besonders unterstützen und diese Frage aufrollen. Das sind verständliche und berechtigte Wünsche nicht nur an das Unterrichtsministerium, sondern auch an das Land Steiermark und an den Steiermärkischen Landtag. Nur dann, wenn alle diese Stellen einen entsprechenden Druck ausüben, wenn die Forderung der Knittelfelder und Judenburger Instanzen und der Bevölkerung entsprechend unterstützt wird, dann ist es möglich, daß das musisch-pädagogische Gymnasium, wie es in der Stadt Judenburg bereits besteht, nicht geschlossen, sondern erhalten und ausgebaut wird.

Es ist weiter notwendig, beharrlich darauf zu dringen, daß in den Hauptschulen und in den Untermittelschulen einheitliche Lehrziele und einheitliche Schulbücher angestrebt bzw. verwendet werden, damit eben die vielgerühmte Brücke zwischen Haupt- und Untermittelschule nicht verbaut wird. Mit Recht hat deswegen der Arbeiterkammertag gegen solche Lehrpläne protestiert, die den Übergang von der Hauptschule in die Mittelschule erschweren. Es wurde hier heute und auch gestern schon gesprochen über das neue Studienförderungsgesetz, das Kindern von unbemittelten oder weniger bemittelten Eltern, die ordentliche Hörer einer Hochschule sind, ein regelmäßiges staatliches Stipendium, solange sie die

von ihnen geforderten Maßnahmen, Prüfungen usw. erfüllen, sichert. Das, möchte ich hier feststellen, war ein wichtiger Schritt, aber es war nur ein wichtiger Schritt. Soll der Zugang zu den höheren Schulen wirklich geöffnet werden, so erfordert dies eine wesentliche Vermehrung der Stipendien für Mittelschüler, weil ja bekanntlich die Mittelschule die Grundlage und die Voraussetzung für den Besuch einer Hochschule ist. Wie unhaltbar heute noch gerade bei dieser Frage die Verhältnisse sind, zeigt, daß nach der letzten Schulstatistik in Österreich rund 78.000 Mittelschüler aufscheinen, von denen aber nur 1500 ein Stipendium erhalten. Das heißt, nur knapp jeder fünfzigste Mittelschüler erhält heute ein Stipendium und das beträgt im Durchschnitt sage und schreibe nur 100 S. Jeder, meine Damen und Herren, kann sich ausrechnen, daß man mit so einem Stipendium ein Mittelschulstudium nicht bestreiten kann, wenn die Eltern nicht über genügend finanzielle Mittel verfügen.

Im polytechnischen Lehrgang soll nach dem Grundgesetz die allgemeine Grundbildung, wie sie in der Pflichtschule erworben wird, nicht erweitert, sondern nur gefestigt werden. Demnach wird aber das Ziel der Verlängerung der Schulpflicht nicht erreicht. Nicht in allen Ländern ist es so wie bei uns in Österreich. Zum Beispiel in der Deutschen Bundesrepublik wurde schon vor einem oder zwei Jahren ebenfalls das Problem der Verlängerung der Schulpflicht diskutiert und der sogenannte „Bundes-Elternrat“ hat auf einer Tagung in Bad Homburg im vorigen Herbst folgendes beschlossen: „Im neunten Schuljahr sollen die allgemeinbildenden Aufgaben vorrangig behandelt werden, die Schüler aber auch gleichzeitig zur Arbeitswelt herangeführt werden.“ In der Deutschen Bundesrepublik soll also die Verlängerung der Schulpflicht in erster Linie der Verbesserung der Allgemeinbildung dienen. Nicht so ist es in Österreich. Dies zeigt, daß die Errichtung des polytechnischen Lehrganges eine niemand befriedigende Lösung sein kann. Deshalb bleibt auch die Forderung nach einem echten neunten Schuljahr weiter auf der Tagesordnung. Meiner Ansicht nach wird es möglich sein, das zu erringen, wenn möglichst viele Eltern, wenn die Elternverbände, wenn viele Arbeiter, Gemeinden, Gewerkschaftsvertreter diese Forderung nachdrücklich erheben, und ich glaube auch, daß es Aufgabe des Steiermärkischen Landtages sein müßte, sein Gewicht in den Dienst dieser Auffassung zu stellen. Um so eher wird es möglich sein, aus dem polytechnischen Lehrgang etwas wirklich Nützliches für die Kinder und damit für unsere ganze Gesellschaft zu machen.

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Zinkanell das Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich ganz kurz, gewissermaßen in bezirklicher Kollegialität mich mit den Schlußbemerkungen des Herrn Kollegen Koch befasse, der sinngemäß gemeint hat, daß die Prosperität der Wirtschaft und nicht die soziale Gesetzgebung allein das Entscheidende sei. Ich möchte nur ergänzen: Eine tüchtige Wirtschaft ohne ausreichende soziale Gesetzgebung haben wir schon

gehabt. Das war für die sozial Bedürftigen, aber auch für die Wirtschaft nicht gut. (Abg. Ing. K o c h : „Da hat es aber nichts zu verteilen gegeben, Herr Kollege, das ist der große Unterschied, das Gesetz allein hilft uns nichts. Der Staat kann uns nur das geben, Herr Kollege, was er uns zuerst wegnimmt!“) Besser ist es, eine prosperierende Wirtschaft und eine ausreichende soziale Gesetzgebung zu haben. (Abg. Ing. K o c h : „Genau das meinte ich!“), damit im Trubel der Geschäfte die sozial Bedürftigen nicht vielleicht vergessen werden.

Im übrigen, Hohes Haus, wollte ich eigentlich feststellen, daß sich die Bevölkerung des ganzen Bezirkes Deutschlandsberg mit lebhafter Anteilnahme für die Bemühungen zur Schaffung einer Mittelschule in der Stadt Deutschlandsberg interessiert hat. Mit der Errichtung einer Expositur eines musisch-pädagogischen Realgymnasiums ab dem Schuljahr 1965/66 ist bereits ein erster konkreter Schritt in dieser Richtung getan worden. (Abg. Dr. R a i n e r : „Dank dem Unterrichtsminister!“) Es ist ein schöner Beweis — das wollte ich so nebenbei auch sagen — dafür, daß die Zusammenarbeit der maßgeblichen Personen und Stellen über die Parteigrenzen hinweg für alle Betroffenen einen so wichtigen Erfolg bringen konnte. Ich möchte es nicht versäumen, bei dieser Gelegenheit der Hohen Landesregierung und gerne auch dem Herrn Unterrichtsminister für Verständnis und Unterstützung zu danken. Zu danken ist meines Erachtens aber auch den initiativen Deutschlandsberger Persönlichkeiten, insbesondere dem Herrn Amtsarzt Dr. Steiner als dem Vorsitzenden des Proponentenkomitees und der dortigen Elternvereinigung, selbstverständlich auch dem Herrn Bezirksschulinspektor Mandl — von Ihrer Seite. — (Abg. H e i d i n g e r : „So gerecht sind wir!“), aber vor allem auch dem Herrn Bürgermeister der Stadt Deutschlandsberg, Herrn Dr. Christoph Klauser, der trotz der Verantwortung und Lasten, die damit der Gemeinde zusätzlich erwachsen, einer der eifrigsten Förderer und Befürworter einer Mittelschule in Deutschlandsberg ist. (Abg. Dr. R a i n e r : „Herr Kollege, der Herr Landeshauptmann gehört auch dazu!“) Ihn habe ich im Zusammenhang mit „Landesregierung“ genannt. (Abg. Dr. R a i n e r : „Er war es innerhalb der Landesregierung, andere Regierungsmitglieder haben damit weniger zu tun gehabt!“) Mit der Gründung einer Mittelschule in Deutschlandsberg gibt es ohne Zweifel wieder mehr Sorgen, wegen des Lehrkräftemangels, wegen der Schulraumnot und an sich auch wegen der Kosten. Aber wir sind immerhin damit wiederum einen Schritt weiter auf das Ziel zugegangen, daß auf Grund einer sinnvollen Schulplanung, wie heute schon gesagt wurde, jedes Kind die Möglichkeit bekommen soll, eine Hauptschule zu besuchen und daß auch jedes einigermaßen begabte Kind sowohl aus bäuerlichen Kreisen, selbstverständlich als auch aus nicht bäuerlichen Kreisen, eine Mittelschule besuchen können soll. Je mehr so ein junger Mensch sein Bildungsvolumen ausweiten und vertiefen kann, desto mehr ist er in der Lage, die Buntheit und Reichhaltigkeit der Welt und des Lebens um ihn geistig und seelisch zu erfassen. Er wird innerlich reicher und damit auch glücklicher leben und seinen Mitmenschen mehr Wissen und auch mehr Menschlichkeit vermitteln

können. Man soll nur diesen sehr wertvollen Gewinn nicht damit erkaufen müssen, daß die Kinder schon im zehnten oder elften Lebensjahr aus dem elterlichen Hause, aus der sogenannten „Nestwärme“ weg in ein Heim gegeben werden müssen oder aber einen langen und zum Teil sehr problematischen Aufenthalt in den Verkehrsmitteln und Warteräumen als Fahrschüler auf sich nehmen müssen. Es ist jedoch ein großer Unterschied, ob man ein Kind bereits ab dem 10. oder 11. Lebensjahr oder allenfalls erst ab dem 14. von den Eltern weg in ein Heim geben muß.

Ich möchte daher noch einmal unserer und meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß nun wieder einem Teil der Kinder und einem Teil der Eltern durch eine neue Mittelschule, die nun im nächsten Jahr anlaufen wird, geholfen werden konnte. (Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete S c h l a g e r hat das Wort.

Abg. **Schlager:** Hohes Haus! Aus den Worten des Herrn Abgeordneten Leitner von der Kommunistischen Partei könnte man leicht entnehmen oder der Meinung sein, daß wir als die zuständigen Abgeordneten des Bezirkes Judenburg und des Bezirkes Knittelfeld nichts unternommen hätten, um das musisch-pädagogische Gymnasium in Judenburg zu retten. (Abg. L e i t n e r : „Das habe ich nicht gesagt!“) Dem ist nicht so. Wir sind Hunderte, wenn nicht Tausende Kilometer gefahren, und nicht nur wir, sondern auch die Vertreter der Elternvereinigungen und andere Kollegen und haben alles getan, um den Wünschen der Elternschaft in diesem Bezirk Rechnung zu tragen. Wir möchten feststellen, wir haben vor kurzem im Hohen Haus einen Bericht der Landesregierung vernommen, in welchem ausgeführt wurde, daß das Bundesministerium für Unterricht der Errichtung des musisch-pädagogischen Gymnasiums in Murau zugestimmt hat. Wir freuen uns darüber und wissen auch, daß in der Zwischenzeit dieses Gymnasium eröffnet wurde und daß dort zwei erste Klassen geführt werden mit insgesamt 67 Schülern und daß von diesen 67 Schülern 28 aus dem Bezirk Judenburg sind. Aber auch global gesehen für den Bezirk Murau mit einem Einzugsgebiet von rund 1000 Hauptschülern muß man gerechterweise feststellen, daß der Wunsch der dortigen Bevölkerung, ein derartiges Gymnasium zu besitzen, berechtigt ist. Allein die Zahl von 1000 Hauptschülern gibt die Gewähr, daß in Zukunft diese Schule immer besetzt sein wird. Der Tropfen, der da hineinfiel, der schlechte Tropfen, war der, daß die Schulbehörden hingingen und das musisch-pädagogische Gymnasium in Judenburg nicht mehr weiterlaufen lassen lassen bzw. nur die eine Klasse auslaufen lassen wollen. Meine Damen und Herren, wir müssen korrekt feststellen, daß der Bezirk Judenburg mit seinen rund 3000 Hauptschülern, und zu diesen werden in nächster Zeit durch den Hauptschulbau von Obdach, Weißkirchen und Pöls noch weitere Hauptschüler dazukommen, auch ein großes, wenn nicht 3mal so großes Einzugsgebiet als der Bezirk Murau hat. Ich habe bei vielen Resolutionen mitgewirkt, die die Elternvereinigungen und die Betriebsräte ab-

geschickt haben an verantwortliche Stellen. Überall haben wir festgestellt, daß wir selbstverständlich für das musisch-pädagogische Gymnasium in Murau sind, aber man soll deswegen doch nicht das musisch-pädagogische Gymnasium in Judenburg auflösen.

Wir müssen auch etwas anderes feststellen. Judenburg ist eine zentral gelegene Stadt und es können Entfernungen von 40 und mehr Kilometern durch Autobuslinien ausgezeichnet überbrückt werden. Der Schulbesuch in Judenburg war ja auch ein ausgezeichneter. Das war die Überlegung des Bundesministeriums für Unterricht, als es mit einem musisch-pädagogischen Gymnasium in Judenburg begonnen hat, weil es dort gesehen hat, daß die entsprechende Schülerzahl vorhanden ist. Jetzt zu diesem Lehrgang waren in Judenburg außer Murau 40 Schüler angemeldet. Ich habe feststellen lassen, daß diese nun nirgends aufscheinen, also daß diese 40 Schüler kein Gymnasium besuchen. Das heißt, daß um diese 40 Schüler — zumindest, wenn sie den Lehrberuf ergriffen hätten — weniger Lehrer sein werden. Die Eltern dieser Schüler konnten ihre Kinder nicht zur Schule schicken, weil sie entweder den Bahnweg nach Murau nicht leisten konnten oder die Unterbringung in Murau nicht leisten haben können und deshalb fällt die Schülerzahl aus. Wir müssen anerkennen, daß die Stadt Judenburg gerade als Bezirksschulstadt unerhört viel gemacht hat. Es bestehen dort ein Hallenbad, Sportplätze, ein wunderschöner Festsaal, in dem die Vereinigten Bühnen Graz Theaterstücke zur Aufführung bringen, so daß auch hier die kulturelle Ausbildung vorhanden ist. Trotz aller dieser Erwägungen hat man sich zu diesem Schritt entschlossen. Ich weiß, welche Entgegnungen nun vom zuständigen Referenten kommen werden. Es geht mit der naturwissenschaftlichen Klasse los, es geht mit dem Gymnasium los, alle diese Dinge wurden mir schon serviert. Das Deprimierende ist jenes, daß Elternvereinigungen ohne Unterschied der Partei bei den verantwortlichen Stellen vorgespochen haben, und zwar beim Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren, in Wien beim Bundesministerium für Unterricht, und überall hat man gesagt „Selbstverständlich sind die Wünsche der Elternschaft berechtigt und Sie können versichert sein, meine Herrschaften, wir werden alles tun, um Ihre Wünsche zu erfüllen. (Landeshauptmannstellv. Dr. Koren: „Sie sind ja erfüllt!“) Man müßte bei solchen Aussprachen den Mut haben, zu sagen, wir haben nicht die Absicht diese Wünsche zu erfüllen, aus dem und dem Grund. Es müßte mehr Ehrlichkeit herrschen bei solchen Aussprachen. Es ist selbstverständlich schöner, zu sagen, wir werden es schon machen, aber auf der anderen Seite geht alles unter. Ich richte deshalb von dieser Stelle aus nochmals die Bitte, daß man die Frage wieder prüft und auch den Wunsch nach einem Gymnasium. Es besteht in Judenburg von allen Kreisen der Wunsch, daß es ein Realgymnasium bleibt mit einem musisch-pädagogischen Zug. Man muß anerkennen, daß in Judenburg sofort die Kammer für Arbeiter und Angestellte sehr gute Räume zur Verfügung gestellt hat und daß alle Stellen alles getan haben, um die Weiterführung dieses Gymnasiums zu ermöglichen.

Ich bitte deshalb von dieser Stelle aus, daß man diese Frage nochmals prüft, damit berechtigte Wünsche der Eltern aus den Bezirken Judenburg und Knittelfeld erfüllt werden können, weil ich der Meinung bin, bei einigem guten Willen ist es möglich. (Beifall.)

Präsident: Herr Landesrat Peltzmann hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Anton Peltzmann: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Österreich und damit auch die Steiermark ist vor allem ein Land von Klein- und Mittelbetrieben nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Struktur der gewerblichen Wirtschaft. Sie sind das Rückgrat der Gesamtwirtschaft. In ihnen entscheidet sich das Wachstum und das Steueraufkommen. Wenn ich Ihnen dazu nur zwei Ziffern sagen darf: Nach der Volkszählung 1961 beschäftigte die gewerbliche Wirtschaft in unserer Heimat 124.922 Arbeitnehmer und die Industrie 97.315. Der weitere Bestand dieser Klein- und Mittelbetriebe wird davon abhängen, diesen Betrieben den nötigen Nachwuchs zu sichern. Gerade diese Klein- und Mittelbetriebe können wirtschaftlich gar nicht wichtig genug genommen werden. Sie waren es und sind es immer noch, die der Wirtschaft den Löwenanteil der Facharbeiter gestellt haben. 72% unserer gesamten Lehrlinge werden in Betrieben in der Größe von 1 bis 10 Beschäftigten herangebildet. Ein Großteil dieser Betriebe hat auch in den letzten Jahren eine beträchtliche Zunahme von technischen Einrichtungen zu verzeichnen gehabt. Es muß unser weiteres Bestreben sein, dieser Modernisierung Rechnung zu tragen und unsere Berufsschulen in diesem Sinn auszugestalten. Mit dem von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, am 9. Juli 1964 beschlossenen Berufsschulorganisationsgesetz wurde einer neuen Entwicklung des steirischen Berufsschulwesens die Grundlage gegeben. Es ist mir ein Bedürfnis, allen jenen Frauen und Männern, die in der Vergangenheit und in der Gegenwart der Berufsausbildung unserer Jugend ihr Herz und ihre Kraft gewidmet haben, herzlich zu danken. Sie waren die unbekannteten Helfer, die es uns heute ermöglichen, auf diesen Fundamenten weiterzubauen und hier diesen neuen Weg auf einer soliden Grundlage zu errichten. Sie haben uns die Voraussetzung dazu geschaffen, um der gewerblichen Jugend auch in Zukunft eine gediegene Ausbildung zu ermöglichen. Wie schwierig die auf diesem Gebiet geleistete Pionierarbeit vor einem Jahrzehnt gewesen ist, können Sie daraus ersehen, daß sich die Lehrlingszahlen gegenüber dem Jahre 1951 ungefähr verdoppelt haben. Eine besondere Erschwernis bei der Planung lag damals wie heute darin, daß sich die Zunahme der Lehrlingszahlen in den verschiedenen Berufen nicht gleichmäßig, sondern in verschiedener Art vollzogen hat. So stieg z. B. die Lehrlingszahl im Kfz-Mechaniker-Gewerbe von 205 Lehrlingen im Jahre 1951 auf 1417 im Jahre 1964, also um 691%. Die Zahl der Schuhmacherlehrlinge ging im gleichen Zeitraum von 398 im Jahre 1951 auf 75 im Jahre 1963 zurück. Sie werden daher leicht einsehen, daß bei dieser gegebenen Lage eine Voraus-

planung außerordentlich schwierig war und wir auch in Hinkunft bei der Planung vor denselben Schwierigkeiten stehen werden, wenn vielleicht auch nicht in diesem Ausmaße wie jetzt.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich Ihnen einen kurzen Überblick über das im Jahre 1964 Geschaffene und Geleistete auf dem Sektor des Berufsschulwesens gebe. Der begonnene Weg des Ausbaues der Landesberufsschulen wurde erfolgreich beschritten. Die Landesberufsschule Bad Gleichenberg mußte aufgestockt werden, weil auch hier eine Zunahme der Schülerzahl in einem sehr rapiden Tempo vor sich ging und allein die Lehrlingszahl im Gast- und Schankgewerbe zur Zeit rund 1100 beträgt. In der Landesberufsschule Eibiswald sind die Bauarbeiten bis auf ganz kleine Sanierungsarbeiten abgeschlossen und wir rechnen, daß bereits der nächste Lehrgang in die neuen Klassenräume einziehen kann. In Feldbach bauen wir einen neuen Klassentrakt an, und es hat sich die Gemeinde Feldbach großzügig bereit erklärt, die Hälfte der Kosten von 2,4 Millionen zu tragen, um hier eben auch den modernen Anforderungen gerecht zu werden. Hier ist es besonders deshalb wichtig, weil wir auch in Feldbach Schüler aus anderen Bundesländern eingeschult haben und so den anderen Bundesländern gegenüber mit einer sauberen und ordnungsmäßigen Schule auftreten können, denn sonst besteht die Gefahr, daß diese ihre Lehrlinge wieder abziehen. An der Landesberufsschule Murau konnte in diesem Jahr der Lehrwerkstätten-trakt für die Maurer fertiggestellt werden und es steht daher der Benützung der neu geschaffenen Lehrwerkstätte nichts mehr im Wege. Die zuletzt begonnene Landesberufsschule Arnfels geht bereits ihrer Vollendung entgegen. An diese Schule werden zunächst von der Landesberufsschule Eibiswald die Kfz-Mechaniker und Kfz-Elektriker umgeschult. Ab dem Schuljahr 1965/66 werden die gewerblichen Schlosser mit Ausnahme des Schulsprengels Graz-Umgebung ihren Unterricht in Arnfels aufnehmen können. Diese Landesberufsschule und insbesondere die Lehrwerkstätten wurden nach den modernsten Gesichtspunkten errichtet. Sie dürfte auf diesem Gebiet derzeit die modernste und bestausgestattete Berufsschule in Österreich sein und kann dem Vergleich mit ähnlichen Schulen im westlichen Ausland ohne weiters standhalten.

Es darf dabei nicht übersehen werden, daß das Land bis zum Inkrafttreten des neuen Berufsschulorganisationsgesetzes mit 1. September 1964 gesetzlicher Schulerhalter aller übrigen 28 Bezirksberufsschulen war und auch hierfür nicht unerhebliche Mittel aufgewendet wurden.

Gerade aus den Voranschlagsziffern der letzten zwei Jahre ist zu ersehen, welche große Bedeutung das Land der Lehrlingsausbildung beimißt. Im Sektor Berufsschulwesen beträgt die Steigerung von 1963 auf 1965 63%. In Zahlen ausgedrückt, ergibt sich folgendes Bild:

- 1963: 27 Millionen Schilling,
- 1964: rd. 32 Millionen Schilling, und
- 1965: in dem Ihnen vorliegenden Voranschlag rd. 44 Millionen Schilling.

Zu all diesen Ausgaben kommt noch, daß das Land Lehrlingsbeihilfen und Lernbeihilfen gewährt. Ich werde dann die Anfrage der Frau Kollegin Lendl sowie den Zeitungsartikel in der „Neuen Zeit“ in meiner Antwort noch streifen.

Warum geben wir diese Lehrlingsbeihilfen und diese Beihilfen für die Lernmittel? Deshalb, damit wir auch den Minderbemittelten die Möglichkeit geben, ihre Kinder den Beruf erlernen zu lassen, der ihnen am nächsten liegt, zu dem sie Lust und Freude haben. Es ist im Interesse des Landes gelegen, auch diesen Kindern die Möglichkeit zu geben, gut ausgebildete Facharbeiter oder einmal Meister zu werden.

Wir haben, um der Ausschüttung dieser Mittel einen gerechten sozialen Status zu geben, Richtlinien geschaffen. Daß das vor Oktober/November nicht möglich war, erklärt sich daraus, daß wir zuerst einmal sehen mußten, welche Mittel das Land Steiermark für diesen Zweck für 1965 zur Verfügung stellen kann. (Abg. Heidinger: „Das hat ja mit den Richtlinien nichts zu tun!“) Das hat wohl mit den Richtlinien etwas zu tun. Wenn wir nur 1,2 Millionen wie 1963 hätten und für 1964 auch nicht sehr viel mehr — es ist uns ja erst innerhalb des Jahres gelungen, 660.000 S nachträglich aufzustocken — könnte man nicht viel damit anfangen. Ohne Geld kann man nichts ausgeben. Deshalb also die Fristversäumnis. Man muß ja wissen, wie man die Streuung durchführen kann. Wenn man als Grundlage hat soundsoviel Bedürftige, ein soundso großer Prozentsatz dürfte da hineinfallen, dann muß man das ja auch errechnen können. Sonst sind in den Richtlinien Beträge angegeben und im März muß man dann sagen, „entschuldigen Sie, uns ist das Geld ausgegangen.“ Das wollten wir nicht und deshalb haben wir auf die Summen, mit denen wir rechnen konnten, gewartet.

Wir hoffen, daß der Betrag, den der Hohe Landtag beschließt, jedes Jahr den zunehmenden Lehrlingszahlen gemäß aufgestockt wird. Sollte das nicht der Fall sein, dann haben Sie recht, Herr Kollege, dann müssen wir eben unsere Richtlinien ändern. Das geht eben nicht anders. (Abg. Heidinger: „Das wollte ich nur wissen!“) Wir haben ja auch hier die Möglichkeit drinnen, weil wir in den Richtlinien die Kinderzahl festgelegt haben — ab 5 Kinder —, diese Kinderzahl frei zu erlassen. Ferner haben wir drinnen die Einkommensverhältnisse und die Lehrlingsentschädigungen der einzelnen Lehrlinge. Wenn Sie die Zahl für 1963 mit 1,2 Millionen Schilling annehmen und 1964 mit rund 1,5 Millionen hinzusetzen, denn die zusätzliche Aufstockung um 660.000 S erfolgte ja erst im Frühjahr dieses Jahres, so sehen Sie jetzt im Voranschlag einen Betrag von 2,310.000 S, was seit 1963 einer Steigerung von 69% gleichkommt.

Nun, Frau Kollegin Lendl, zu Ihrer Anfrage, und Herr Kollege Sebastian, zu Ihrem gestrigen Vorwurf in der Generaldebatte hinsichtlich der Vermittlungstätigkeit zur Erlangung von Lehrlingsbeihilfen. Ich habe wöchentlich, soweit es mir möglich ist, am Montag meinen Sprechtag in Mitterndorf im Mürztal, und da Sie sowieso ausgezeichnet über Mürztaler Verhältnisse informiert sind, wird Ihnen

auch bekannt sein, daß so ein Sprechtag von durchschnittlich 50 bis 60 Personen besucht wird. (Abg. L e n d l: „Dazu kommen die Sprechstage des ÖVP-Bezirkssekretärs!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Dort sprechen auch Bürgermeister und Betriebsratsobmänner vor, und jeder hat von mir noch die Unterlagen, die ich mit hatte, ganz gleich für was für ein Förderungsreferat erhalten, weil es meiner Ansicht nach eine Aufgabe des Mandatars ist, diesen Menschen behilflich zu sein. Ich muß hier auch der Frau Abg. Lendl danken, auch sie hat erst vor kurzem wieder ein Paket solcher Unterlagen bei der Rechtsabteilung 4 abgeholt (Abg. Dr. R a i n e r: „Ah, da schau her!“), und ich glaube, daß sie das als Abgeordnete dieses Hauses getan hat und nehme nicht an, daß sie das als Funktionärin der sozialistischen Bewegung getan hat. Ich glaube, daß die Zustellung oder die Vermittlung solcher Unterlagen ein Hilfsakt gegenüber der Bevölkerung ist. Nun, da die „Neue Zeit“ schreibt vom Mißbrauch der Lehrlingsförderung und ich immer Anregungen — soweit sie mir gut erscheinen — gerne verwirkliche, habe ich mir gedacht, das läßt sich leicht lösen, daß so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommt. Ich werde in den nächsten Tagen die Rechtsabteilung 4 beauftragen, keinerlei Ansuchenformulare mehr auszugeben an einzelne, sondern diese Antragsformulare den Lehrbetrieben zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, damit ist Ihrem Wunsch Rechnung getragen. Ich werde einen Strich darunter machen. Es wird nichts mehr ausgegeben, sondern nur der Lehrherr kann den Bildungsfortgang der Lehrlinge beurteilen und diese Lehrherren werden in Zukunft diese Formulare zugesandt bekommen. Dann gibt es da nichts mehr. (Landesrat B a m m e r: „Über den Wirtschaftsbund!“) Die sozialistischen Funktionäre haben daraus ein Politikum gemacht. So ist das Ihre Auslegung. Da ist in Wirklichkeit nichts drinnen. Glauben Sie mir das! Ich werde dem Bürgermeister und dem Betriebsratsobmann sagen, meine Herrschaften, lesen Sie den Artikel in der „Neuen Zeit“. Es ist mir nicht mehr möglich, diesen Weg zu begehen. Sie müssen sich mit dem anderen, zu dem ich mich entschlossen habe, zufriedengeben. Ich glaube, das ist die eleganteste Lösung, oder finden Sie auch da noch etwas dran? Ich habe den Brief nicht gelesen. Ich werde mich darüber nicht aufregen, wenn Sie einem Vorsprechenden einen Brief schreiben und ihm schreiben „es war mir möglich, für Sie diese Beihilfenformulare zu erreichen und sie Ihnen zu übersenden“. (Abg. L e n d l: „Es handelt sich ja nicht um die Formulare für die Lehrlingsbeihilfen, sondern um den Vorgang bei der Berechnung derselben!“ — Landesrat B a m m e r: „Ich bin vollkommen Ihrer Meinung, aber nicht einem, dem sie gar nicht zugesprochen wird!“) Herr Kollege Bammer, ich glaube, ich kann das abschließen. Ich habe die Regelung jetzt getroffen. Ich habe Ihnen das dargelegt. Damit ist diesem Ding der Riegel vorgeschoben, damit das nicht mehr passieren kann. Die Rechtsabteilung 4 bekommt den Auftrag, keine Formulare mehr auszugeben, nur mehr an die Lehrbetriebe. (Landesrat B a m m e r: „Hoffentlich geht es Ihnen dann nicht so wie mit Ihrer Preiskontrolle!“) Darf ich Ihnen zur Preiskontrolle etwas sagen.

Sie müßten es wissen als Landesrat, daß wir in der 2. Instanz keine Möglichkeit haben, den Erhebungsabteilungen, die dem Innenministerium unterstehen, Anweisungen zu geben. Das könnten Sie im Innenministerium machen. Wenn Ihnen das noch nicht klar geworden ist, haben Sie sich mit den einzelnen Abteilungen bis heute noch zu wenig befaßt. (Landesrat B a m m e r: „Ihnen blieb es vorbehalten!“) Ihr damaliger Innenminister hat wortwörtlich zu mir gesagt in Wien, das sollen sich die Vertreter des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer in der Paritätischen Kommission, wo sie sitzen, selbst ausschnapsen. Die Lösung, die ich hier gesagt habe, werden wir durchführen. Alle sind nicht Engel auf dieser Welt, vielleicht in Ihrer Partei! Wir haben auch fehlerhafte Menschen. Wenn wir Fehler machen, dann wollen wir aus den Fehlern lernen, wenn sie aufgezeigt werden, und ich habe Ihnen kundgetan, daß ich aus dem Artikel der „Neuen Zeit“ die Konsequenzen gezogen habe und das auf eine neue Basis stellen werde. (Landesrat S e b a s t i a n: „Aber Sie sind ein Engel, Herr Kollege Peltzmann!“) Habe ich noch nie behauptet. Möchte ich nicht einmal sein, weil dann würde ich im Himmel wieder mit Ihnen beisammensitzen. (Landesrat S e b a s t i a n: „Das freut mich, daß ich in den Himmel komme.“ — Landesrat W e g a r t: „Ihr seid Optimisten!“ — Landesrat B a m m e r: „Dort werden wir einige vermissen!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Das war mir nach Ihrer gestrigen Rede eine Selbstverständlichkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird noch großer Anstrengungen bedürfen, um die gewerbliche Wirtschaft in den Stand zu versetzen, welchen sie für den zu erwartenden harten Konkurrenzkampf in einem größeren Wirtschaftsraum benötigt, um bestehen zu können. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn wir in konsequenter Weise den bereits beschrittenen Weg der Verfachlichung unserer Berufsschulen weiterhin durch Neuerrichtung von Landesberufsschulen durchführen. Es wird eine der Hauptaufgaben des in Kürze zu konstituierenden gewerblichen Berufsschulbeirates sein, wo wir nur die Vorplanung bereitstellen, die entsprechende Endplanung durchzudiskutieren, um hier jene Maßnahmen vorzuschlagen, die notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Ich weiß, daß wir uns am Sektor des Handwerks auf einer Basis bereits gefunden haben. Ich schneide extra den Schulort nicht an, weil ich hier a) dem Berufsschulbeirat nicht vorgreifen möchte, und b) nach dem Gesetz das eine Angelegenheit der gesamten Landesregierung ist. Wenn Sie heute in der Zeitung lesen oder wenn Sie nur die Zeitungsartikel des letzten Jahres zusammengreifen: Wenn alle Gemeinden, die angeblich eine Zusage für eine Landesberufsschule haben, diese bekommen, dann brauchen wir nicht 4 oder 5, dann müßten wir 20 oder 30 bauen. Sie sehen darin schon — und es war immer mein Standpunkt, ganz gleich, wo ich zu diesem Problem gesprochen habe —, daß ich hier den Körperschaften, die zuständig sind, nicht vorgreifen kann und auch nicht vorgreifen will. Ich weiß wohl Ihre Anregung und nehme sie zur Kenntnis, Herr Kollege. Es werden auch die Vertreter der SPÖ im Berufsschulbeirat die Anregungen aufgreifen und

dort zur Diskussion stellen, weil Demokratie ist, daß diskutiert wird, und wir wollen die Dinge echt und ehrlich diskutieren. Ich sagte ja, hinsichtlich der Handwerksausbildung trennt uns nichts.

Die Sache liegt etwas anders beim Handel. Es wird hier immer wieder davon gesprochen, eine Verfachlichung des Handels sei nicht gegeben oder nicht in diesem Sinn gegeben, daß man hier von einer Zusammenfassung von Fachausbildungsgruppen sprechen kann, oder es würde sich nicht rentieren, diesen Weg zu beschreiten. Ich bin hier anderer Meinung. Auch hier schreiten die Wirtschaft und die Technik weiter und auch hier können wir nicht stehenbleiben in der Jetztzeit oder in der Vergangenheit. Der kleine Gemischtwarenhändler wird mehr und mehr seine Existenzgrundlage verlieren. Es wird auch im Handel eine Verfachlichung Platz greifen müssen. Der Gemischtwarenhändler, der vom Gurkenfaß bis zum Selbstbinder alles hat und in Wirklichkeit den modernen Käuferanforderungen nichts bieten kann, gehört der Vergangenheit an. Das habe ich auch gestern hier beim Handel gesagt. Eine Verfachlichung ist notwendig. Auch der kleine Kaufmann will leben, der sich nebenbei spezialisiert, der eine auf Papierwaren, Spielwaren, der nächste auf Textilien, das ist ja der Trick, den wir schon vorgeschlagen haben. (Landesrat B a m m e r: „Herr Kollege Peltzmann, denken Sie doch an die vielen hundert kleinen Gemeinden, wo es nur so einen Greißler gibt!“) Schauen Sie, auch dort ist es möglich, und es gibt einige Ortschaften, die das bereits durchgeführt haben. Es genügt zur Spezialisierung schon ein Ort mit nur zwei Kaufleuten. Z. B. der eine hat Lebensmittel und dazu, was weiß ich, Stoffe, und der zweite hat dazu Schuhe und Eisenwaren. Auch hier ist es möglich. Es wird dadurch zu einer größeren Lagerfähigkeit kommen, und es wird das wenige Kapital, das der Kleinhandel besitzt, richtig angelegt.

Nun, meine Damen und Herren, zur Verfachlichung selbst. Sie können mir doch nicht sagen, daß ein Eisenverkäufer, ein Eisenwarenhändler die gleichen Kenntnisse besitzen muß wie ein Textilhändler. Wir wollen ja beim Handel von der reinen Verkäufertätigkeit weg und zu einer echten Kundenberatung kommen und das setzt eine Verfachlichung des Handels voraus. Ich weiß, wir haben überall Schwierigkeiten. Und, Herr Abg. Ileschitz, ich werde mich nicht äußern, aber auch in meiner eigenen Parteirichtung sind auch die Schwierigkeiten, weil man sich eben von der alten Anschauung loslösen muß und weil es immer eine Zeit braucht, um neues Gedankengut zu verarbeiten.

Wir haben doch dieses Bild bei den Landesberufsschulen für das Handwerk genau so gehabt. Ich sage Ihnen da ja nichts Neues. Und heute bekennt sich alles dazu. Das ist der beste Beweis, daß es so ist, wie ich Ihnen das geschildert habe.

Ein weiteres, noch zu behandelndes Problem, meine Damen und Herren, stellt nach meiner Meinung auch noch die Berufsschulpflicht für jugendliche Hilfsarbeiter dar. Wir können nicht auf die Dauer zuschauen, daß eine große Gruppe — es sind dies immerhin noch 15% — unserer Jugendlichen

in einem Hilfsarbeiterverhältnis steht, daß diese Leute mit 14 oder mit dem neunten Schuljahr dann mit 15 Jahren ihrer Ausbildung Genüge getan haben und dann keine Möglichkeit mehr haben, ihre Kenntnisse dem Fortschritt und der Entwicklung der Zeit anzupassen. Ich möchte ersuchen, daß auch hier die Initiative vom Steiermärkischen Landtag ausgeht und an den Bund herangetreten wird, bei dem ja die Kompetenz liegt, damit auch dieses Problem, die Berufsschulpflicht für Hilfsarbeiter, in Angriff genommen wird.

Das wäre zur Ausbildung, zum Ausbildungsweg unserer Jugend zu sagen.

Meine Damen und Herren! Der fertige Lehrling, der dann jetzt mit 15 Jahren ins Lehrverhältnis tritt, mit 18 Jahren seiner Berufsschulpflicht Genüge geleistet hat, der aber die Absicht hat, selbstständig zu werden oder sich in seiner beruflichen Arbeit weiterzubilden, für den ist — besonders auf dem flachen Land — dazu keinerlei Möglichkeit vorhanden. In Graz ist das etwas anders. Hier gibt es Kurse aller Kammern, gibt es Kurse von der Gewerkschaft, Abendkurse, aber am breiten Land fehlt uns das vollkommen. Das heißt, wenn wir nur an unsere eigenen Kinder denken, da lernt er einen Beruf, arbeitet als Geselle einmal in diesem Betrieb und einmal in einem anderen und dann kommt er in das Alter, wo er sagt, „so, jetzt möchte ich meine Berufsschulausbildung abschließen, das heißt, ich trete zur Meisterprüfung an“. Sehen Sie, ich glaube, hier ist noch eine große Lücke, die in Westdeutschland, in der Schweiz, in Frankreich, längst ausgefüllt wurde. Wir müssen uns auch überlegen, wie wir diese Lücke ausfüllen können. Ich stelle mir vor, daß wir hier in der Steiermark einmal die Diskussion darüber eröffnen über die Erstellung von Meisterschulen. Das heißt Schulen, wo sich der bereits fertige Facharbeiter weiterbilden kann, vorbereiten kann auf seine Tätigkeit als zukünftiger Unternehmer, auf seine Tätigkeit, in einem Betrieb einmal eine höhere Position auszufüllen. Ich glaube, das wäre eine Aufgabe, die uns noch zu lösen gestellt ist. (Zwischenruf: „Wir haben ja schon das Beispiel gegeben, Herr Landesrat, mit unseren Abend-Werkmeisterschulen.“) Sehr richtig, und ich habe das ja schon angeführt, ich habe ja gesagt, in Graz gibt es Kammerkurse und Abendkurse aller Art.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu den Voranschlagssummen für den weiteren Ausbau unseres Berufsschulwesens. Es wird auch weiterhin mein und das Bestreben der Abteilung sein, die zur Verfügung gestellten Mittel in sparsamster Weise zweckerfüllend einzusetzen.

Am Schlusse meiner Ausführungen möchte ich allen danken, die dazu beigetragen haben, daß der aufgezeigte Weg so erfolgreich weitergeführt werden konnte. Mein Dank allen Beamten und Angestellten der Rechtsabteilung 4, dem Leiter Herrn Dr. Hemmelmayr — besonders, dem Referenten für das Berufsschulwesen, Herrn Oberregierungsrat Dr. Klautzer und seinen Helfern. Mein weiterer Dank gilt der Berufsschullehrerschaft, die oft unter schwierigsten Bedingungen, besonders in den Bauzeiten,

ihrer Pflicht und ihrer Aufgabe, nicht nur Lehrer, sondern auch Führer unserer Jugend zu sein, mit Liebe und Verständnis nachgekommen ist. Für die Zukunft kann ich nur wünschen, daß in gemeinsamer Arbeit der gesamten Wirtschaft in diesem Lande weiterhin die Möglichkeit gegeben wird, uns durch ihre Steuerleistung die Mittel zur Verfügung zu stellen, die wir benötigen, um diesen Weg erfolgreich zu beschreiten. (Beifall.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Zur Gruppe 2, „Schulwesen“, haben 15 Abgeordnete gesprochen. Ich frage nun den Herrn Berichterstatter, ob er ein Schlußwort wünscht?

Berichterstatter Abg. Koller: Ich verzichte auf ein Schlußwort, Herr Präsident, und wiederhole meinen Antrag auf Annahme der Gruppe 2.

Präsident: Wir stimmen über diese Gruppe ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und den Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschlacht.) Die Gruppe 2 ist hiermit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 3, „Kulturwesen“. Berichterstatter ist Abgeordneter DDr. Stepantschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. DDr. Stepantschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der Gruppe 3, „Kulturwesen“, ist für das kommende Jahr ein Betrag von über 57 Millionen Schilling vorgesehen, das sind um etwa 6 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Der Zuschuß an die Vereinigten Bühnen ist um 550.000 S geringer geworden, dafür mußte aber für einen Zuschuß an das selbständig gewordene Philharmonische Orchester ein Betrag von 2,2 Millionen Schilling eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren! Der Finanzausschuß hat sich auch mit den Ansätzen der Gruppe 3 eingehend befaßt und ich darf Sie bitten, ihnen die Zustimmung zu geben.

Präsident Dr. Stephan: Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Kraus.

Abg. Kraus: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will Sie nicht lange aufhalten und möchte die Dinge daher gleich beim Namen nennen. Jedermann hat die Ohren voll von der viele Jahre hindurch heftig geübten sozialistischen Kritik an der staatlichen Kulturpolitik in Österreich, an den Leistungen und Nichtleistungen des Unterrichtsministeriums, an der zu schwachen Dotierung des Kultur-Ressorts. Man könnte glauben, daß nur die Sozialisten ein Herz für die Kulturpolitik haben. Wir werden wahrscheinlich ja in diesen Hause noch einiges darüber zu hören bekommen. Wie sieht es aber aus, wenn Sozialisten die Macht und das Geld haben und niemand sie hindern kann, eine Kulturpolitik nach ihren Vorstellungen und ihrem Geist zu machen? Ich will mich da nicht mit Wien beschäftigen. Wien unterhält ja kein eigenes Theater. (Landesrat Bammmer: „Kein Theater? Da sind Sie aber schlecht informiert, was ist mit dem Theater

an der Wien?“ — Dr. Kaan: „Nein, das Theater an der Wien ist nur zur Vermietung da, aber es hat kein eigenes Ensemble, kein eigenes Unternehmen!“) Das habe ich ja gesagt. Es hat auch kein eigenes Orchester wie Graz. Ich will Sie nur noch bitten, mit mir einen Blick in unser Nachbarland Kärnten zu machen. Seit vielen Jahren sind sämtliche Angelegenheiten des Kärntner Kulturwesens in sozialistischer Hand, noch dazu in der Hand des Herrn Landeshauptmannes Wedenig persönlich. In der Steiermark untersteht das Kulturreferat dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren, einem OVP-Regierungsmittglied. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich darf Sie beglückwünschen, Sie können für sich den Ruf in Anspruch nehmen, von allen Bundesländern das höchste Kulturbudget erreicht zu haben. (Abg. Heidinger: „Na, bei dem Finanzreferenten!“ — Abg. Pölzl: „Soll das ein Vorwurf sein?“ — Abg. Dr. Rainer: „Aber in Kärnten ist der Finanzreferent der Genosse Sima, Herr Heidinger!“)

Ich darf Sie bitten, mir zu gestatten, einen Vergleich zwischen dem steirischen und kärntnerischen Kulturbudget zu ziehen. Zuerst seien die Einwohnerzahlen beider Länder angeführt. Steiermark hat eine Einwohnerzahl von 1,137.865 gegenüber Kärnten mit 485.226, das sind 44%, praktisch die Hälfte der Einwohner von Steiermark. Werfen wir einen Blick auf das Kärntner Budget. Wir haben ihm aufschlußreiche Dinge zu verdanken. Für die Gruppe 3, Kulturwesen, sind im Jahre 1963 ausgegeben worden 12,372.000 S, das sind 1,36% des gesamten Budgets. 1964 waren es 13,785.000 S, das sind 1,88%, 1965 werden es 15,990.000 S sein, 1,7%. Man gibt im nächsten Jahr dem Kulturbudget in Kärnten 2,2 Millionen Schilling dazu, aber der Anteil am Gesamtbudget ist auf 1,7% gesunken. Dieser Anteil betrug bis zum Jahre 1956 durchschnittlich 2,7%. Man läßt in Kärnten die Kultur nur sehr beschränkt an der Konjunktur teilhaben. Ich darf wiederholen, der Anteil in Kärnten am Budget 1965 macht 1,7% aus. In der Steiermark betrug dieser Anteil 1964 annähernd 3%, was auch heuer wieder der Fall ist. Das bedeutet, daß Kärnten mit der halben Bevölkerungszahl der Steiermark im Jahre 1964, die Zahlen für 1965 stehen in einzelnen zur Verfügung, 13,7 Millionen Schilling für die Kultur ausgegeben hat, die Steiermark aber 51 Millionen Schilling, rund viermal soviel wie Kärnten. Weiter bedeutet das, daß Kärnten in diesem Jahr für Kunstpflege 7 Millionen Schilling ausgegeben hat, die Steiermark 23,5 Millionen Schilling, das bedeutet, daß Kärnten in diesem Jahr 3 Millionen Schilling für Wissenschaftspflege ausgegeben hat, die Steiermark 12 Millionen Schilling, das bedeutet weiters, daß Kärnten in diesem Jahr 600.000 S für Volksbildung ausgegeben hat, die Steiermark aber 6,4 Millionen Schilling, 1965 stehen 809.000 S gegen 7,6 Millionen Schilling Steiermark gegenüber Kärnten. Wer hätte so etwas gedacht? Die Volksbildung, da kann man doch nicht mit den Sozialisten in Wettbewerb treten. Aber die von der OVP regierte Steiermark, die schwarze Steiermark, gibt rund zehnmals soviel aus, wie der sozialistische Landeshauptmann von Kärnten. Wer soll sich da noch auskennen?

Das steirische Kulturbudget weist für 1965 einen Betrag von 57,1 Millionen Schilling auf, also eine Erhöhung von 6 Millionen Schilling gegenüber 1964. Das muß anerkennend herausgestrichen werden. (Abg. Heidinger: „Die SPO-Mehrheit ist in Kärnten ungefähr so, wie die OVP-Mehrheit in Steiermark!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Was täten Sie denn, wenn wir bei der Gruppe 5 Steiermark mit Vorarlberg vergleichen würden!“) Das sind ja feste Ausgaben, Herr Landeshauptmann!

Alle Vorredner des Hohen Hauses haben heute eindeutig festgestellt, daß die Kultur, die Bildungsgesellschaft, den Vorrang haben muß. Eindeutig ist das hier festgestellt worden. (Landesrat Sebastian: „Aha, vor der Gesundheit?“ — Landesrat Bammer: „Ihre Vergleiche hinken immer!“) Dagegen sei damit nichts gesagt. Die Ausgabe für die allgemeine Volksbildung wurde von 1 Million Schilling auf 1,6 Millionen Schilling erhöht. Dennoch möchte ich aus dem Abschnitt, Sonstige Volksbildung, die Post 339,701, die Förderung von Veranstaltungen und Einrichtungen der allgemeinen Volksbildung, einer kritischen Betrachtung unterziehen. So unbestritten die Forderung nach vermehrter Schulbildung und der Ruf nach Schulhäusern und nach höheren Schulen auf dem Lande ist, weil hier ein echter Nachholbedarf vorhanden ist, das wurde schon wiederholt betont — im übrigen freue ich mich persönlich, daß Deutschlandsberg eine höhere Schule bekommt und darf dem Herrn Landeshauptmann für seinen persönlichen Einsatz, bei ihm ist letzten Endes die Entscheidung gelegen, besonders herzlich im Namen der Bevölkerung des Bezirkes Deutschlandsberg dafür danken —, so sehr aber erscheint mir in sinnvoller Ergänzung zur Schulbildung der bessere Ausbau der Volksbildung auf dem Lande von besonderer Bedeutung. Vorweg darf ich die Feststellung treffen, daß alle Steirer gleich und gerecht Steuer zahlen müssen. Alle Steirer haben deshalb ein gleiches Anrecht, an den Bildungsgütern teilzuhaben. Das gilt auch für den stadterfernten Bergbewohner. Ich meine nicht, daß der Landmensch in die Stadt gebracht werden müßte. Die Kulturbedürfnisse liegen nicht auf einer Ebene. Einrichtungen müssen zur Verfügung stehen, damit das Bedürfnis auf diesem Gebiet befriedigt wird und das Kulturgefälle zwischen Stadt und Land eine Verminderung erfährt. Wenn man den Voranschlag näher studiert, stellt man fest, daß für große Kultureinrichtungen der Stadt Millionenbeträge an Förderungsmitteln aus den Steuermitteln zur Verfügung gestellt werden, wogegen die Post zur Förderung von Veranstaltungen und Einrichtungen der allgemeinen Volksbildung einen Betrag von 530.000 S aufweist. 1964 mußten die Ansuchen um Beihilfen für kulturelle Gemeinschaftsräume unerledigt zurückgestellt werden, weil keine Mittel dafür vorhanden waren. Für die Förderung dieser Vorhaben scheint 1965 ein Betrag von 50.000 S auf. Dieser Betrag kann niemals ausreichen, da es sich meist um große Bauvorhaben handelt, die nur durch einen entsprechenden Zuschuß des Landes wirksam gefördert werden können, ohne daß geringere Beträge lächerlich wirken würden. Oft scheidet die Bildungsarbeit, weil kein geeigneter Raum

zur Verfügung steht. Das kulturelle Leben der Gemeinde hängt vor allem davon ab, ob für die Volksbildungsarbeit, für das Büchereiwesen, für die Singgruppen, für die Blasmusikkapellen ein geeigneter Raum zur Verfügung steht. Gasträume eignen sich in den meisten Fällen nicht dafür. Oft scheidet die örtliche Initiative daran, daß sich niemand findet, der die volle Verantwortung für das Gelingen der Errichtung eines solchen Raumes übernimmt. Wenn vom Land auch nur bescheidene Zuschüsse gewährt werden, ist meistens der Erfolg gesichert.

Die Förderungsmittel sollen einen Ansporn für die örtliche Initiative geben. Die Abdeckung der dringendst erforderlichen Ausgaben für Volksbildungszwecke wird nun noch schwieriger sein, weil das Kulturgröschengesetz nicht mehr verlängert wird. Die Forderung nach der Hebung des Bildungsniveaus findet allgemeine Zustimmung. Es müssen auch die Voraussetzungen für die Förderung gegeben sein. Wenn die Bildungsarbeit Zinsen tragen soll und Kultur und Wirtschaft als eine geistige Einheit betrachtet werden müssen, so muß im Interesse unserer gesellschaftlichen Ordnung die Forderung nach verstärkten Investitionen in unsere Bildungsarbeit erhoben werden, wollen wir unseren Nachbarn gegenüber nicht ins Hintertreffen kommen.

Es sei mir noch eine kurze Bemerkung zum Naturschutz gestattet, denn die Verbreitung des Naturschutzgedankens ist eine bedeutungsvolle Aufgabe der Volksbildung. Es genügt nicht, nur behördliche Entscheidungen zu treffen, sondern es muß vor allem das Verständnis für ein naturgemäßes Verhalten der Bevölkerung, das Verständnis für ein naturgemäßes Handeln der verschiedenen Dienststellen und Behörden und das Verständnis für alle notwendigen Naturschutzmaßnahmen verbreitet werden. Den vielen selbstlosen Mitarbeitern einer ganzen Reihe von Vereinigungen, welche sich den Naturschutz zur Aufgabe gemacht haben, gebührt Anerkennung. Besonders erwähnt sei der Österreichische Naturschutzbund, das steirische Volksbildungswerk, die ehrenamtlich tätigen Bezirksnaturschutzbeauftragten und die Arbeitsgemeinschaft Steirische Vogelschutzwarde. Ganz besondere Anerkennung aber gebührt den 2500 Bergwächtern, die sich als Idealisten und Pioniere bereiftinden, diesen Ehrendienst an unserer Heimat auszuführen. In Anbetracht der zunehmenden Bedeutung des Natur- und Landschaftsschutzes und im Interesse der Erhaltung unseres Lebensraumes erscheint mir besonders auch im Hinblick auf die behördlichen Naturschutzmaßnahmen, die immer wieder Entschädigungen verlangen, der im Voranschlag eingesetzte Betrag von 400.000 S recht minder. Die zunehmenden Aufgaben des Naturschutzes erfordern für das nächste Jahr die Aufstockung dieses Betrages.

Namens der Fraktion der Österreichischen Volkspartei darf ich die Erklärung abgeben, daß sie der Gruppe 3 die Zustimmung gibt. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Debattenredner ist Herr Präsident Dr. K a n gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Präsident **Dr. Kaan**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Im abgelaufenen Jahr hatten wir die Freude, zum drittenmal das Schauspielhaus in Graz, und zwar diesmal mit Hilfe des Landes, aufbauen zu können. Es ist darüber schon sehr viel gesprochen worden in diesem Hause und anlässlich der Eröffnungsfeierlichkeiten. Ich möchte aber heute, ungeblendet vom Glanz dieser Festtage, einige Feststellungen dazu machen.

Zum ersten: Der erste Aufbau, der sich in den Jahren 1774—1776 vollzog, also innerhalb zweier Jahre, hat damals 32.000 Gulden gekostet; das ergab gegenüber dem Voranschlag eine 30%ige Überschreitung. Fast genau auf den heutigen Tag vor 141 Jahren fiel plötzlich in dem neu errichteten Schauspielhaus der Luster herunter und wenige Tage darauf, in der Weihnachtsnacht, brannte dieses Schauspielhaus vollkommen ab. Das war also am Weihnachtstag des Jahres 1823. Am 4. Oktober 1825, also genau zwei Jahre nach dieser Katastrophe, stand das neue Haus wieder da. Mit solcher Geschwindigkeit, mit solcher Entschlußkraft konnten die damals maßgebenden Kreise die Mittel aufbringen, um dieses wichtige Gebäude — für das Kulturleben von Graz und der Steiermark so wichtige Gebäude — wieder zu errichten. Nur ein Blitzlicht sei darauf geworfen, daß damals eine kürzere Zeit nach den Napoleonkriegen erst vergangen war als jetzt nach dem furchtbaren zweiten Weltkrieg. Man verkaufte damals Kanonen, um das Geld für den Wiederaufbau des Schauspielhauses rasch beschaffen zu können. Es war ein Voranschlag von 28.000 Gulden errichtet worden und er wurde hundertprozentig überschritten, wahrscheinlich zufolge der Raschheit, mit der man sich zu diesem Bau damals entschloß. Ich wiederhole, zwei Jahre nach dem Brand stand das Gebäude wieder.

Im Jahre 1952, also 137 Jahre nach der Fertigstellung, wurde bekanntlich der Betrieb aus feuerpolizeilichen Gründen im zweiten Schauspielhaus gesperrt. Es dauerte 12 Jahre, bis das zweite, oder richtiger das dritte Schauspielhaus wieder errichtet war. Es ist wunderschön gelungen, es hat die alte äußere Gestalt erhalten, es hat auch die Atmosphäre, die uns allen aus unserer Jugendzeit wohl erinnerliche Atmosphäre des zweiten Schauspielhauses bewahrt und trotzdem ist es ein von allen Seiten bewundertes modernes Schauspielhaus. Die Überschreitung der Voranschlagsziffer beträgt bei genauer Durchrechnung, wenn man die Preiserhöhungen während des Baues berücksichtigt, nur 6%. Sie wissen, daß das Schauspielhaus sich bewährt hat, daß die Besucherzahl in der restlichen Spielzeit des vorigen Sommers eine außerordentlich hohe war, und zwar 85%. Das ist schon so ziemlich der Gipfel dessen, was man heute erreichen kann bei einer Bühne, und daß auch nach Abklingen des Anreizes der Neuheit immer noch die Besucherzahl fast 80% erreicht, also daß das Schauspielhaus den Beweis erbringt, daß es eine Notwendigkeit war und daß es auch tatsächlich so gut besucht wird, als man von einem Theater verlangen kann.

Sie wissen auch, daß einzelne Aufführungen sehr viele Wiederholungen erfahren mußten, weil sie eben immer wieder ausverkauft waren. Wir kön-

nen stolz darauf sein, daß wir diese Säule des steirischen Kulturlebens gerade in unserer Gesetzgebungsperiode mit Hilfe des Landes in Zusammenarbeit mit der Stadt und unter Heranziehung — der schrittweisen Heranziehung — der Mittel des Bundes wieder errichten konnten. Wir müssen aber feststellen, daß sich an diesem Beispiel die Stärken und Schwächen der Demokratie auch offenbaren. Zu den Stärken gehört, daß die Bausummenüberschreitung gegenüber dem Voranschlag nur 6% betragen haben, daß also die Demokratie wirklich in der Lage ist, finanziell sehr genau und vorsichtig zu gebaren. Wir müssen aber auch feststellen, daß vom Entschluß bis zur Ausführung in der Demokratie oft eine recht lange Zeit, wie hier 12 Jahre, vergeht. Das ist offensichtlich eine Schwäche der Demokratie.

Weniger beobachtet von der Öffentlichkeit hat eine zweite Säule des Kulturlebens der Steiermark im vergangenen Jahr stark zu schwanken begonnen und Brüche gezeigt, die eine rasche Reparatur erforderten, das war das Philharmonische Orchester. Schon seit langem waren wir alle, die im Ausschuß der Vereinigten Bühnen tätig sind, also im Theaterausschuß, besorgt darüber, daß die Qualität des Ensembles, das ein Orchester darstellt, absinken könnte, weil eben die Spitzenkräfte dem Sog der besseren Bezahlung in anderen Orchestern, in ausländischen Orchestern, vielleicht nicht standhalten könnten. Es zeigte sich aber auch in der breiten Mittelklasse des Orchesters ein berechtigter Unmut darüber, daß die Bezüge zurückbleiben und daß sozusagen das Orchester, das doch der Träger des Opernbetriebes ist, das oft die größten Positiva und Aktiva mitbringt, darunter leidet, daß andere Ausgaben ihm angerechnet werden und daher berechnete Bezugsforderungen auf Erhöhung der Gagen der Orchestermitglieder nicht erfüllt werden können. Es kam da zu einem nicht ganz schönen Zwischenfall in den Verhandlungen, der aber durch großzügige Haltung von unserer Seite überbrückt werden konnte, da tatsächlich niemand verantworten hätte können, daß die Sommerspiele nicht stattfinden können, weil das Orchester in den Streik geht. Man hat sich daher zu einer großzügigen Regelung entschließen müssen. Diese Regelung umfaßt drei Sparten: Die eine Sparte ist die Vonselbständigung des Orchesters in verwaltungsmäßiger Hinsicht, aber auch hinsichtlich der buchhalterischen Erfassung des geldlichen Erfolges seiner Tätigkeit. Es wurde also dem Orchester zugestanden, daß eine eigene Buchhaltung die Tätigkeit des Orchesters erfaßt. Es wurde ein eigener Orchester-Ausschuß gebildet, der auch die Verwaltung des Orchesters vonselbständig und damit das Orchester herauslöst aus dem reinen Opernbetrieb. Das zweite war, daß die Bezüge einer großzügigen, auf drei Jahre geplanten Neuregelung unterworfen wurden. Diese beiden Punkte sind erledigt. Der dritte Punkt, mit dem ich noch stark beschäftigt bin, ist der Neuaufbau, die Neuerrichtung des Kollektivvertrages. Auch darüber bestehen nicht mehr wesentliche materielle Differenzen. Diese sind nur Aufgabe einer Kleinarbeit, um diesen neu errichteten Kollektivvertrag so den Neuanforderungen anzupassen, daß auf längere Zeit Ruhe eintritt und somit das Orchester, die Säule des Opernbetriebes, wieder fest steht.

Die Aufgabe dieses Ensembles besteht ja nicht nur im Spiel in der Oper, sondern bekanntlich auch im philharmonischen Orchester und die Auswirkung auf das Musikleben der Steiermark ist überhaupt eine unüberblickbare. Kleine Klangkörper bilden sich, auch große Klangkörper und außerdem ist die Lehrtätigkeit der Mitglieder des Orchesters in der neuen Akademie unentbehrlich. Ich glaube daher, daß diese generöse, großzügige und mit erheblichen Opfern begleitete Lösung eine Notwendigkeit war. Sie hat aber auch noch ein anderes Ziel. Es hat die Bundesverwaltung die Zusage gegeben, daß dann, wenn ebenso wie in anderen Ländern das Orchester bei uns losgelöst ist aus dem Opernbetrieb, besondere Zuschüsse seitens des Bundes zu erwarten sind. Ein kleiner Teil dieser Zuschüsse hat es uns auch im Spätsommer dieses Jahres ermöglicht, den restlichen Forderungen des Orchesters sofort Rechnung zu tragen. Ich verbinde diese Feststellung mit der innigen Bitte an den Bund, daß er, nachdem wir alle von ihm verlangten Voraussetzungen hergestellt haben, auch in großzügiger Weise uns die Mittel zur Verfügung stellt, das Orchester in seiner bisherigen Qualität zu erhalten. Er würde damit allerdings zum Teil eine drängende Schuld abstaten. Sie wissen, daß das jetzige Orchester, welches 96 Pulte umfaßt, also ein sehr großes Orchester ist, entstanden ist aus der Zusammenlegung des Opernorchesters und des Rundfunkorchesters. Damals hat uns wohl die Rundfunkgesellschaft fixe Zusagen wegen Beschäftigung des vergrößerten Orchesters gemacht. Dieser Vertrag ist aufgelöst worden, ist gekündigt worden und es ist diese Schuld seitens der Rundfunkgesellschaft seither nicht abgestattet worden. Sie mag wohl nur eine moralische Schuld sein, deswegen aber ist sie nicht weniger gewichtig. Wenn uns also der Bund jetzt gewisse Beihilfen für den Betrieb des Orchesters gibt, so wird damit eine fremde Schuld abgestattet.

Der Betrieb der Vereinigten Bühnen hat natürlich auch mit anderen Problemen zu kämpfen. Ich will hier heute darauf nicht eingehen. Es ist dies die Frage der Programmgestaltung, die Frage des Theatererhalter-Verbandes, eine freiwillige Vereinigung aller Unternehmenseinheiten habenden Länder in Bezug auf ihre Bühnen. Der Zweck dieses Theatererhalter-Verbandes seit seiner Gründung war ein doppelter: Einerseits, um gemeinsam gegenüber dem Bund aufzutreten hinsichtlich seiner Zuschüsse an die Landestheater und der zweite war, einen konkurrenzierenden Wettkampf in Bezug auf die Dienstverhältnisse und die Bezüge der Angestellten und des künstlerischen Personals auszuschließen. In beiden Richtungen hat der Theatererhalter-Verband nicht vollkommen seinen Zweck erfüllen können. Trotzdem hoffen wir, daß die jetzt im Gange befindliche Umgestaltung seiner Organisationsform dazu führen wird, diesem Zweck zu entsprechen.

Ein weiteres sehr heikles Problem ist das Verhältnis zur Technik. Gerade auf dem musikalischen Sektor sind die technischen Errungenschaften — Plattenspieler, Rundfunk, Film, Fernsehen — in einer rapiden Entwicklung begriffen, die letzten Endes ihre Wurzel, aber auch ihren Nährboden immer wieder im Theaterbetrieb, im Opernbetrieb

suchen und finden muß. Dabei werden aber dem Theater und der Oper viele Mittel direkt oder indirekt entzogen. Mit diesem Problem fertig zu werden, ist nicht unsere Aufgabe, das ist geradezu ein Weltproblem. Wir müssen aber trachten, diesen Schwierigkeiten irgendwie zu begegnen. Ich will mich jetzt darüber nicht näher auslassen.

Mit dem kommenden Spieljahr wird der neue Intendant voll wirksam sein. Es begleiten ihn unsere besten Wünsche. Er möge in der Ausübung seines Amtes die Eigenart unserer steirischen Bühnen bewahren und trotzdem den vollen Anschluß an alles Neue im Land und in der ganzen Welt finden und aufrecht erhalten.

Es gilt aber sowohl für die Oper wie für das Schauspielhaus derselbe Grundsatz, den wir gegenüber dem Film einnehmen. Gewisse Grundsätze unseres sittlichen Lebens dürfen nicht angetastet werden, bei aller Aufgeschlossenheit für das Moderne. Gerade im Kunstleben ist es so und ich zitiere nicht eigene Gedanken, sondern Gedanken, die der Herr Bundesminister Dr. Drimmel anlässlich einer Eröffnung der Sommerspiele sehr präzise geäußert hat. Er hat gesagt: „Die öffentliche Hand ist gegenüber der Kunst niemals berechtigt und verpflichtet, zu lenken und zu leiten, sie muß allen Möglichkeiten die volle Entwicklung geben. Es wird sich dann schon zeigen, welche Richtung, welche Werke, welche Schöpfungen Bestand haben.“ Bei grundsätzlicher Festhaltung dieser Einstellung wiederhole ich, daß es aber doch unsere sittliche Aufgabe ist, gewisse Grenzen diesen Möglichkeiten zu setzen.

Einige Worte seien auch noch dem bemerkenswerten Vertragsverhältnis zwischen Land und Stadt gewidmet, da dieser Vertrag im kommenden Jahr abläuft und erneuert werden wird. Es haben beide Vertragspartner, sowohl das Land wie die Stadt auf ihr Kündigungsrecht verzichtet, aber Wünsche angemeldet auf Neugestaltung dieses Vertrages. Das Bemerkenswerte an diesem Vertrag ist, daß das Land außerhalb seiner verfassungsmäßigen Aufgaben sehr beträchtliche Pflichten auf sich genommen hat und diese auch weiter auf sich nehmen wird müssen. Es ist der Beweis einer Gesinnung, die wir nur immer wieder bejahen können. Die Stadt, die Landeshauptstadt von Steiermark, hatte immer eine Oper und ein Schauspielhaus. Es war die Aufrechterhaltung dieser beiden Betriebe der Stadt nicht mehr möglich. Es sprang daher vor mehr als zehn Jahren die übergeordnete Körperschaft, das Land Steiermark ein mit einer 50%igen Beteiligung und wird daran festhalten. Es ist der Schauspielbetrieb, aber noch mehr der Opernbetrieb zu einem unentbehrlichen Instrument für die Landeskulturpolitik geworden.

In diesem Zusammenhang muß ich feststellen, daß wir gestern mit Erstaunen aus der Zeitung gelesen haben, daß der Herr Bundesminister für Äußeres, Herr Dr. Kreisky, die Äußerung hat fallen lassen im Zusammenhang mit dem Ansehen Österreichs, es sei notwendig, ein radikales Kulturkonzept aufzustellen und Österreich ein neues Image oder Imago, auf Deutsch gesagt, ein neues Gesicht zu geben. Ich bin der Meinung, daß es nicht Aufgabe des Herrn Bundesministers für Äußeres ist, die

österreichische Kulturpolitik, insbesondere die Bundeskulturpolitik zu bestimmen. (Abg. Wurm: „Im Zusammenhang mit den Vorfällen in Vorarlberg, das hat er angeführt!“) Die Geltung Österreichs als Kulturland ist das Ergebnis einer jahrhundertlangen Entwicklung und kann nicht mit irgendeinem radikalen Kulturkonzept geändert werden und noch weniger durch ein neues Gesicht aufgeschminkt werden. Kultur ist etwas, das nur dann bestehen kann, wenn es sich auf Gesinnung stützt und nicht an Gewinn und Geschäft denkt. Aufgabe des Landes ist es, die Landeskulturpolitik zu betreiben, und gerade da glaube ich, daß die Haltung des Landtages einen guten Gesinnungsbeweis erbracht hat, indem das Land über seine verfassungsmäßige Pflicht hinaus es übernommen hat, das Schauspielhaus und die Oper in ihrer Qualität zu erhalten und weiterzuführen. Es ist also sozusagen von oben her eine Bewährung der Gesinnung erfolgt. Es soll sich aber auch auf anderen Ebenen diese Gesinnung bewähren. Nehmen wir die höhere Ebene, den Bund. In diesem Saal ist in diesem Zusammenhang zur Gruppe 3 ungezählte Male schon berechtigte Klage darüber geführt worden, daß der Bund, der doch soviel Geld auszugeben weiß für die Bundestheater und für Salzburg, nicht die entsprechenden Mittel auch in die Länder streut. Wir führen, insbesondere unser Kulturreferent führt einen verbissenen, hartnäckigen Kampf gegenüber dem Bund, um ihn zu größeren Ausschüttungen in dieser Richtung zu veranlassen. Alljährlich bekommen wir ein bißchen mehr, aber es ist nie genug. Verglichen mit der großen Gemeinde und dem Land Wien, weil das heute schon in einem Zwischenruf aufgerollt worden ist, ist tatsächlich die Leistung der einzelnen Länder, insbesondere aber die Leistung des Landes Steiermark, eine überragende. Ohne Sie mit Ziffern ermüden zu wollen, rund 20% unseres Budgets gehen für diesen Teil des Kulturaufwandes auf. Aber auch von unten her muß der Beweis der Gesinnung erfolgen, das heißt, es müssen junge Kräfte, wie es seit eh und je der Fall war, unseren Bühnen zuströmen, sei es aus unseren Schulen oder sei es aus Nachbarländern, um sich auf unseren Bühnen, in unserer Oper zu bewähren und so das Sprungbrett zu benützen, das die Grazer Oper immer war.

Es muß noch für die größeren, höherstehenden Bühnen eine dritte Ebene sich bewähren, die Besucher. Da muß die Volksabstimmung tatsächlich alljährlich erfolgen. Es müssen alle Schichten, alle Stände, alle Teile des Landes und vor allem alle Altersklassen ins Theater gehen. Nicht gezwungen, nicht hereingelockt, sondern aus innerem Antrieb. Wenn diese Volksabstimmungen, so wie bisher ein Ja ergeben, dann werden unsere Bühnen nach wie vor ihre Aufgabe erfüllen und die Demokratie wird sich in dieser Hinsicht praktisch bewähren.

Und nun sei mir gestattet, da ich nun einmal die Gelegenheit habe, von diesem Platz als einfacher Abgeordneter zu sprechen, auf die gestrige Rede des Generaldebatteurs der Sozialistischen Partei, Herrn Landesrat Sebastian, zurückzukommen. Er hat mir zwei Vorwürfe gemacht: Der eine Vorwurf war, daß ich vom § 52, vom Rechte des § 52 der Geschäftsordnung Gebrauch machend, bei zwei Ge-

setzesvorlagen festgestellt habe, daß meine Stimme doppelt zu zählen habe und daher der betreffende Gesetzesbeschluß mit den Stimmen der ÖVP-Fraktion angenommen sei. Ich halte hiezu fest, daß die Anwendung des § 52 der Geschäftsordnung kein Recht, sondern eine Pflicht ist. (Abg. Scheer: „Das gehört aber auch nicht zur Sache!“) Wenn dieser § 52 bestimmt, daß bei Stimmengleichheit jene Meinung gilt, welcher der Präsident beigetreten ist, so hat er die Pflicht, diese Feststellung zu treffen. In diesem Zusammenhang hat der Herr Landesrat Sebastian dann auch gesagt, daß er zurückgeblättert habe in der Geschichte des demokratischen steirischen Landtages und keine solche Anwendung gefunden habe. Der zutreffende Zwischenruf des Herrn Landeshauptmannes Okonomierat Krainer lautete: „Es gab dazu bisher keine Gelegenheit.“ (Landesrat Sebastian: „Ah, wohl!“ — Abg. Scheer: „Es ist dem ausgewichen worden!“ — Landesrat Bammer: „Im Ausschuß schon zurückgezogen!“ — LH. Krainer: „Sie haben uns vorgeworfen, wir würden uns nicht getrauen, die Geschäftsordnung anzuwenden. Das können Sie nicht mehr!“) Wenn Sie so wie ich Gelegenheit gehabt hätten, in jüngster Zeit die Parteienzusammensetzungen des Steirischen Landtages seit seiner demokratischen Bildung vor 104 Jahren zu verfolgen, so hätten Sie gesehen, daß niemals noch das Kräfteverhältnis 24 : 24 bestanden hat und daß also gar kein Anlaß war, diesen Paragraphen anzuwenden. Ich schließe aber das Vorbringen ab, daß ich es als die Pflicht des Präsidenten halte, diese Bestimmung der Geschäftsordnung anzuwenden. (Abg. Scheer: „Ja, aber die Verfassung geht über die Geschäftsordnung!“) Ob diese mit der Verfassung übereinstimmt oder nicht, wird eine allfällige Anrufung des Verfassungsgerichtshofes zeigen. (Abg. Scheer: „Sie haben die gleiche schlechte Auffassung wie der Olah, wenn Ihnen die Geschäftsordnung über die Verfassung geht!“ — Abg. Ing. Koch: „Aber, aber, Ihre Meinung zählt ja nicht!“ — LH. Krainer: „Wir sind sehr stolz auf diese Mehrheit!“ — Abg. Scheer: „Das ist ja keine Mehrheit, das ist ein Rechnungsstück!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Landesrat Sebastian: Darf ich einen Zwischenruf machen?

Präsident: Bitte.

Landesrat Sebastian: Ich habe Ihnen keinen Vorwurf gemacht, ich habe nur die Feststellung getroffen, daß es Ihr Recht ist, von dieser Bestimmung Gebrauch zu machen, aber die Rechtmäßigkeit wird erst ein Oberstgericht feststellen.

Präsident Dr. Kaan: Sie lassen mich ja meinen Gedankengang nicht fortsetzen. Ich habe gesagt, daß ich es für die Pflicht des Präsidenten ansehe und finde gerne Ihre Bestätigung. Der Gedanke geht aber weiter. Eine Schwäche der Demokratie ist der Vorwurf, den wir sehr oft Wien machen und deswegen auch Unbehagen in weiten Kreisen, in Kreisen, die auch über unsere Parteifreunde hinausgehen, herrscht, das ist die Unentschlossenheit der Demo-

kratie. Das heißt, daß in Fällen, wo die Öffentlichkeit das Recht hätte auf einen Entschluß, man den Entschluß nicht faßt und gerade diesen Fall erfaßt der Paragraph 52. Daß eine zufällige Gleichheit nicht zur Unentschlossenheit führen soll, daß der Anspruch der Öffentlichkeit auf Entscheidung gewahrt bleibt, der zwar in der Verfassung nur bezüglich der Vollstreckung bzw. Vollziehung festgelegt ist, nicht bezüglich der Gesetzgebung, weil es eine selbstverständliche Pflicht des Gesetzgebers ist, dann, wenn ein Gesetzerfordernis wirklich da ist, diesem Erfordernis auch Rechnung zu tragen, damit nicht eine zufällige Stimmengleichheit zur völligen Unfähigkeit des Gesetzgebers, diesen Entschluß zu fassen, führt. (Beifall.) (Landeshauptmann **Kraimer**: „Das ist die Kunst der Demokratie!“ — Zwischenruf von der SPO: „Was hat das mit der Gruppe 3 zu tun?“ — Abg. **Stöffler**: „Es haben die Olah-Millionen in der Gruppe 1 auch nichts zu tun gehabt!“ — Abg. **Scheer**: „Sie dürfen sich nicht unterbrechen lassen, Herr Präsident!“ — Heiterkeit.) Bitte, ich will mich da nicht in ein Gezänk einlassen. Es kommt nämlich noch eine zweite Schwäche der Demokratie zutage. Der Herr Landesrat Sebastian hat nämlich noch einen zweiten Vorwurf erhoben. Er hat gesagt, es habe die SPO-Fraktion befremdet, daß ich, als ich schon die hohe Ehre hatte, Präsident geworden zu sein, als Abgeordneter wohl und Mitglied des Gemeinde- und Verfassungsausschusses nach 64minütiger Beratung des Gegenstandes nicht den Schluß der Debatte beantragt hätte, sondern unter Berufung auf die Geschäftsordnung gemeint habe, es möge jetzt zu diesem Gegenstand niemand anderer mehr sprechen. (Landesrat **Bammer**: „Wo ist da der Unterschied?“) Es handelte sich damals bei dem Beratungsgegenstand auch um eines der beiden Gesetze, die nachher dann nach § 52 hier beschlossen wurden. Dieser Beratungsgegenstand war stundenlang in den einzelnen Fraktionen erörtert werden, in Parteienbesprechungen erörtert worden. (Landesrat **Sebastian**: „Parteienverhandlungen haben keine stattgefunden!“) Sie wußten also ganz genau, daß wir an dieser Formulierung des sonst vollkommen einhellig zu beschließenden Gesetzes festhalten werden. Wir waren uns alle darüber einig, daß eine Notwendigkeit für dieses Gesetz besteht, wir waren uns einig, daß der übrige Gesetzestext unantastbar sei und daß nur die paar Worte drin noch strittig waren. (Landesrat **Sebastian**: „Die materiell wichtigsten!“) Für Sie die materiell wichtigsten. (Abg. **Heidinger**: „Für die Gemeinden, nicht für ‚Sie‘! Ich persönlich habe ja nichts davon!“) Sie wußten genau, daß wir durch einen Fraktionsbeschluß festgelegt waren. Die 64 Minuten Beratung und Diskussion mußten daher bei uns den Eindruck erwecken, daß man damit nicht etwa uns überzeugen, sondern die Sache nur verzögern wollte. (Landesrat **Sebastian**: „Wir haben geglaubt, Sie überzeugen zu können, wenn wir länger diskutieren!“ — Landesrat **Wegart**: „Das war ein Irrglaube!“) Herr Landesrat, ich führe ja diesen Vorfall nicht an, um mich hier zu verteidigen, sondern ich führe ihn dafür an, um eine weitere Schwäche der Demokratie zu offenbaren, vor der wir uns hüten sollten. Die Demokratie ist das Recht der

Redefreiheit. Und wer immer hier im Saale sitzt, wird bestätigen können, daß ich eine geradezu berufsmäßige Veranlagung der Freude an der Diskussion, am geistigen Ringen habe. Mir kann niemand vorwerfen, daß ich nicht etwa immer bemüht war, Sie von meiner Meinung zu überzeugen und Ihnen auch Gelegenheit zu geben, Ihre Meinung zu sagen. Aber eine Schwäche der Demokratie ist die Gefahr, daß die besten Gedanken, die besten Absichten zerredet werden. Und davor soll man sich hüten. Ich glaube, wenn man diese beiden Grundsätze, daß es Aufgabe der demokratischen gesetzgebenden Körperschaft ist, notwendige Gesetzesbeschlüsse zu fassen (Abg. **Heidinger**: „Auf einem amtlichen Stimmzettel!“), weil es doch besser ist, irgendeinen Beschluß zu fassen als keinen Beschluß zu fassen, und wenn wir uns dann noch davor hüten, wichtige Gegenstände und gute Gedanken zu zerreden, so werden wir der Demokratie dienen. (Abg. **Scheer**: „Ich denke an den amtlichen Stimmzettel dabei!“ — Zwischenruf Landesrat Sebastian.) Herr Landesrat Sebastian, es gibt Demokraten, es gibt gute Demokraten und es gibt besonders gute Demokraten. Ich zähle Sie zu den letzteren. (Zwischenruf von der SPO: „Das sind wir!“) Ich bin überzeugt, daß Ihre gestrige Rede von ernster Besorgnis über die Demokratie bestimmt war. Ich kann Ihnen versichern, ich bin vielleicht nicht ein so alter Kämpfer in der Demokratie wie Sie, aber ich bin ein überzeugter Demokrat und werde der Demokratie immer dienen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Herrn Präsidenten **Afritsch**.

Präsident Afritsch: Im Namen der Sozialistischen Fraktion habe ich zu erklären, daß wir es begrüßen, daß in der Gruppe 3 „Kulturwesen“ eine wesentliche Erhöhung möglich war, und zwar von 51 Millionen auf 58 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren, es hat eine Zeit gegeben in vergangenen Jahrzehnten, da hat der sogenannte „Kulturkampf“ immer eine sehr große Erregung hervorgerufen. Nur hat man unter „Kulturkampf“ damals etwas anderes verstanden. Aber bei der Behandlung von Kulturfragen ist es ungewöhnlich, daß es solch erhitzte Gemüter gibt. In Schillers *Don Carlos* heißt es: „Wenn alle lieben, kann Karl allein nicht hassen.“ Wenn also alle aufstehen und den Dank aussprechen, dann müßte auch ich das machen. Nun muß ich zugeben, daß ich immer Hemmungen habe. Ich hatte auch gestern Hemmungen deshalb, weil ich mir denke, „dazu bist du ja nicht berufen; wie kannst denn du als kleiner — wenn auch 1.80 m groß — Landtagsabgeordneter (Dr. **Rainer**: „Vizepräsident!“), der auch der Zweite Landtagspräsident ist, aufstehen und hier den Dank des Landes aussprechen? Ich habe auch gestern, ich bringe das in Erinnerung, als ich die Arbeit der steirischen Lehrerschaft behandelt habe, doch die Worte gewählt „Es gebührt den steirischen Lehrern der Dank des Landes“ und nicht — es mag eine Feinheit sein —, daß ich nicht sagte: „ich spreche der steirischen Lehrerschaft den Dank aus.“

Ich bringe eine andere Variante, weil ich glaube, daß diese der Wahrheit näher kommt. Daß dieses Kulturbudget erhöht werden konnte, um rund 7 Millionen Schilling, ist das Verdienst zweier Mandatäre, das Verdienst des Kulturreferenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Professor Dr. Koren, daß er es verstanden hat, solange zu kämpfen, daß er zu dieser Höhe gekommen ist. Es gebührt aber auch der gleich große Dank dem Landesfinanzreferenten Dr. Schachner. (Abg. Dr. Rainer: „Dem Steuerzahler!“) Wenn ich versuche, das so vornehm zu bringen, bringen Sie nicht wieder mit dieser Bemerkung eine wohlüberlegte und grundständige Haltung um! Ich möchte sagen, daß dem Landesfinanzreferenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, der gleiche Dank gebührt, daß er es verstanden hat, das in seinem Landesbudget zu ermöglichen. (Abg. Dr. Rainer: „Sein Landesbudget? Unser Landesbudget!“) Ich bin überzeugt, ich will zwar nicht irgendwie in den Gegensatz zur Grazer Presse kommen, es wird Ihre Zeitung das zweifellos in fetten Lettern nur so bringen, daß der alleinige Dank dem Kulturreferenten gebührt. (Landesrat Wegart: In der ‚Neuen Zeit‘ wird es umgekehrt stehen!) Nein, da lesen Sie nach! Fast immer wird in der ‚Neuen Zeit‘ versucht, objektiv zu berichten, auch die Mandatäre der anderen Parteien entsprechend zu erwähnen (Abg. Dr. Rainer: „Fast, aber nur fast!“ — Landesrat Wegart: „Der ‚Versuch‘ gelingt ihnen nicht!“) Ich will nicht polemisieren gegen die Ausführungen des Abgeordneten Kraus, der größte Teil seiner Ausführungen findet auch meine Zustimmung. Aber ich glaube, wir dürfen uns das nicht so einfach und billig machen, indem wir mit einer sogenannten Schwarz-weiß-Malerei Kulturfragen im Steirischen Landtag bringen. (Abg. Kraus: „Ich habe nur die Zahlen sprechen lassen!“) Spielen wir doch nicht ein Bundesland gegen das andere aus! (Abg. Dr. Rainer: „Nein, tun wir ja nicht!“) Sprechen wir nicht von einer schwarzen Steiermark, die es gar nicht gibt, denn wir sind auch Steirer, und es ist nicht so, daß die Volkspartei in Steiermark die Mehrheit hat. Das ist Ihnen so genau bekannt wie uns. (Abg. Dr. Rainer: „Aber von einem ‚Roten Wien‘, von dem Ihr immer spricht. Dann gibt es auch kein ‚Rotes Wien‘!“ — Abg. Kraus: „Ich habe gesagt: Ein Bundesland mit ÖVP-Mehrheit!“ — Abg. Dr. Pittermann: „Es gibt ja auch Donauösterreicher!“) Wir sind alle Österreicher und Steirer. Sprechen wir nicht von der schwarzen Steiermark und vom roten Kärnten. Spielen wir nicht ein Land gegen das andere aus. Das ist zu einfach und zu billig. Ich könnte es auch so einfach und billig machen, aber das wäre höchstens etwas romantischer. Aber es wäre ein einfacher und billiger Weg, wenn ich sagen würde, schwarz könnte man doch mit der Dunkelheit und mit der Finsternis identifizieren, die schwarze Farbe auch mit der Farbe der Trauer; die Farbe rot (Abg. Ing. Koch: „Rot könnte man mit dem Sowjetstern vergleichen!“), und jetzt mache ich es einfach und billig, könnte man sehr schön mit der Morgenröte in Beziehung bringen. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Rainer: „Nach 75 Jahren spielt sich mit der Morgenröte nicht mehr viel ab, da könnte

man nur mehr von der Abendröte sprechen.“ — Landesrat Wegart: „Das ist was für die Malerinnung!“)

Ich habe das nicht heraufbeschwören wollen. Ich wollte nur unterstreichen, daß es etwas gefährlich ist, das so einfach darzustellen.

Nun eine Bemerkung zur Sache. Ich rufe mich jetzt selbst zur Sache. Zu den Vereinigten Bühnen. Der Herr Landtagspräsident Dr. Kaan hat uns schon sehr ausführlich und sehr gut informiert. Er ist ja genauso wie ich seit vielen Jahren Mitglied des Theater-Ausschusses. Ich kann mich hier wirklich kurz fassen. Es ist bekannt, daß die 2 Gebietskörperschaften, Stadt und Land, die Vereinigten Bühnen erhalten. Die Stadt und das Land müssen je 11,700.000 S leisten. Seit Jahren wirkt der Theater-Ausschuß vorbildlich. Es besteht eine sehr konstruktive und gute Zusammenarbeit im Theater-Ausschuß; obwohl auch sehr wesentliche Gegenstände immer behandelt werden, gibt es keine Kampfabstimmung. Es gibt auch kein Dirimieren. (Abg. Dr. Rainer: „Kaan, das geht gegen Dich!“) Mit diesem Hinweis will ich das abschließen. Es besteht beste Zusammenarbeit. Herr Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren und der Altbürgermeister Dr. Speck alternieren hier im Vorsitz. Alternieren nicht mit Dirimieren zu wechseln! Es wird hier ein eigener Orchester-Ausschuß ins Leben gerufen, der in den nächsten Tagen konstituiert wird. Die Mitglieder des Theater-Ausschusses sind zugleich Mitglieder des selbständigen Orchester-Ausschusses, der ergänzt wird durch den Herrn Präsidenten der Musikakademie Dr. Erich Markl. Es ist hier für die Orchesterfragen ein Landeszuschuß in der Höhe von 2,240.000 S vorgesehen.

Nun möchte ich auf eine Sache kurz, und wie ich hoffe, prägnant, hinweisen. Der Bund hat in seinem Voranschlag für die 3 Staatstheater, das sind Burgtheater, Staats- und Volksoper — ich ersuche Sie, sich das genau anzuhören — nicht weniger als 349 Millionen Schilling vorgesehen. Nichts gegen die Staatstheater, nichts gegen die Staatsoper oder gegen das Burgtheater, aber aus allgemeinen Steuergeldern wird hier auch im Jahre 1965 ein Betrag von 349 Millionen Schilling ausgegeben. Der Bund zahlt für alle Länderbühnen, derzeit sind es 7 Bühnen, die dem Theatererhalter-Verband angeschlossen sind, eigentlich 6, aber die Vereinigten Theater bestehen aus dem Opernhaus und dem Schauspielhaus. Alle 7 Ländertheater bekommen sage und schreibe 22 Millionen Schilling. (Abg. Dr. Rainer: „Da hat der Minister Piffl 3 Millionen dazugegeben!“) Bei der Gruppe 3 soll man das nicht so billig machen und sagen, der frühere Unterrichtsminister ist schuld daran, oder der jetzige Unterrichtsminister hat das nicht wesentlich erhöhen können. Wir müssen doch auch im Steirischen Landtag die ganze Problematik richtig sehen und uns bemühen, sie zu erkennen. Aber Feststellungen im Interesse des Landes Steiermark müssen wir selbstverständlich hier machen. Die Vereinigten Bühnen haben im Jahre 1964 von diesen 18 Millionen Schilling, im vorigen Jahr waren es 18 Millionen Schilling, 5 Millionen Schilling erhalten und im Jahre 1965 wird diese Subvention für die Vereinig-

ten Bühnen nicht wesentlich höher sein. Die Folge wird sein, daß die Künstler, auch hervorragende erste Spitzenkräfte, eine zu niedrige Gage bekommen. Es führt zum Abwandern dieser Künstler. Durch Kürzung des Rundfunkbudgets werden bei den Länderstudios auch die Nebenverdienstmöglichkeiten für die Künstler immer geringer. Wenn wir diese 22 Millionen Schilling für die österreichischen Ländertheater zu den 349 Millionen Schilling dazugeben, haben wir 371 Millionen Schilling, und davon, das ist, glaube ich, eine wichtige Gegenüberstellung, davon bekommen die 3 Staatstheater 94% und die 7 Ländertheater 6%. Die Vereinigten Bühnen bekommen von diesem Betrag, der von allen österreichischen Steuerträgern aufgebracht wird, nur 1½%. Das ist nach meiner Auffassung eine ungerechte Verteilung des Steuergeldes. (Abg. Kraus: „Aber dient der Entlastung des Kulturbudgets von Wien!“) Sie haben mir jetzt das Stichwort gegeben, Herr Kollege Kraus. Ich habe es mir aufgeschrieben. Nur in der Eile habe ich das vergessen. Besten Dank dafür. Ich wollte sagen, erfreulicherweise haben wir in der Steiermark — „wir“ sage ich, nicht die OVP und nicht die SPÖ, wir alle gehören doch zum steirischen Landtag und zur steirischen Bevölkerung — relativ betrachtet das höchste Kultur-Budget der Länder. Ich bin nicht dazu da, die Kulturpolitik der Gemeinde Wien und des Landes Wien zu verteidigen. Selbstverständlich hat die Gemeinde Wien, das Land Wien, für die Kultur schon seit Jahren Riesenbeträge ausgegeben. Und deshalb darf ich aber doch jetzt nicht hier das „rote Wien“ gegen die „schwarze Steiermark“ ausspielen.

Es ist über das neue Schauspielhaus, über die Errichtung des neuen Schauspielhauses sehr schön und eindringlich gesprochen worden. Ich kann das wirklich nur voll und ganz unterstreichen, was der Herr Landtagspräsident Dr. Kaan hier gesagt hat. Ein Beispiel, meine Damen und Herren: Erfreulicherweise wird der Spielplan — ich denke jetzt in erster Linie an das Schauspielhaus — sehr gut gestaltet. Auch die Klassiker finden hier eine wesentliche Berücksichtigung. Ich bringe zur Kenntnis, daß Nestroy's „Der Unbedeutende“ in Graz 32mal aufgeführt wurde und daß am vergangenen Montag im Österreichischen Fernsehen der „Unbedeutende“ gegeben wurde. Shakespeares „Hamlet“ ist in Graz bereits 27mal aufgeführt worden und auch in den Provinzstädten des Landes werden diese Stücke gegeben.

Ein Hinweis zu den sogenannten Abstechern. Nach wie vor fährt der Thepsiskarren, der Theaterwagen, in Form von einigen Autos in die Städte und größeren Orte hinaus. Im vergangenen Spieljahr waren das 97 Aufführungen in 14 verschiedenen Städten und Orten. 11 Spieloper, 7 Operetten, 10 musikalische Lustspiele, 66 Schauspiele und drei Märchen wurden aufgeführt. Heuer, in diesem Spieljahr, nach zwei Monaten, gibt es bereits 30 Gastspiele. Die Stadt Leoben steht hier mit 23 Abenden an erster Stelle, dann folgen Knittelfeld, Mürzzuschlag, Hartberg und die anderen Städte. Neu dazugekommen — und auch hier keine Schwarz-weiß-Malerei und auch keine Absicht, son-

dern es entspricht der Wahrheit — sind erfreulicherweise die Städte Gleisdorf und Feldbach.

Das Grazer Opernhaus hat in Belgien, in der Stadt Gent, ein großes Gastspiel gegeben, und zwar wurde eine Oper, „Der feurige Engel“ von Prokopieff aufgeführt und dieses Gastspiel der Vereinigten Bühnen wurde auch vom Belgischen Fernsehen übertragen. Das hat zweifellos auch viel dazu beigetragen, daß die Vereinigten Bühnen bekannt wurden, denn es war ein großer künstlerischer Erfolg.

Eine Bemerkung noch: Ich habe bereits einmal in unserem Hohen Hause einer besonderen Förderung der Jugendliteratur das Wort gesprochen. Das Land möge einen Preis — ich wiederhole mich — ausschreiben, für ein Jugendbuch, das von einem steirischen Autor geschrieben, von einem steirischen Künstler illustriert und von einer steirischen Verlagsanstalt herausgebracht wird. Ich brauche hier nicht besonders hinweisen auf die Bedeutung des guten, wertvollen Buches. Erfreulicherweise ist ein sehr hoher Posten für unsere Landesbibliothek vorgesehen. Das Land und die Gemeinden, wir alle, müssen dafür sorgen, daß allen Schichten der Bevölkerung, der Jugend und den älteren Generationen, immer mehr bewußt wird, daß nur ein Leben einen tiefen Sinn hat, wenn die Freizeit sinnvoll gestaltet wird. Für die Jugend soll das besonders gelten. Gute Bücher sollen als gute Freunde die Menschen durch das ganze Leben begleiten.

Die Sozialistische Fraktion wird gerne ohne Vorbehalt den Ansätzen der Gruppe 3 ihre Zustimmung geben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als letztem Redner vor der Mittagspause erteile ich das Wort dem Abgeordneten Pölzl.

Abg. Pölzl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Kulturdebatte im Steiermärkischen Landtag, in einem dafür würdigen und schönen Raum, man könnte sagen, in einer Kostbarkeit der Steiermark. Wenn wir die Wände und die Decke unseres Hohen Hauses betrachten, so sehen wir die Tätigkeit des Künstlers durch die Jahrhunderte. Wenn wir die Bilder betrachten, dann sehen wir, daß es unvergängliche Werke der Kunst gibt. In der Steiermark gibt es glücklicherweise in der Bevölkerung eine besonders große Schicht von Begabungen auf künstlerischem Sektor. Unser steirischer Prinz Erzherzog Johann hat in Graz eine Kunstschule, eine Malschule gegründet unter anderen vielen Gründungen dieses großen steirischen Prinzen. Und nun, meine Damen und Herren, wenn wir nach Wien blicken, in unsere Bundeshauptstadt, der Stadt, wo die einzige Akademie der bildenden Künste von Österreich beheimatet ist, dann merken wir, daß keine besonders große Strahlkraft von dieser Akademie in Wien ausgeht. Wie das politische Leben, wie das wirtschaftliche Leben, ist auch das Kunstleben in Fluß und in Bewegung geraten und wir merken gerade in der Malerei ein großes Für und Wider. Wir merken, daß man heute bei Bildern mit vielen Worten versucht, diese Bilder zu deuten, diese Bilder einzureden, wir merken, daß bei Bildern, auf denen die Landschaft, der Körper oder der Gegenstand natürlich zu sehen sind, bei vielen

Leuten große Begeisterung zu merken ist, von vielen Berufenen aber große Ablehnung derselben zu spüren ist. Wir bemerken also, daß die Kunst unser Leben sehr beschäftigt. Ich darf nur an das Forum Stadtpark erinnern, ich darf an Trigon 1963 erinnern. Der Herr Landeshauptmann verbessert mich und sagt „1965“. Jawohl es kommt wieder und wieder wird es erregte Debatten geben. Wir bemerken, daß unser steirischer Boden ein guter Boden für die Malkunst, für das Kunsthandwerk ist. Ich habe vor Jahresfrist in diesem Hohen Hause den Antrag eingebracht, man möge beim Bund vorsprechen und möge versuchen, unserer Kunstschule in Graz den Charakter einer Akademie zu verleihen. Meine Damen und Herren! Lehrpersonen haben wir in ausreichender Zahl, und zwar Lehrpersonen von einer ganz besonderen Güte und Qualität. Die Professoren der Kunstschule in Graz, der Bundesgewerbeschule Graz, Abteilung für bildende und angewandte Kunst, haben weit über Österreich hinaus einen guten klingenden Namen. Wir haben alle Voraussetzungen dazu. Ich darf das Hohe Haus noch darauf aufmerksam machen, daß Linz und Salzburg ebenfalls beim Bund vorgesprochen haben, im Unterrichtsministerium Anträge eingebracht haben, daß in diesen Städten eine Akademie für bildende Kunst errichtet wird. Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, gemeinsam mit unserem dazu berufenen Vertreter, dem Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren mitzuwirken, daß wir im Jahre 1965 diese für uns Steirer notwendige Akademie bekommen. Das Land hat durch Jahrhunderte hervorragende Maler und Künstler hervorgebracht. Der steirische Mensch ist besonders geeignet dazu. Das Kulturleben auf diesem Sektor in der Steiermark war immer ein bewegtes. Wir haben alle Voraussetzungen und es muß die Aufgabe des Hohen Landtages sein, gemeinsam von Wien diese Bundesakademie zu erhalten. (Beifall von der ÖVP.)

Präsident: Wie bereits angekündigt, unterbreche ich nunmehr die Landtagssitzung bis 14.30 Uhr. Dieser Zeitpunkt wurde im Einverständnis mit den einzelnen Fraktionen bestimmt. Als erstem Redner um 14.30 Uhr wird dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren das Wort erteilt, weil er dann aus dienstlichen Gründen abreisen muß.

(Unterbrechung: 12.30 Uhr, Fortsetzung: 14.30 Uhr.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Hueber das Wort zur Gruppe 3.

Abg. DDr. Hueber: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Kultur gibt das Land Steiermark wiederum eine bedeutende Summe aus, wobei dieser Feststellung beizufügen ist, daß es der Landtag ist, der diese Mittel für die Förderung der Kultur im Lande bewilligt hat. Der Steiermärkische Landtag und die ganzen Steirer können auf diese kulturelle Förderung wahrhaft stolz sein, ohne daß dabei aber ein anderes Bundesland, das offenbar solche Mittel wie das Land Steiermark für das Kulturwesen nicht aufzubringen in der Lage war, schlecht gemacht werden mußte.

Meine Damen und Herren, es ist schon von meinen Vorrednern soviel zum Kapitel Kultur gesprochen worden, daß ich in der Lage bin, meine vorgesehenen Ausführungen zu kürzen, was insbesondere deshalb erforderlich ist, weil der Referent der Landesregierung dienstlich verhindert ist, an einer längeren Kulturdebatte teilzunehmen und dem Redner der freiheitlichen Fraktion sozusagen seine bereits vorgemerkte Wortmeldung abgetreten hat. Ich möchte ganz kurz nur anführen, daß sicherlich das größte kulturelle Ereignis des heurigen Jahres die Wiedereröffnung des völlig umgebauten Grazer Schauspielhauses darstellt. Um dieses Schauspielhaus, meine Damen und Herren, können uns mit Recht die anderen Bundesländer beneiden. Es ist dies sozusagen ein kleines Burgtheater, und das große Burgtheater in Wien hätte allen Anlaß, sich mit seinem kleineren Bruder in Graz künstlerisch auf das Engste zu verbinden, zumal bekanntlich vom Grazer Schauspielhaus immer noch der Nachwuchs für die größere Bühne des Burgtheaters zur Verfügung gestellt wird. Es ist auch schon erwähnt worden, daß die Aufführungen in unserem Schauspielhaus von hohem Niveau sind und daß ein gutes Verhältnis gefunden wurde zwischen den klassischen und den zeitgenössischen Dramen, die im Schauspielhaus zur Aufführung gelangen. Das Schauspielhaus soll aber nicht nur das dramatische Schaffen unserem steirischen Publikum vermitteln, sondern es soll unseres Erachtens auch dieses dramatische Schaffen als solches fördern. Ich bin daher im vergangenen Jahr für einen Vorschlag, den der Grazer Schriftsteller Nachbar an die Öffentlichkeit herangetragen hat, eingetreten, und zwar für die Schaffung eines Kulturwerkes für dramatisches Schaffen. Trotz positiver Stellungnahmen in diesem Hohen Hause und insbesondere der positiven Stellungnahme des Herrn Kulturreferenten ist aus dieser unserer Anregung nichts geworden. Man wird daher nach anderen Möglichkeiten trachten müssen und ich erhebe die Frage, wie wäre es mit einer Zusammenarbeit zwischen Schauspielhaus und Akademie für darstellende Kunst zur Anregung und Förderung neuen dramatischen Schaffens, und zwar dergestalt, daß in der Akademie gemeinsame Proben solcher Stücke von Schauspielern und Schülern durchgeführt werden und daß die wertvollen der geprobtten Stücke dann durch Aufführungen auf der Grazer Bühne ausgezeichnet werden. Man hat, glaube ich, in Wien schon so eine Einrichtung geschaffen. Es kommt darauf an, diese Einrichtung zu prüfen und natürlich von der Landes- und Gemeinde Seite her entsprechend zu fördern.

Land und Stadtgemeinde Graz leisten tatsächlich Beachtliches für ihre Bühnen. Und gerade deshalb wurde in diesem Hohen Hause mit Recht — und es wird immer wieder der Fall sein — auf die Diskrepanz der Subventionierung der Staatstheater gegenüber den Grazer Bühnen hingewiesen. In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir, daß ich auf den letzten Rechnungshofbericht über die Gebarung der Bundestheater hinweise, insbesondere auf das Gesamtdefizit für das Jahr 1962, das mit 168,5 Millionen Schilling errechnet worden ist. Zuzufolge Zeitmangels unterlasse ich es, aus diesem Rechnungshofbericht verschiedene Ziffern mitzuteilen und bekanntzuge-

ben, die zweifellos eine Verschwendung der zur Verfügung gestellten Mittel bedeuten. Ich meine aber, meine Damen und Herren, daß die Hohe Landesregierung gerade diesen Rechnungshofbericht zum Anlaß nehmen soll, um neuerlich bei der Bundesregierung zwecks Erlangung einer entsprechenden Dotation für die Grazer Bühnen vorstellig zu werden.

Den Leistungen des Musikvereines ist wiederum volles Lob zuzubilligen. Bei den Aufführungen des Musikvereines spielt die Gastspielverpflichtung eine ausschlaggebende Rolle. Das Publikum erwartet sich erstklassige Orchester und Solisten, die aus Wien, aber auch vielfach aus dem Ausland herbeige Holt werden müssen. Die Gagen für hervorragende Künstler haben eine geradezu schwindelnde Höhe erreicht und es ist gewiß als ein Unikum zu vermerken, daß die Verträge jetzt nicht mehr in D-Mark, sondern bereits in Dollar abgeschlossen werden müssen. Die Abendhonorare international bekannter Künstler bewegen sich pro Abend zwischen 2000 bis 4000 Dollar, Beträge, die in Graz kaum mehr aufgebracht werden können. Ein Absinken dieser Honorarforderungen ist bei der allgemeinen Wohlstandssphäre, in der wir uns befinden, nicht zu erwarten. Es wird daher das Land offenbar für weitere Hilfsmittel vorsorgen müssen, wenn nicht das Ende der so hervorragenden Gastspiele für Graz in Kauf genommen werden soll.

Ein weiteres kulturelles Ereignis ist gleichfalls hervorzuheben, und zwar die geradezu prachtvoll gelungene Ausstellung „Graz als Residenz Innerösterreich 1564—1619“. Diese Ausstellung wurde von 41.848 Personen besucht, ein Ergebnis, das von kulturhistorischen Ausstellungen in der Steiermark bisher noch nicht erreicht worden ist und auch von Ausstellungen in anderen Städten, einschließlich Wien, nicht übertroffen wurde. Lediglich die Stadt Krems war hinsichtlich der Besucherzahl bei ihrer Romanik-Ausstellung nicht einzuholen. Es mag dies an der besonderen Förderung durch das Fremdenverkehrsreferat des Landes Niederösterreich gelegen sein. Meine Damen und Herren! Wenn für diese prachtvolle Ausstellung „Graz als Residenz“ vom Höhen Landtag der Dank ausgesprochen wird, so glaube ich, daß dieser Dank in erster Linie dem Veranstalter dieser Ausstellung, dem Herrn Univ.-Dozenten Dr. Sutter, ausgesprochen werden soll.

Diese gelungene Ausstellung gibt den Anreiz, ich möchte geradezu sagen, die Verpflichtung dazu, solche Ausstellungen in Zukunft fortzusetzen. Als eine solche Ausstellung käme in Betracht „Graz als erste Residenz“, eine Ausstellung über den in der Grazer Burg erstmals residierenden deutsch-römischen Kaiser Friedrich III. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. K o r e n : „Macht schon Wiener Neustadt!“) für das Jahr 1968 bietet sich eine Ausstellung an zum 400. Geburtstag des Hans Ulrich von Eggenberg. Es ist dies bekanntlich der Erbauer des Schlosses Eggenberg, Staatsminister des Kaisers Ferdinand II., und Schwager des Feldherrn Wallenstein. Eine solche Ausstellung im Schloß Eggenberg wäre zweifellos nicht nur eine kulturelle Tat, sondern auch eine Attraktion für den Fremdenverkehr.

Weil ich gerade jetzt den Fremdenverkehr angezogen habe, mache ich den dritten Vorschlag. Wie

wäre es mit einer Wanderausstellung „Die Steiermark“, einer Ausstellung, die nicht in Graz veranstaltet wird, sondern mit der losgezogen wird in andere Länder, insbesondere in die Deutsche Bundesrepublik. Eine solche Ausstellung müßte allerdings im Zusammenwirken mit der Kulturabteilung und der Fremdenverkehrsabteilung durchgeführt werden. Sie würde uns zweifellos zahlreiche Fremde ins Land bringen. Denn die Menschen wissen ja offenbar gar nicht, welche kulturellen und historischen Schätze in der Steiermark vorhanden sind.

Meine Damen und Herren! Gegenüber dem Rekordbesuch der Ausstellung „Graz als Residenz“ fällt es auf, daß die Benützerzahl der Steiermärkischen Landesbibliothek im letzten Jahr erheblich zurückgegangen ist. Dies darf nicht verwundern; bei der geringen Dotierung der Budgetpost 51 im Untervoranschlag für das vergangene Jahr mit 400.000 S war es der Bibliothek nicht möglich, entsprechend Bücher anzuschaffen, und die Bibliothek hat um 2000 Bände weniger als im vergangenen Jahr erwerben können. Die im vorliegenden Budget vorgesehene Erhöhung auf 450.000 S für das Jahr 1965 ist als keineswegs ausreichend für den Nachholbedarf zu bezeichnen. Ich möchte daher dankbar vermerken, daß der Herr Landesfinanzreferent im Finanz- und Budgetausschuß die Zusage erteilt hat, daß für außerplanmäßige Mittel zur Bestreitung offenkundigen Nachholbedarfs gesorgt werden wird.

Ein weiteres Anliegen unserer Fraktion ist die Erhaltung steirischer Kulturgüter im Lande. Wir haben daher einen Resolutionsantrag eingebracht, dem in dankenswerter Weise auch die anderen Fraktionen beigetreten sind und der folgende Formulierung gefunden hat. „Immer wieder werden kostbare steirische Kulturgüter in das Ausland abverkauft, da es sich meist als unmöglich erweist, die notwendigen Geldmittel kurzfristig aufzubringen, um die zum Verkauf angebotenen Kulturgüter im Land zu erhalten. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um den Abverkauf von Kulturgütern ins Ausland zu verhindern.“ Ich möchte hier im Hohen Hause beifügen, daß unsere Anregung konkreter gehalten war. Wir haben vorgeschlagen, eine Stiftung zur Erhaltung kostbaren steirischen Kulturgutes zu gründen. Diese Stiftung geht von dem Gedanken aus, daß die Landesmittel, für die der Herr Landesfinanzreferent im Untervoranschlag Museen vorgesorgt hat und wo es heißt, daß die unverbrauchten Mittel der Post Sammlungen am Jahresende der Rücklage für die Sicherstellung steirischen Kulturgutes zugeführt werden wird, eben nicht ausreichen werden. Eine Stiftung würde weitere Geldquellen erschließen und würde es zweifellos ermöglichen, diese Mittel zur Hand zu haben, wenn wiederum — wie das bei der wertvollen Bibliothek unseres Dichters Paul Ernst der Fall war — ein kostbares Kulturgut der Steiermark in das Ausland verkauft wird. Eine solche Stiftung, möchte ich noch erwähnen, hat sich im Land Württemberg auf das Beste bewährt. Ich bitte die Hohe Landesregierung und den Herrn Kulturreferenten, diesen Vorschlag einer entsprechenden Prüfung zu unterziehen.

Abschließend möchten wir auch zum Ausdruck bringen, daß wir mit Mißbehagen die gestrige „Neue

Zeit" gelesen haben, wo berichtet wird, daß Herr Außenminister Dr. Kreisky am Wochenende in Wien in einem Vortrag über das Image Österreichs im Ausland gesprochen hat. Er hat laut „Neuer Zeit“ wörtlich erklärt: „Wir bilden uns heute noch immer ein, kulturelle Großmacht zu sein. Unsere kulturelle Wirksamkeit wird überbetont. Was z. B. in amerikanischen Zeitungen während der letzten 14 Tage zu lesen war, handelte keineswegs von unserem kulturellem Wirken.“ Und er führte weiters wörtlich aus: „Das Bild, das man sich im Ausland von Österreich macht, sei bedeutend für Österreichs Kreditwürdigkeit. Die Anstrengungen um ein besseres Image Österreichs seien daher langfristig zu konzipieren.“ Er schlug weiters die Gründung eines Instituts zur Hebung des Ansehens Österreichs im Ausland vor. Wir Freiheitlichen nehmen dazu kurz Stellung. (Landesrat B a m m e r: „Er ist halt viel im Ausland, er hört viel!“ — Abg. Dr. R a i n e r: „Er kommt mit den falschen Leuten zusammen!“) 1. Wir bilden uns nicht ein, wir Österreicher, kulturelle Großmacht zu sein, sondern wir Österreicher sind eine solche. 2. Was amerikanische Zeitungen über unsere kulturelle Bedeutung schreiben, halten wir nicht für so maßgebend (Landesrat G r u b e r: „Das ‚kleine Amerika!‘“), wie das der Herr Außenminister Dr. Kreisky in seinem Vortrag getan hat. Als unsere gotischen Dome gebaut wurden, als an der Donau das Nibelungenlied erklang, bestand bei uns in Österreich schon eine Hochkultur. Unser kulturelles Ansehen soll nicht die Sorge der Vereinigten Staaten Amerikas sein. Die Anstrengungen des Herrn Außenministers um ein besseres Image Österreichs. (Landeshauptmann K r a i n e r: „Die sorgen sich um unsere Verstaatlichung, die sagen, wir sind ein kommunistisches Land, darüber könnte man auch reden. Lesen Sie die amerikanischen Zeitungen!“) Vielleicht darf ich fortsetzen, damit ich zu meinem Wort stehen kann hinsichtlich der kurzen Rede. Die Anstrengungen des Herrn Außenministers um ein besseres Image Österreichs — das sind seine Ausdrücke —, erscheinen uns nicht notwendig und schon gar nicht die Gründung des von ihm vorgeschlagenen Instituts.

Unsere liebe Steiermark aber, verehrte Frauen und Herren, soll und wird auch eine kulturelle Mark Österreichs im Südosten des deutschen Sprachraumes bleiben. Unter diesem Gesichtspunkt geben wir gerne den Ansätzen der Gruppe 3 unsere Zustimmung. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter Professor Dr. K o r e n das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter **Univ.-Prof. Dr. K o r e n:** Verehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Es tut mir leid, daß der Herr Abgeordnete Schlager nicht hier ist. Ich habe ihn auch bei der Beendigung der Gruppe 2 nicht gesehen und konnte ihm daher nicht antworten. Aber ich möchte es doch nicht mehr aufschieben, weil ich nicht mehr zum Wort komme. Ich möchte, vielleicht werden Sie es ihm mitteilen, in aller Ruhe, aber auch mit aller Entschiedenheit zurückweisen die Darstellung, die er von der Vorsprache einer Deputation unter seiner Führung bei mir und beim Herrn Bundesminister für Unterricht

gemacht hat. Der Herr Abgeordnete Schlager hat es so dargestellt, als ob ich aus Bequemlichkeit eine ausweichende Antwort gegeben habe, weil es angenehmer ist und man nicht den Mut hat, den Leuten die Wahrheit zu sagen. (Abg. H e i d i n g e r: „Er hat eindeutig gesagt: in Wien!“ — Landesrat W e g a r t: „Wenn er das vom Minister gesagt hat, so weisen wir das auch zurück!“) Ich halte es für notwendig festzustellen, um was es gegangen ist. Die Vorsprache hatte den Zweck, zu erreichen, daß die in Judenburg angelaufenen Jahrgänge für das musisch-pädagogische Gymnasiums in Murau zur Sprache gekommen war und andererseits wollte die Deputation erreichen, daß nicht nur diese Klassen bleiben, sondern die Errichtung eines musisch-pädagogischen Realgymnasiums in Judenburg ins Auge gefaßt würde. Die Deputation hat mein Büro verlassen mit der Zusage, daß wir uns für die Beibehaltung der angelaufenen Klassen einsetzen werden und daß wir die Elternwünsche für die Beibehaltung des musisch-pädagogischen Gymnasiums, das ja im Hinblick auf die vielen Hauptschulabgänger gewünscht wurde, daß wir diese Elternwünsche selbstverständlich in die Waagschale werfen bei der Überprüfung, welche Schultypen im Land Steiermark lokalisiert werden. Wir sind ja nicht nur für die Wünsche einzelner Bezirke verantwortlich, sondern auch dem Ministerium und dem Gesetzgeber gegenüber dafür, daß die vorgesehenen Typen wenigstens in einem guten Verhältnis gestreut werden. Nun hat es sich herausgestellt, daß im Bezirk Judenburg je ein Realgymnasium besteht, daß in der Nachbarschaft das musisch-pädagogische Realgymnasium in Murau besteht, wo man keine andere höhere Schule hingeben kann; daß in Eisenerz ein musisch-pädagogisches Gymnasium errichtet wird, wo man ebenfalls keine andere Schultype besser hinbringt, und daß in Aussee ein privates musisch-pädagogisches Realgymnasium errichtet wird. Also werden in der Obersteiermark 3 musisch-pädagogische Realgymnasien errichtet. Wenn wir noch ein 4. dort errichten würden, dann würden wir in Schwierigkeiten kommen bei der Streuung der anderen Schultypen. Nun ergibt es sich aber, daß mit dem naturwissenschaftlichen Typ des Realgymnasiums für die Hauptschulabgänger dieselben Voraussetzungen geschaffen sind wie beim musisch-pädagogischen Gymnasium. Daher ist dem Elternwunsch im Bezirk Judenburg und im Bezirk Knittelfeld Rechnung getragen. Die Kinder können ohne Prüfung, wie Sie wissen, von der 4. Klasse Hauptschule in die Oberstufe einer höheren Schule, in diesem Falle des naturwissenschaftlichen Gymnasiums, das ungefähr der früheren Realschule gleichkommt, eintreten. Das zur Antwort.

Herr Abgeordneter Dr. Hueber, Ihre Anregungen, die Sie in großer Zahl gegeben haben, nehme ich dankbar zur Kenntnis. Ich kann sie nicht alle beantworten. Was die Förderung der dramatischen Dichtung in der Steiermark betrifft, dieses Kulturwerk, das von dem von Ihnen genannten Herrn angeregt wurde, war ja Gegenstand langer Diskussionen. Eine der Hauptschwierigkeiten wurde darin gesehen, daß ein Drama, das in Graz so preiswürdig empfunden wird, daß es in Graz aufgeführt wird, für die großen Bühnen nicht mehr interessant wird zur An-

nahme für die Uraufführung. Dieses Argument wird uns vorgehalten werden, wenn wir die Akademie und die Vereinigten Bühnen einladen werden, auf ihre Weise und mit ihren Mitteln diesem Gedanken näherzutreten. Ich werde Ihre Anregung gerne — ich glaube, es ist keine Resolution —, wenn Sie mir diese zur Verfügung stellen, im Theaterausschuß zur Sprache bringen und der Akademie übermitteln. Auf die einzelnen anderen Dinge werde ich im Laufe meiner kurzen Betrachtungen noch eingehen.

Ich habe im vorigen Jahr, meine Damen und Herren, einen ungefähren Ausblick auf das kommende Jahr gegeben. Zum Teil haben meine geschätzten Vorredner ja schon hier geantwortet oder, besser gesagt, bestätigt, daß die Dinge, die wir uns vorgenommen haben, in Ordnung gegangen sind und im großen und ganzen durchgeführt wurden. Ich möchte nur erinnern, daß wir die römerzeitliche Anlage aus dem 2. und 3. Jahrhundert nach Christi Geburt in Löffelbach bei Hartberg wie vorgesehen und besprochen konserviert und zum Besuche freigegeben haben. Eine Anlage, die sich inzwischen im Fremdenverkehr und im Bildungswesen für die Schulen bewährt hat.

Ich möchte, was heute nicht zur Sprache gekommen ist, weil es ja an sich keine steirische Angelegenheit allein ist, wohl aber im steirischen Budget auch seinen Niederschlag findet, kurz über das Freilichtmuseum berichten, das im Reinprechtwald, also zwischen Stübing und Gratwein, errichtet wurde. Hier kann ich erfreulicherweise mitteilen, daß wir das Jahresprogramm nicht nur eingehalten, sondern überholt haben. Es steht heute der Hof aus dem 17. Jahrhundert aus der Birkfelder Gegend, dann das mittelalterliche Winzerhaus aus der Tieschener Gegend, das von einem besonderen kulturhistorischen Wert ist, weil es wie die Rekonstruktion eines prähistorischen Hauses anmutet. Ferner steht schon unter Dach und fertiggebaut ein Einhof aus dem oberen Murtal, aus Einach an der Landesgrenze, womit auch die Hauslandschaft des Lungau bis zu einem gewissen Grade mitdokumentiert ist, und außerdem ist schon unter Dach das Wohnhaus aus dem südtirolischen Ultental, das wegen der Errichtung eines Stausees dort weggeräumt werden mußte und das zu einem sehr guten Preise in unseren Besitz kommen konnte. Zur Aufstellung bereit liegen aufgestapelt ein Bregenzerwälderhaus, das der Neutrassierung der Bundesstraße im Bregenzer Wald weichen mußte, ferner eine Almanlage aus Salzburg und ein burgenländischer „Kitting“, das ist eine altertümliche Form der Kellerranlagen, wie sie im Burgenland üblich gewesen sind. Diese Dinge sind schon übertragen und werden im nächsten Jahr aufgestellt. Die materiellen Voraussetzungen für die Arbeit im nächsten Jahr sind gegeben. Ich freue mich, daß es in unserem Budget gelungen ist, den Beitrag für die steirischen Objekte noch unterzubringen, und ich freue mich auch, daß der Herr Bundesminister für Unterricht im Bundesbudget 1 Million Schilling für dieses Museum, das ja ein österreichisches Freilichtmuseum ist, vorgesehen hat. Auch die anderen Bundesländer, die zunächst nur zaghaft mitgetan haben — es handelt sich um einen Verein der Bundesländer —, schließen sich nun an. So haben wir von Tirol und von Oberöster-

reich jetzt Zusagen, daß wir im übernächsten Jahr auch mit Objekten aus diesen Bundesländern rechnen können.

Eine andere Sache des ablaufenden Jahres, auf die ich wohl hinweisen darf, weil sie in diesem Jahr wirklich ein großer Erfolg gewesen ist, war die zum fünften Mal veranstaltete „Steirische Akademie“ in Eggenberg, wo es uns zum erstenmal passiert ist, daß an den Abendveranstaltungen der große Saal des Schlosses Eggenberg die Besucher nicht fassen konnte und eine Anzahl wieder weggehen mußte.

Meine Damen und Herren, im großen und ganzen will ich nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich möchte nur zum Grundsätzlichen und zu der Arbeit einige Bemerkungen machen, nicht, um uns zu rechtfertigen, sondern um die Kulturschaffenden im Lande gewissermaßen zu rechtfertigen. Nicht sie zu entschuldigen oder sie in Schutz zu nehmen, denn das haben sie nicht notwendig, aber ich glaube, es ist doch angebracht, daß wir auch ein Bekenntnis zu den schaffenden Menschen in diesem Lande ablegen. In einer gewissen Presse, die keineswegs auf Parteigruppierungen beschränkt ist, merkwürdigerweise aber auf eine Stadt, bemerken wir immer wieder eine Einstellung den künstlerischen Leistungen der Bundesländer und in einem besonderen Maße dem Bundesland Steiermark gegenüber, die so ähnlich ist wie von einem „Auf-die-Schulter-klopfen“, wenn es gutgesinnt ist, bis zum sarkastischen Ton. Wenn etwas gut ist in diesem Lande Steiermark, dann ist es eben so, „wie es eben im Maße eines Bundeslandes möglich ist“, ist auch der Durchschnitt erreicht oder überholt. Es gibt kein Theaterstück, das bei uns vollkommen aufgeführt wird, wir haben keine Künstler, die über den Durchschnitt hinausgehen in der Musik und in allen übrigen Bereichen. Auch die Akademie findet — ich sage es ehrlich jetzt — das Verständnis nicht, das man für die völlig andersgearteten Verhältnisse in einem Bundesland haben müßte. Es liegt mir völlig fern, aus einem falsch verstandenen Lokalpatriotismus heraus zu sagen, was für Burschen wir sind und was für Leistungen wir erbringen. Aber es geht mir darum, festzustellen, daß es sich in einem Bundesland um andere Dinge handelt, die anders sein können, aber auch anders sein sollen. Ein bekanntes Schlagwort — vielleicht wird damit deutlicher, was ich sagen will —, das durch die Zeitungen ging — besonders bei den großen Auseinandersetzungen heuer im Frühsommer —, ist das Wort vom „Perfektionismus“. Perfektionismus ist das Alleinige, das die Darbietung einer Kunst rechtfertigt. Das heißt, auf dem Gebiete der darstellenden Kunst, wenn man eine Oper aufführt, hat man zum besten Dirigenten, den es auf der Welt gibt, für jede Partie die beste Sängerin, für jedes Instrument den besten Musiker zu holen, um so die „beste“ Aufführung zustandezubringen, denn sonst ist ja alle Mühe umsonst und eine Profanierung der Kunst. (Abg. Afritsch: „Dabei geht sehr viel verloren.“) Bitte, darf ich sagen, dieser „Perfektionismus“ mit den besten Sängern, besten Musikern usw. ist ja nicht komplett. Man vergißt, daß man für eine solche Lösung auch „die bestgefüllten“ Geldsäcke braucht, aber auch die „bestgeschulten“ „bestgeübten“ Ohren, die eine solche „beste“ Pro-

duktion aufnehmen können. Der Perfektionismus ist schon in Ordnung. Man muß nach dem Besten trachten. Aber für uns, die wir uns für Bildung, für Schule, für die Kultur im breiten Land und nicht nur im engen Bereiche einer zusammengeballten Stadt verantwortlich fühlen, heißt dieser Perfektionismus nichts anderes, als daß jeder aus sich das Beste herauszuholen hat, in jedem Bereich das in diesen Bereich möglich „Beste“ herauszurufen, herauswachsen zu lassen, herauszufördern. Aus einem Lande die besten Anlagen, das Beste, was in seinem Gedächtnis schlummert, was in seinem Erbe da ist, das Beste von all dem herauszuheben und sichtbar zu machen. Und auch das Beste in den Anlagen der Menschen. Vielleicht ist es ein etwas gewagtes Beispiel, aber ich könnte in keinem anderen Bild besser ausdrücken, was ich meine, als in dem: Ein prachtvoller Dom mit einem riesigen Presbyterium gibt selbstverständlich dem Pontifikalamt eines Erzbischofs, zu dem eine Mozart- oder Bruckner-Messe gespielt wird, einen prachtvollen Rahmen. Mit großer Assistenz, mit barockem Gepränge spielt sich hier ein wunderbares Schauspiel ab. Und daneben eine kleine Bauernkirche, in der ein einfältiger Landpfarrer seine Messe liest. Vor den Augen dessen, den es letzten Endes angeht, werden beide — hoffen wir — die gleiche Gültigkeit und das gleiche Gewicht besitzen. Vielleicht ist das ein Vergleich. Es geht auch bei uns nicht nur um Zeitvertreib, wenn wir von Kultur reden, sondern es geht auch bei uns um das Innerste der Menschen in diesem Lande, es geht um ihre Seele, es geht um die ewige Seele und um das ewige Leben auch dieser Menschen in diesem unserem Lande, denen wir mit den Mitteln, die uns gegeben sind, im Rahmen des Landes gegeben sind, zu dienen haben.

Ein Schlagwort dieser Zeit ist auch der Analphabetismus. Wir wissen, daß ein großer Weltkongreß aller Unterrichtsminister der Welt in Persien stattfindet, weil der Kaiser von Persien zum Kampf gegen den Analphabetismus aufgerufen hat. Wir glauben, daß wir diesen Aufgaben längst schon entzogen sind. Jährlich drängen 20.000 Analphabeten in unserem Land im September in unsere Schulen, um von ihren Lehrern über das Lesen-, Rechnen- und Schreibenlernen zum Gebrauch der Vernunft geführt zu werden. Sie werden hereingenommen, werden von ihrem Analphabetismus erlöst und in das große, weitverzweigte Bildungswesen unseres Landes hineingenommen, um sich so in die Gesellschaft einzugliedern. Wir vergessen, daß neben diese Analphabeten, die jährlich erlöst werden, im weiten Land und in allen Kreisen und in allen Siedlungsgemeinschaften die Analphabeten des Gemütes, des sozialen Gewissens und des Zeitwissens gehören. Zu denen wir alle gehören, wenn wir auch Rudimente unseres Schulwissens erhalten haben, der Einblick in die modernen Errungenschaften der Technik und der Wissenschaft ist längst nicht mehr gegeben. Alle diese Bereiche, die außenstehenden und auch nicht aufgerufenen, die sind es, die, glaube ich, einer Kulturarbeit und einer Bildungsarbeit in einem Land aufgegeben sind. Hier in diesem Bereich, wo diese Analphabeten wohnen, ist es mit Gastspielen der Vereinigten Bühnen nicht getan,

auch nicht mit Wanderausstellungen und Konzerten. Hier gilt es von Grund auf zu bauen, von Grund auf sich um die Seele des einzelnen Menschen zu bemühen, und hier gilt es, alle Bildungskräfte, gleichgültig in welchen Körperschaften sie sich manifestieren, wirklich auf ein Ziel hin zusammenzufassen. Wir freuen uns, daß es in diesem Land Steiermark eine Reihe von wirklich unentwegt bemühten Bildungseinrichtungen gibt, von der Urania über das Forum Stadtpark, das katholische und evangelische Bildungswerk bis zur Volkshochschule der Arbeiterkammer und bis zu den Volksbildungsheimen, die privat oder vom Land aus errichtet werden. Alle zusammen, ich hoffe, daß ich keines ausgelassen habe, es wäre nicht meine Absicht gewesen, alle zusammen haben nichts anderes zu tun, als den Menschen zu helfen, sich als soziale Einheiten zu erkennen und in dieser Welt zurechtzufinden. Diesem Auftrag dienen in einer ganz besonderen Weise unsere Bildungswochen, die seit 3 Jahren im Land unter dem dankbarsten Zuspruch durchgeführt werden. Es gibt Bauerndörfer, in denen 200 bis 400 Menschen an diesen Abenden im Winter zusammenkommen, um sich über Dinge belehren zu lassen, die keineswegs sensationell sind. Es geht bei den Bildungswochen darum, vom Anschauungsgrund der Heimat, von der Geschichte der Umgebung, der sozialen Verhältnisse, eine Einführung in die Problematik der Gegenwart zu erlangen. Es sind fachliche, sachliche Vorträge. Der Bogen spannt sich bis zur religiösen Aufrichtung und Unterweisung. Es geht immer darum, dem Menschen die notwendige Lebenshilfe zu geben, um sich zurechtzufinden in der Zeit und in der Umwelt und sich aber auch als verantwortliches Glied in diese Umwelt einzufügen. Diese Arbeit leistet ein Korps von Ingenieuren, Professoren, Geistlichen, Lehrern, die bis in die letzten Gräben und Dörfer hinausgehen und um ein Trinkgeld von einem Honorar sich immer wieder abmühen, diese Vorträge zu halten. Ich glaube, dieser Menschen zu gedenken für diese wirkliche Planarbeit, für diese wirkliche Kulturarbeit im Land, ist auch diese Sitzung, zu der wir uns zusammengefunden haben, der richtige Ort.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einer Sparte der Bildungsarbeit gedenken, die vor allem — ohne Sentimentalität — auf die musische Bildung unserer Jugend ausgerichtet ist und die beste Erfolge hat. Ich meine damit die 32 Volksmusikschulen des Landes Steiermark, die von einigen großen Städten größer ausgebaut, aber auch von einigen kleinen Orten mit großen Opfern eingerichtet und geführt werden und unsere Jugend nicht nur zu Musikanten, sondern zu wirklichen Musikern erziehen. Wobei ich gegen die Musikanten nichts einzuwenden habe. Es geht hier um eine ganz ernste Erziehungsarbeit, nicht nur um ein Anlernen, sondern um Lernen einer wirklichen Kunst.

Nun noch kurz zur Ausstellung und zu dem Plan, den Sie entworfen haben, Herr Kollege Dr. Hueber. Sie haben in dankenswerter Weise auf die Ausstellung Innerösterreich hingewiesen. Ich bin sehr glücklich darüber, daß das, was Sie gesagt haben, tatsächlich eingetreten war, daß wir 41.800 Besucher hatten. Diese unerwartet große Zahl von Men-

schen ist gekommen zu Führungen. Immer wieder in Nachtstunden, an Sonntagen und Nachmittagen. Nicht weil sie eine Sensation zu erwarten hatten, sondern weil sie sich in ausgezeichneten Führungen belehren ließen über eines der entscheidenden Kapitel der Geschichte dieses Landes. Es ist kein nur freundliches Kapitel. Es ist eine grausame Zeit, eine harte Zeit gewesen, auf der anderen Seite eine prunkliebende Zeit, die aus dem Geiste ihres Jahrhunderts das Wort Toleranz noch nicht gekannt hat. Aber es war eine große Zeit, weil es den Gegnern von damals um große Dinge gegangen ist. Es war eine große Zeit, weil das Land Steiermark damals in Dimensionen eingetreten ist, die dieses Land bis heute nicht vergessen kann und darf. Es ist merkwürdig gewesen, wie die Menschen ohne große Propaganda in diese Ausstellung gekommen sind. Ein Arzt zum Beispiel will auf Urlaub fahren. Sein Auto hat eine Havarie, er muß es zum Mechaniker bringen, er weiß nicht, was tun in der Zwischenzeit, und der Mechaniker sagt: „Waren Sie schon in der Ausstellung in der Burg?“ Er geht auf das hin in die Ausstellung, die der Mechaniker schon gesehen hat. Oder, ein Hofrat der Steiermärkischen Landesregierung erfährt beim Friseur die Frage, ob er schon in der Ausstellung gewesen ist. Er war noch nicht dort und hat sich beim Friseur nachher für den Hinweis bedankt. Ich möchte nur sagen, daß uns mit dieser Ausstellung, was wir eigentlich nicht wußten, doch die Ausstellung als bildnerische Methode in einer besonderen Weise bewußt geworden ist. Das ist heute ein Bildungsmittel. Eine Ausstellung in einem so großen Rahmen — der Herr Bundespräsident hat sie eröffnet und sich in lobender Weise über diese Ausstellung geäußert —, eine Ausstellung, die in einem entsprechenden Rahmen aufgezogen wird und vor allem durch Führungen entsprechend interpretiert wird, ist in der Lage, eine Bildungslücke, die wir alle besessen haben, einfach auszufüllen. So wie Sie dem Gestalter der Ausstellung, dem Organisator eines solchen dichten Führungsbetriebes, wie er möglich gewesen ist, dem Herrn Univ.-Dozent Dr. Sutter, dem Direktor der Landesbibliothek, den Dank ausgesprochen haben, ist herzlich zu danken auch meine Pflicht. Die Ausstellungen fortzusetzen, ist sicher verlockend. Man denkt ja auch daran, daß die Kremser das alle Jahre wieder machen, auch der Fremdenverkehrsverein des Landes Niederösterreich hat seine guten Erfahrungen dabei gemacht. Wir wissen, daß im nächsten Jahr die Stadt Wiener Neustadt unter dem Titel „Wiener Neustadt als Residenz“ (1453) an den Kaiser denkt, der hier in Graz residiert hat und die Grazer Burg gebaut hat. Wir könnten uns allerdings vorstellen, und ich habe mit den Herren des Joanneums und des wissenschaftlichen Dienstes die Dinge besprochen, daß wir einmal einen anderen Plan verwirklichen. Wir haben bisher zwei große Ausstellungen gehabt. Die Ausstellung im Jahre 1959, die sogenannte Erzherzog-Johann-Ausstellung, die ein kulturgeschichtliches Bild des 19. Jahrhunderts gegeben hat, und jetzt die Ausstellung des 16. Jahrhunderts, die nolens volens natürlich auch die dynastischen Persönlichkeiten dieser Zeit in einem gewissen Vordergrund gezeigt hat; das ist einfach die Sozialstruk-

tur des Mittelalters und der frühen Neuzeit gewesen. Darüber ist nichts zu diskutieren. Nun wissen wir, daß das Entscheidende, was im Lande geschehen ist, zwar wohl von den politischen Entschlüssen der Führenden und Mächtigen abhängt, daß es aber nicht geschehen kann ohne die tätige Arbeit derer, die an die Front gehen, wenn es einen Krieg gibt, die auf den Acker gehen, wenn der Acker bestellt werden muß und die auf die Bau- und Arbeitsplätze gehen, in denen der Reichtum und die Kraft des Lebens für das Volk erarbeitet werden muß. Es wäre daher durchaus sinnvoll, vor allem dann, wenn man die Voraussetzungen dafür hat, eine Ausstellung folgen zu lassen, die wir auch noch nicht kennen, wie etwa „Der Berg- und Hüttenmann“, von dem wir wissen, daß er eine dreitausend Jahre alte Tradition in diesem Lande hat. Die ganze Entwicklung bis zur Industrialisierung der neuen Zeit könnte an wirklich handgreiflichen Dokumenten gezeigt werden und nicht nur für das Land, sondern auch über das Land hinaus damit ein Beispiel geben. Oder eine Anregung für eine Ausstellung in einem anderen Jahr: „Der Bauer.“ Nicht nur der steirische Bauer, obwohl im steirischen Bauerntum ja alle möglichen landwirtschaftlichen „Betriebsweisen“, wenn wir dieses Modewort gebrauchen wollen, vorhanden sind, vom Weinbauern bis zum Bergbauern, alle Übergänge, wir haben auch alle Siedlungsformen, so daß auch hier ein grandioses kulturhistorisches Gemälde vor dem Übergang, vor dem letzten Abschnitt gewissermaßen einer Kulturform, wie sie das Bauerntum bis zum heutigen Tage gehabt hat, noch einmal der Öffentlichkeit vorgeführt werden könnte.

Nun werden wir im kommenden Jahr die Ausstellung „Trigon“ wiederholen. Trotz aller Einschränkungen und Bedenken, meine Damen und Herren. Ich halte jetzt keine kunstkritische Betrachtung und übe keine kunstkritische Überredung, ich verweise nur auf die Tatsache, auf die es ankommt. Es kommt uns darauf an, aus dem gegenwärtigen geistigen Leben der drei Länder, die einmal eine Einheit gebildet haben, also der drei Länder, die an dem ehemaligen „Innerösterreich“ partizipieren, Österreich-Italien-Jugoslawien, die geistigen Dokumente gegeneinanderzustellen. Und es ist sicher, nachdem wir den Austausch von Wissenschaftlern durchwegs immer wieder finden — gerade auf steirischem Boden hat auch der erste ostalpenländische Kongreß der Ethnologen stattgefunden, jetzt werden sich die Bibliotheksdirektoren von Friaul bis Slowenien und Österreich hier in Graz wieder treffen —, geht es uns darum, aus diesen drei Ländern die lebendigen geistigen Kräfte zusammenzuführen und zu konfrontieren, um immer wieder die Dinge in Fluß zu halten, die uns zusammenführen müssen. Es ist uns dieser Gedanke, diese Aufgabe einfach zugefallen in der Überlegung der ganzen innerösterreichischen Verhältnisse. Wir sind der Überzeugung, daß diese Dinge zwar geschichtlich sind, daß sie staatsrechtlich nicht gelten, daß sie aber in der Struktur, in der Wesenheit eines Volkes ihre unauslöschlichen Züge zurückgelassen haben und damit für uns auch eine Verpflichtung sind. Wir haben unsere Bildungsarbeit, unsere Kulturar-

beit immer wieder auch auf den Gedanken der Heimat abgestellt, haben uns dabei aber immer dagegen gewehrt, daß der Heimatgedanke als Flucht in die Idylle abgewertet wird, in die Waldeseinsamkeit mit Zitherklängen und Wipfelrauschen. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß Heimat nichts anderes ist als die Realität, in die wir gestellt sind, die wir uns nicht ausgesucht haben, aus der wir nicht desertieren können, die uns zugemessen ist, solange wir auf dieser Welt leben, mit den Menschen, mit denen wir zusammenleben müssen, und mit denen wir zusammenleben dürfen, denn es ist bekanntlich nicht gut, daß der Mensch allein sei. Und selbst wenn sie streiten, ist es besser, als wenn sie als Hagestolze fremd und isoliert aneinander vorübergehen. Heimat ist das Glück, das uns gegeben ist und die Last, die uns gegeben ist, und mit der wir eben fertig werden müssen, mit den Fragen der Welt und den Rätseln des Lebens. Aber ich glaube, daß uns vom Standpunkt unserer Kultur- und Bildungsarbeit noch ein anderer Aspekt bewußt werden kann. Gerade jetzt im Hinblick auf die Überlegungen, die uns das Jahr her beschäftigt haben: Die Heimat hat nämlich nicht nur den Wert, daß wir uns in ihr befinden und in sie zurückziehen können, sondern sie ist auch ein Auftrag, daß wir aus ihr das Herausschöpfen und den anderen geben, mit denen wir als Nachbarn zusammengestellt und -gesellt sind. Ich glaube, daß wir, wenn wir die steirische Aufgabe erfüllen, alles das aus dem Lande herausholen, was uns vorgegeben ist im Boden und in der Geschichte, damit wir unsere österreichische Aufgabe erfüllen, die sicher in der Aufgabe der Bundeshauptstadt eine gewisse Kulmination besitzt. Es ist doch so, daß Wien nicht nur die Hauptstadt der Republik Österreich ist, in der unser Staatsoberhaupt wohnt, in der die Regierung ihren Sitz hat und alle zentralen Stellen, und der wir daher natürlich allen Respekt erweisen, es ist doch so, daß dieses Wien für uns alle noch eine ganz andere, tiefere Bedeutung hat. Denn es kann von einer Stadt nicht hinweggenommen werden, was in dieser Stadt fast ein Jahrtausend gewirkt hat. Das ist keine Restauration und kein Restaurationsgedanke, wenn wir sagen, daß aus dem Antlitz einer Stadt nichts ausgelöscht werden kann, daß ein halbes Jahrtausend in ihr die Krone der Kaiser geruht hat, daß in dieser Stadt die Weisen der ganzen Welt sich immer wieder begegnet sind, die hier ihre Weihegeschenke des Geistes und der Kunst niedergelegt haben und daß hier auch die Gerechten der Welt immer wieder zusammengekommen sind, um in ihr Recht und Gesetz zu beschwören. Es ist im Glanz dieser Stadt das Unvergängliche und in dieser ganzen Tradition auch die noch nie vollendete Aufgabe, die nie vollendete und daher immer wieder aufgetragene Aufgabe Österreichs, die immer nur der richtig verstandene Dienst an anderen Völkern gewesen ist, das Dienen, das Zusammenführen der Menschen und Völker von diesseits und von jenseits. Und wir hier, die in dieser Ecke und in diesem Winkel leben, weil uns Dimensionen aus unserer Geschichte zugemessen sind mit diesen zwei Völkern im Süden dieses Landes, um hier unsere Aufgabe zu erfüllen. Denn nicht nur im Herzen, auch in den Außenbationen, überall dort, wo gelitten und gestritten

wurde, wurde das Abendland gebaut, und hier wurde es mit steirischen Steinen und steirischem Schweiß gebaut, und hier bleibt es unsere Aufgabe. Nicht in Hochmut, daß wir das Bessere denen, die unten sind, zu importieren haben — wir werden uns sehr hüten vor solchen Formulierungen, wie „Tor“ und „Fenster“ —, wohl aber im Sinne der Brücke und der Stätte der Begegnung, in der wir auf unsere Weise die Kontakte nicht abreißen lassen, solange unsere Generation lebt, damit die, die nach uns kommen, es uns nicht zum Vorwurf machen können, daß wir hier die menschliche Stimme zum Schweigen gebracht oder nicht zum Klingen gebracht hätten. Ich glaube, aus diesem Gedanken heraus, aus dem Geschichtsbewußtsein dieses Landes, läßt sich eine Aufgabe für das Land erschließen und erkennen, für die auch unsere Jugend zu begeistern sein könnte. (Lang anhaltender allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Klobasa das Wort.

Abg. Klobasa: Ich verzichte auf das Wort.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Rainer hat das Wort.

Abg. Dr. Alfred Rainer: Hohes Haus! Ich würde mich gerne meinem Vorredner anschließen und auf das Wort verzichten, nach den schönen und umfassenden Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dr. Koren, aber unsere Arbeit ist noch nicht zu Ende und wir müssen ja noch weiter uns mit dem Budget beschäftigen und wir werden auf jeden Fall irgendwie doch wieder mit den Zahlen und dem Jahre 1965 und dem Voranschlag 1965 unmittelbar zu tun haben. Daher sei es mir gestattet, daß ich zu dem Punkt über die Wissenschaftsförderung und über die Förderungsmaßnahmen der Post 319,701 einiges sage. Ich komme umso lieber dieser Pflicht nach, als ich aus der Debatte des heutigen Vormittags über die Gruppe 3 gesehen habe, daß nicht überall auf den Bänken unserer gegenüberliegenden Partei (Landesrat Bammmer: „Gegenübersitzenden!“), bei den Sozialisten, der Vergleich meines Kollegen, des Abgeordneten Kraus, mit Kärnten ganz verstanden wurde. Ich möchte daher darauf etwas eingehen. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß der Bewohner der Steiermark weiß, wie sein Land geführt wird, ob es gut oder ob es schlecht geführt wird, und dazu braucht er gewisse Vergleiche. In unserem Budget, das wurde festgehalten, sind 57 Millionen Schilling, ja fast 58 Millionen Schilling, in der Gruppe 3 vorgesehen. Das kann nun sehr viel, aber auch sehr wenig sein, wenn man dazu keine Vergleichsmaßstäbe hat. Wir haben daher uns sehr wohl mit dem Budget von Kärnten beschäftigt, weil wir wissen, daß Kärnten eine wirtschaftliche Struktur hat nicht unähnlich der der Steiermark und weil wir außerdem wissen, daß in Kärnten ein sozialistischer Landeshauptmann ist. (Landesrat Bammmer: „Da haben Sie von der Struktur keine Ahnung!“) Wenn es Sie interessiert, bin ich gerne bereit, Ihnen hier einige Zahlen zu sagen. Kärnten hat z. B. für 2 Mil-

lionen Schilling Holz verkauft im vergangenen Jahr, genausoviel wie die Steiermark. Kärnten hat eine Papierindustrie und Magnesitindustrie. Die Steiermark hat 10 Millionen Fremdenübernachtungen und wir finden hier eine Reihe von Punkten, daß wir diese beiden Länder strukturmäßig, weil Kärnten ungefähr halb so groß wie die Steiermark ist, vergleichen können. Wenn Sie es besser wissen, bitte belehren Sie uns. (LR. Gruber: „Wir haben geglaubt, Sie setzen die Vergleiche jetzt fort!“) Wie schaut das aus zwischen Kärnten und Steiermark? Das eine ist ein sozialistisch geführtes Land und die Steiermark ist ein von der ÖVP, vom Herrn Landeshauptmann Krainer geführtes Land. Wir haben gehört, die Kärntner geben 1,7% ihres Budgets aus für die Kultur. Die Steiermark 3%. Wir können außerdem feststellen, in Kärnten kommt ein Beamter auf 316 Einwohner, in der Steiermark ein Beamter auf 450 Einwohner. Kärnten gibt mehr Geld für die Beamten aus, die Steiermark weniger. Das ist eine Ansichtssache. In Kärnten kommen auf einen Beamten der Hoheitsverwaltung 316 Einwohner, in der Steiermark 450 Einwohner. Außerdem muß ich Ihnen sagen, auch die Kärntner schauen auf die Steiermark. Ein Abgeordneter hat am 12. Dezember 1962 im Kärntner Landtag — man soll nämlich ab und zu auch die Landtagsprotokolle der anderen Länder studieren! — folgendes gesagt: „Uns schwebt das Beispiel der Steiermark vor. Ich weiß, daß unser Finanzreferent — das ist der Genosse Sima — keine große Freude mit der Steiermark hat, aber ich glaube dennoch, daß das Beispiel der Steiermark vorbildlich ist.“ (Landesrat Bammer: „Das war kein ÖVP-ler?“) Das war ein Sozialist, der Abgeordnete Luptowits. Das sind Vergleichsmöglichkeiten und die Steirer sollen es wissen, ob es besser geht in der Steiermark oder in Kärnten. Es ist auch interessant und wir werden noch öfter darauf zurückkommen, daß z. B. in Kärnten in den letzten Jahren jedes Jahr weniger Wohnungen gebaut wurden und in der Steiermark jedes Jahr mehr. Über diese Sachen muß man sich unterhalten. Daher hat diese Gegenüberstellung sehr wohl ihren Wert. (Abg. DDr. Hueber: „Herr Kollege, haben Sie den Wahlkampf für Kärnten auch übernommen?“) Die machen den selber, obwohl sie am selben Tag wählen werden.

Aber nun komme ich doch darauf zu sprechen, daß das Land Steiermark im heurigen Jahr 450.000 S für die Förderung von wissenschaftlichen Vereinen und Institute ausgibt. Was ist das? Ich muß jetzt, der Herr Kollege Bammer wird wahrscheinlich wieder böse werden, aber ich kann ihm nicht helfen, ich muß den Namen Landeshauptmann Krainer erwähnen. (Landesrat Bammer: „Wir haben es nicht anders erwartet!“) Ich tue es nicht gern, weil ich weiß, daß Sie allergisch sind darauf. Er will den Personenkult mit Bammer geführt haben.

Es war der Herr Landeshauptmann Krainer, der im Jahre 1959 die Initiative ergriff und glaubte, im Landtag es auch erreichen zu müssen, daß die Geldmittel für die Förderung von gewissen wissenschaftlichen Vereinen, die in einer Universitätsstadt wie Graz notwendig sind, bereitgestellt werden. Es wurde im Jahre 1959 der Verein zur Förderung

der Elektronenmikroskopie und Feinstrukturforschung, 1960 der Verein zur Förderung der Anwendung der Kernenergie, 1962 der Verein zur Förderung der Tieftemperaturforschung und 1963 der Verein zur Förderung des Rechenzentrums Graz gegründet. Präsident dieser Vereine ist der Herr Landeshauptmann Krainer, Vizepräsident, mit Ausnahme des Vereines zur Förderung der Elektronenmikroskopie, Landeshauptmannstellvertreter i. R. Fritz Matzner, Vorsitzender ORR. Dr. Blanc. (Landesrat Bammer: „Zuständiger Referent für die Förderung? Wer ist der zuständige Referent?“) Zuständig ist der Herr Landeshauptmann! (Landesrat Bammer: „Nein! Das bin ich!“ — Heiterkeit bei der SPO. — Abg. Heidinger: „Mir wäre das peinlich!“ — Glockenzeichen des Präsidenten. — Landeshauptmann Krainer: „Das untersteht ja Ihnen nicht!“) Seit wann sind Sie in der Abteilung 3 zuständig, (Landesrat Peltzmann: „Herr Landesrat Bammer, Sie haben doch behauptet, daß das Ihre Agenden sind!“ — Abg. Dr. Pittermann: „Was ist denn jetzt richtig?“) Wir werden das beim Personenkult Bammer fortsetzen. Ich werde Ihnen sagen, woher die Mittel kommen für diese Vereine. (Unverständliche Zwischenrufe.) Meine Herren, da steht uns in der Wahlwerbung noch allerhand bevor. Jetzt hat er so wenig zu tun in der Landesregierung und kennt sich nicht einmal aus.

Darf ich fortfahren. Diese 4 Vereine haben in Graz eine Bedeutung, daß sie heute nicht nur in Österreich, sondern darüber hinaus in ausländischen Fachzeitschriften, aber auch in anderen Zeitungen genannt werden. Es ist vielleicht interessant, wer das Geld für diese Vereine gegeben hat. Da ist der Verein zur Förderung der Anwendung der Kernenergie. Am 14. Dezember 1900 hat Professor Planck in Berlin einen Vortrag gehalten zu dem Thema „Das Gesetz der Energieverteilung im Normalspektrum“. Damit begann eigentlich eine neue Zeit, nämlich das Atomzeitalter. Nun ist es auch an den steirischen Landtag herangetreten, so daß wir seit dem Jahre 1961 im Budget dafür Mittel haben. Der Leiter dieses Reaktorinstituts in Graz ist der ordentliche Hochschulprofessor Dr. Ernst Ledinegg. Die Mittel, die aufgebracht wurden, setzen sich wie folgt zusammen:

Kammer der gewerblichen Wirtschaft	1,500.000 S
Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Sektion Industrie	1,000.000 S
Arbeiterkammer	400.000 S
Vereinigung österreichischer Industrieller	200.000 S
Land Steiermark	2,100.000 S
Landeshauptmannstellvertreter Matzner (zu Landesrat Bammer: „Das ist das, wo sie sich vorher geschmückt haben.“)	480.000 S
Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau	600.000 S
Bundesministerium für Unterricht	900.000 S
	<hr/>
	zusammen: 7,180.000 S

Der 2. Verein hat die Aufgabe der Förderung der Tieftemperaturforschung.

Dieser Verein steht unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. techn. Peter Klau dy. Zweck des Vereines: Schaffung eines Laboratoriums für Tieftemperaturforschung zum Zweck der Untersuchung der elektri-

schen Leitfähigkeit von Metallen bei Temperaturen nahe dem absoluten Nullpunkt und Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse im Elektromaschinenbau. Finanzierung: Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau 450.000 S, Land Steiermark 350.000 S, Metallwerke Plansee 167.000 S, Elin 90.000 S, STE-WEAG 220.000 S und AEG 140.000 S.

Weiters „Verein zur Förderung des Rechenzentrums in Graz“. Leiter des Vereines und des Rechenzentrums Graz ist o. Hochschulprofessor Dipl.-Ing. Dr. techn. Karl Rinner. Zweck des Vereines: Schaffung eines Großrechenzentrums, Förderung der elektronischen Rechentechnik und deren Anwendung in Wissenschaft und Technik, Heranbildung von technischem und wissenschaftlichem Nachwuchs. Finanzierung: Kammer der gewerblichen Wirtschaft 1.200.000 S, Subventionen aus ERP-Mitteln 3.000.000 S, Vereinigung österreichischer Industrieller 100.000 S, und Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau 650.000 S.

Dann noch der „Verein zur Förderung der Elektronenmikroskopie und Feinstrukturforschung“. Leiter ist Dr. Ing. Fritz Grasenick. Zweck des Vereines: Förderung der Anwendung elektronenmikroskopischer und Feinstruktur-Untersuchungsmethoden. Durchstrahlungsmikroskopie, Rückstrahl- und Emissionsmikroskopie, Mikroskopie mit den durch Ionen ausgelösten Elektronen. Finanzierung: Subventionen aus ERP-Mitteln 4.000.000 S, Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau 1.180.000 S, Land Steiermark 400.000 S, Bundesministerium für Unterricht 1.000.000 S und Vereinigung österreichischer Industrieller 250.000 S.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen dies deshalb erzählt, weil ich glaube, daß die Arbeit dieser vier Institute auch hier im Landtag eine entsprechende Anerkennung finden soll. Daß der Name Graz auch in gewissen wissenschaftlichen Kreisen damit weit über den Rahmen der Steiermark hinaus bekannt ist, ist auf die Arbeit dieser Männer und auf die Leistung dieser Vereine zurückzuführen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber doch noch erwähnen, daß, wenn wir Graz mehr als bisher in den Mittelpunkt von Kultur — wie uns Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren erzählt hat —, aber auch der Wissenschaft bringen wollen, es nicht allein damit getan ist, Geld auszugeben, sondern wir müssen das Niveau in dieser Stadt und der daran Interessierten heben, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, daß die Studierenden auch Institute besuchen können, die den modernsten Anforderungen entsprechen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals einen Dank aussprechen an den Herrn Landeshauptmann. Es war heuer im Herbst der Herr Prof. Mößbauer hier in Graz auf Grund einer Einladung des Herrn Landeshauptmannes. Prof. Mößbauer ist der jüngste Nobelpreisträger für Physik. Mit 32 Jahren hat er diese hohe Auszeichnung in Schweden erhalten. Prof. Mößbauer hat hier einen hochinteressanten Vortrag gehalten, der bis nach Deutschland und Frankreich Beachtung gefunden hat. Der Rektor der Wiener Universität hat den Herrn Landeshauptmann zu diesem Vortrag beglückwünscht und bedauert,

daß es ihm nicht gelungen ist, Prof. Mößbauer nach Wien zu bringen.

Ich glaube, wir sollten alles versuchen, daß Graz auch in dieser Richtung bedeutende Persönlichkeiten aus Geistes- und Wissenschaftsleben anzieht. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Stöffler.

Abg. **Stöffler:** Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Die Bilder von Städten, soweit sie ihr Aussehen von früher zeigen, sind voneinander immer klar zu unterscheiden. Es hatte jede Stadt ihr Wahrzeichen, es hatte jede Stadt, ich möchte fast sagen jedes Land, seine charakteristische Bauweise. Die neuen Städte nun werden einander immer ähnlicher. Die Unterschiede verblassen und das Charakteristikum unserer Städte in ganz Europa ist mehr oder minder nur mehr das Alte. Neuplanungen von Städten oder Stadtteilen, wenn man sie genauer betrachtet, passen eigentlich überall hin, und Planungen aus der ganzen Welt sehen einander ähnlich. Die Städte werden, mit einem Wort, in ihrem Aussehen uniform. Wenn man hingegen, nur um ein Beispiel zu nennen, Bilder vom alten Amsterdam ansieht, so unterscheiden diese sich ganz deutlich vom alten Agram oder vom alten Mailand. Wenn Sie aber Bilder vom neuen Amsterdam ansehen, so werden Sie es ohne weiteres glauben, daß das ein Teil von Agram, von Mailand, von Los Angeles oder von New York sein könnte. Diese neuen Planungen von Stadtteilen stellen eigentlich nichts anderes mehr dar als eine Ansammlung von würfelförmigen Behältern für Wohnungen, Geschäfte und sonstigen Raumbedarfsträgern, wenn ich das so nennen darf. Auch sonst fallen die charakteristischen Unterschiede, die Merkmale der Bauten. Ich sah vor kurzer Zeit in einer Gemeindezeitung auf dem Titelblatt ein Bild, und wir waren uns nicht gleich einig, was es sein sollte. Der Text steht auf der Rückseite. Wir waren der Meinung, vielleicht ist es eine Kirche. Einer meinte, es sei ein Restaurant. In Wirklichkeit war es eine Gedenkstätte. Oder wenn Sie nach Wien fahren und um die alte Barockkirche auf der Wieden herumfahren, dann sehen Sie, wenn Sie zur Stadt fahren, rechts einen Ersatzbau, einen viereckigen Kasten aus Glas und Stahl und Beton; von außen ist nicht recht zu erkennen, was es sein soll. Es könnte ein Kino sein, vielleicht auch eine Markthalle. Es ist in Wirklichkeit der Ersatzbau für die Kirche. Ob diese Würfel aus Beton, Glas und Stahl später auch jene Bewunderung finden werden wie die Bauten, die uns aus der Vergangenheit überbracht wurden und die noch bestehen, ist sehr fraglich. Wenn wir Bauten aus dem Altertum oder aus dem Mittelalter betrachten, Bauten aus der Zeit der Romanik, der Gotik, der Renaissance, des Barock usw. Natürlich, meine Damen und Herren, läßt sich das Rad nicht zurückdrehen, aber mehr und mehr wird doch das Bestreben sichtbar, das Überlieferte zu bewahren. Vieles davon hat in ganz Europa leider der Krieg zerschlagen. Vieles ist auch in Österreich verfallen. Es ist zum Teil der Hausrenovierung verfallen. Wenn ich nur an viele Fassaden denke, die in den letzten Jahrzehnten in Graz praktisch verschwunden

sind und einer glatten, kahlen, toten Fassade weichen mußten. So ist es auch mehr und mehr Aufgabe der öffentlichen Hand, hier mitzuhelfen, diese Baudenkmäler zu bewahren, das Orts- und Städtebild zu erhalten und, wo es nur geht, zu verschönern. Mit einem Wort das zu bewahren, was europäisch ist, was österreichisch ist und was steirisch ist. Die Landeshauptstadt Graz folgt nun dem Beispiel vieler anderer Städte, die uns hier vorangegangen sind — österreichische Städte, aber auch viele Städte im übrigen Europa —, und beginnt, den wertvollen Teil der Stadt zu sichern. Es ist erst ein Jahr her, seit es ein Referat für Stadtverschönerung hier gibt. Aber seit diesem Jahr wird sehr fleißig gearbeitet, wenn auch nicht am Scheinwerfer der Publizität, dafür aber um so emsiger. Wir konnten — das wird das Hohe Haus sicherlich interessieren — feststellen, daß es in Graz etwa 630 Häuser mit einer geschichtlich wertvollen Fassade gibt. Daß es aber bisher keine Stelle gegeben hat, die diese Fassaden überhaupt evident geführt hätte. Es hat niemand gegeben, der einmal erfaßt hat, was zu bewahren wert ist. Es ist nun in langer Arbeit gelungen, alle diese Fassaden zeichnerisch zu erfassen und zu dokumentieren. Auch die Höfe einmal zu sichten und zu erfassen und auch wertvolle Tore in diese Evidenz mit aufzunehmen. Der weitere Schritt wird sein, daß man die Farben festlegt, die diese Häuser bekommen sollen.

Wir haben auch in der Steiermark einige Beispiele von kleinen Städten, wie mit einer sehr sinnvollen, sehr schönen und überlieferten Farbgebung das Stadtbild verschönert werden kann. Das wollen wir auch hier so halten. Es wird dann weiterhin eine Schilderentrümpelungsaktion folgen müssen. Ich kann mir vorstellen, daß gerade für das Kunstschmiedehandwerk und für das Schlosserhandwerk auf dem Gebiet einiges zu tun sein wird. Wir werden auch überlegen, wie man diese Altstadt noch weiterhin mit einem Blumenschmuck versehen kann. Leider ist nicht mehr alles zu erhalten. Vieles ging verloren, manches ist so baufällig, daß sich bei der Untersuchung ergeben hat, daß es leider nicht mehr zu erhalten ist. Wir haben vielfach bei den alten Häusern sogenannte Glasspione gesetzt und mußten später feststellen, daß die Spione reißen, daß vielfach die Häuser überhaupt nicht mehr zu erhalten sind.

Nun habe ich am Schluß eine große Bitte: Die Landeshauptstadt Graz hat eigentlich die größte geschlossene Altstadt im südlichen deutschsprachigen Raum. Wir haben auf diesem Gebiet ein großes Kulturgut zu bewahren. Die Stadt allein ist durch die bekanntermaßen nicht rosige Finanzsituation nicht in der Lage, dieses Erbe zu sichern, zu bewahren und für die Zukunft sicherzustellen und es weiter zu überliefern. Meine Bitte geht dahin an das Land, in den künftigen Jahren mitzuhelfen, daß wir hier in der Landeshauptstadt Graz das bewahren, was unsere Pflicht ist jenen zu erhalten, die hinter uns kommen, weil ich glaube, daß wir ihnen damit für ihr weiteres Leben nicht nur bezüglich des Aussehens dieser Stadt, sondern auch für ihr Bewußtsein, für ihr österreichisches und ihr steirisches Bewußtsein, vieles mitgeben, mehr vielleicht mitgeben, als mit schönen Worten und Reden.

Das ist meine Bitte und ich darf hoffen, daß das nächstjährige Budget in dieser Hinsicht Ansätze enthalten wird, die der Stadt Graz helfen, diese schöne Aufgabe zu erfüllen. (Beifall.)

Präsident: Am Wort ist Herr Abgeordneter Ritzinger.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in der vorjährigen Budgetdebatte habe ich unter der Gruppe 3, Kulturwesen, von diesem Platz aus zum Rundfunk und Fernsehen bzw. zum schlechten Empfang in der Obersteiermark gesprochen. Auch heuer wieder möchte ich zu einer dieser Institutionen sprechen, ist doch ein Großteil unserer Bevölkerung davon betroffen. Es ist dies das jüngste Kind der Österreichischen Rundfunk Ges. m. b. H.; nämlich das Fernsehen. Dieses Kind wurde mit einigen Geburtswehen geboren, und wollte man eine erbbiologische Feststellung treffen, so müßte man feststellen, daß es ausgesprochene zentralistische Wesenszüge aufweist. Nicht nur, daß es ein viel genütztes Instrument des sozialistischen Personenkultes ist, (Landesrat Wegart: „Ein Geburtsfehler!“ — Zwischenrufe von der SPÖ: „Oh, oh!“ — Abg. Ileschitz: „In anderen Ländern hat man für den Ausbau des Fernsehens Jahrzehnte gebraucht! Eine große Leistung sozialistischer Minister!“) Meine Herren, vertragen Sie die Wahrheit nicht? Ich habe festgestellt, Herr Kollege, daß es ein Instrument sozialistischen Personenkultes ist, und das können Sie nicht abstreiten, das weiß in Österreich jeder. An das haben wir uns schon gewöhnt. Aber was uns als Steirer am meisten interessieren muß oder was uns nicht paßt ist die Tatsache, daß dieses zentralistisch geführte Fernsehen in Wien von den Bundesländern, geschweige denn überhaupt von der Steiermark, kaum Notiz nimmt. (Abg. Vinzenz Lackner: „Und was war mit der Sendung vom Schloßberg mit dem Heinz Conrads?“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Das war eine sehr rühmliche Ausnahme. Jedenfalls müssen wir feststellen, daß die Verantwortlichen in Wien meines Erachtens vollkommen übersehen, daß die Steiermark 4 Hochschulen hat, daß sich hier der Schwerpunkt der Eisenindustrie Österreichs befindet, daß die Steiermark die zweitgrößte Stadt Österreichs beherbergt, daß unser Bundesland, gesamtösterreichisch gesehen, ein Wirtschaftsfaktor ersten Ranges ist, daß wir im Fremdenverkehr sehr aufgeholt haben und daß unser Land in so manchen anderen Dingen ebenfalls beispielgebend ist und wir uns auch auf dem sportlichen und kulturellen Sektor sehen lassen können. (Abg. Ileschitz: „Sturm-FC Murau — dorthin müssen Sie das Fernsehen bestellen!“) Wir werden in der Frühjahrsspielrunde wieder aufholen.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, alle diese Faktoren werden vom österreichischen Fernsehen vollkommen negiert und übersehen. Für diese Verantwortlichen hört anscheinend Österreich vor den Toren Wiens auf. (Landesrat Wegart: „Wir sind halt keine Donauösterreicher!“) Es wäre vielleicht ganz interessant, einmal zu untersuchen, wie oft die Steiermark, sei es auf dem künstlerischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Sektor im Fernse-

hen aufgeschienen ist. Ich getraue mir ganz klar festzustellen, daß das Verhältnis 100 : 1 zugunsten von Wien ausgeht. Es drängt sich bei dieser Feststellung unwillkürlich die Frage auf, ist der steirische Künstler, der steirische Wissenschaftler und so viele andere Dinge mehr, schlechter als jene in Wien, oder ist es darin zu suchen, wie vor kurzem ein Oberzentralist Ihrer Fraktion gesagt hat, weil wir keine Donauösterreicher sind? (Abg. Dr. P i t t e r m a n n : „Nicht ein Oberzentralist, sondern der Oberzentralist!“) Ich glaube, es erübrigt sich, auf diese Frage zu antworten. Es steht einzig und allein fest, daß das auf den Zentralismus im österreichischen Fernsehen zurückzuführen ist. (Landesrat W e g a r t : „Das ist eine Krankheit, Rotlauf!“) Ein bekannter Wirtschaftswissenschaftler, und zwar Wilhelm Böcke, hat einmal folgendes gesagt. Ich würde die Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion bitten, sich das anzuhören. „Greift die Sucht der Uniformierung und der Zentralisierung um sich und beginnen die Zentralisten auf allen Gebieten das große Wort zu führen, so ist das eines der ernstesten Warnsignale für die Gefahr, welche Freiheit, Menschlichkeit und Gesundheit der Gesellschaft bedroht.“ Diese Worte sollen uns eine Mahnung sein. Von sich aus wird das österreichische Fernsehen kaum dazu bereit sein, hier nachzugeben. Es fehlt auch, das ist mir klar, die Möglichkeit, die immensen Geldmittel, die es ermöglichen würden, eigene Länderstudios für das Fernsehen zu errichten. Aber ich glaube, eines könnte man mit aller Vehemenz fordern, daß das österreichische Fernsehen in den einzelnen Bundesländern und natürlich im besonderen in der Steiermark, einen sogenannten aktuellen Dienst im Rahmen des Radios Graz errichtet. Eine derartige Einrichtung würde dem föderalistischen Prinzip unserer Bundesverfassung mehr Rechnung tragen. (Abg. H e i d i n g e r : „Ein Blick an Dich!“)

Daß dieser Vorschlag, den ich hier gemacht habe, sowohl vom fachlichen Standpunkt als auch vom Standpunkt der Fernseher zu begrüßen wäre, das kann ich Ihnen mit einem Auszug aus einer Informationsschrift der BBC London beweisen. BBC London schreibt nämlich: „Der regionale Seh- und Funkdienst wurde immer als ein wesentlicher Teil des allgemeinen Funkdienstes anerkannt, 1. weil er dem Nationalprogramm Reichtum und Individualität gibt, indem er lokales Leben und Farbe beisteuert und 2. weil er die Möglichkeit für die Fernseher und Hörer bietet, Programme zu hören oder zu sehen, die die speziellen Interessen der Teilgebiete berücksichtigen.“

Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! So ein Teilgebiet ist auch die Steiermark. Und Sie sind mit mir sicher einer Meinung, wenn ich hier in aller Form die Forderung erhebe, daß das österreichische Fernsehen im Rahmen von Radio Graz einen aktuellen Dienst des Fernsehens errichtet. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter B u c h b e r g e r. Ich erteile es ihm.

Abg. **Buchberger:** Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich kurz aus der Gruppe 3 den Abschnitt 33 „Volksbildung“, Unter-

abschnitt 331 „Volksbildungsheime für die bäuerliche Jugend“ herausgreife und beleuchte. Es wird im Rahmen unserer Beratungen noch Möglichkeit geben, auf die Probleme unserer Agrarpolitik hinzuweisen. Trotzdem möchte ich heute hier die Möglichkeit wahrnehmen, um einige Sätze aus diesem Kapitel herauszunehmen, um sie als Einleitung zu meinen kurzen Ausführungen zu nehmen.

Wenn wir in der gegenwärtigen Zeit die Situation unserer Landwirtschaft betrachten und näher beleuchten wollen, dann kann wohl unumstritten die Feststellung gemacht werden, daß auf dem Sektor der Produktion ein gewaltiger Aufschwung zu verzeichnen war. Dies ist nicht etwa nur auf materielle Umstände zurückzuführen, sondern vor allem darauf, daß die Bildungsfreudigkeit des bäuerlichen Berufsstandes stark und gewaltig zugenommen hat. In diesem Zusammenhang wäre es aber auch falsch, der älteren Bauerngeneration Vorwürfe zu machen, daß sie etwa die Zeit ihrer Jugend nicht benützt hätte, für ihre Weiterbildung zu ihrer späteren Berufsausübung als Bauern. Meine Damen und Herren! Sie werden mir bestätigen, daß es in der damaligen Zeit kaum eine Möglichkeit gegeben hat, daß sich der bäuerliche Berufsstand entsprechend vorbereiten konnte. Erst in den zwanziger Jahren war es möglich, auf Initiative des unvergeßlichen Hofrates Steinberger die ersten Fortbildungsschulen für die bäuerliche Jugend zu schaffen. Jene Fortbildungsschulen, die auch heute noch das Fundament unserer bäuerlichen Berufsausbildung sind. Und als diesbezügliche Zentrale wurde während des ersten Weltkrieges das Volksbildungsheim St. Martin gegründet, in dem gegenwärtig sehr weitsichtig und mit einer Schaffenskraft wie selten Herr Direktor Kalbacher wirkt. Um aber die Ausbildung der bäuerlichen Jugend weiter vorantreiben zu können, war es notwendig, entsprechende Zweigstellen zu errichten, die gegenwärtig in Burgstall bei Wies, in Stein bei Fehring, im Schloß Feistritz, im Schloß Oberlorenzen und in Maria Lankowitz als Stützpunkte bäuerlicher Bildung dienen und leuchten und auch bei der nicht-bäuerlichen Jugend sich sehr großer Beliebtheit erfreuen.

Es ist erfreulich, daß für 1965 ca. 900.000 S den genannten Heimen wiederum zur Verfügung stehen, vor allem zur Ausgestaltung in schulisch-pädagogischer und hygienischer Hinsicht. Das segensreiche Wirken des Hofrates Steinberger hat aber durch die Einführung der Pflicht-Berufsschule erst so richtig seinen Niederschlag gefunden. Dies beweisen sehr deutlich einige Zahlen. Vor der Gesetzwerdung der bäuerlichen Berufsschule haben in der Steiermark im Jahr 1960/61 nur 3200 bäuerliche Jugendliche die Fortbildungsschule besucht. Durch die Gesetzwerdung im Jahre 1962 ist die Besucherzahl auf 8021 in der Steiermark angestiegen. Diese enorme Entwicklung setzt natürlich auch eine entsprechende Organisation voraus. Und es war notwendig, in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit diese Organisation auszubauen, und wir haben gegenwärtig in der Steiermark auf diesem Sektor 112 Schulsprengel zu verzeichnen, in denen sich 188 Schulorte befinden. Es ist auch nicht uninteressant, vielleicht noch auf einige weitere Zahlen hinzuweisen. Von diesen 8021 Berufsschülern besuchten 87% die Volksschule und

nur 13% die Hauptschule. Wir können aber gegenwärtig die freudige Feststellung machen, daß im Verlaufe der vergangenen Jahre auf dem Sektor des Hauptschulbaues vor allem in ländlichen Bereichen Gewaltiges geleistet wurde. Wenn ich diese Situation von der Warte des Bezirkes Weiz aus betrachte, muß ich sagen, daß in allen Gegenden unseres Bezirkes diese Hauptschulen in der vergangenen Zeit wahrlich aus dem Boden gewachsen sind. Ich denke an Ratten, an Passail, an St. Ruprecht. Bedauerlicherweise muß ich aber feststellen, daß die Bevölkerung von Weiz und die Bevölkerung von Weiz-Umgebung diesbezüglich noch mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, weil in Weiz selbst noch ein enormer Schulmangel festzustellen ist. Wir haben gegenwärtig noch um mindestens 30 Klassen in Weiz zu wenig.

Ich begrüße es daher auch sehr, daß ein gemeinsamer Antrag vorliegt, der beinhaltet, daß in kommander Zeit doch ernstlich daran gedacht wird, in Weiz ein Realgymnasium zu gründen. Ich freue mich darüber, denn das würde wahrlich einen Ausgleich bedeuten. (Abg. Dr. Pittermann: „Aber ein ‚Kulturhaus‘ haben sie dafür in Weiz!“ — Abg. Wurm: „Das haben wir bezahlt!“) Weiz kann sich nicht nur rühmen, ein Kulturhaus zu besitzen, auch die Sportstätten sind entsprechend gut ausgebaut, aber auf dem Sektor der Schulbildung hat die Bevölkerung von Weiz gegenwärtig noch mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen.

Wenn ich die Frage der Volksbildungsheime kurz gestreift habe, so habe ich bereits betont, daß sich diese sehr zum Vorteil des bäuerlichen Berufsstandes ausgewirkt haben. Es haben sich aber in diesem Rahmen auch gewisse Schwierigkeiten ergeben. Ich möchte eine solche Schwierigkeit heute herausstreichen, die auch wieder, wie bereits im vergangenen Jahr hier in diesem Hohen Hause aufgezeigt wurde. Und das betrifft die Fahrpreismäßigung für die bäuerlichen Berufsschüler. Ich muß in dem Zusammenhang wiederum einige Zahlen nennen. Von den 8021 Berufsschülern in der Steiermark sind 512 Bahnfahrer, 1974 Autobusbenützer und 3777 Berufsschüler, die mehr als eine Stunde Weg zur Berufsschule haben. Es wäre daher gerechtfertigt, daß wir alles daransetzen, um die Möglichkeit zu schaffen, daß wir unseren Berufsschülern auch eine entsprechende Fahrpreismäßigung zuteil werden lassen können. Ein diesbezüglicher Antrag wurde bereits im vorigen Jahr von der ÖVP im Parlament gestellt. Allerdings war die Antwort des Verkehrsministers dahingehend, daß die Schüler bei der Bemessung der Fahrpreismäßigung nicht wie andere Schüler behandelt würden, weil sie schließlich einen Beruf ausüben. (Landeshauptmann Krainer: „Der Probst muß das machen endlich einmal, das Land hat es schon gemacht!“ — Abg. Dr. Pittermann: „Dafür sind andere Leute mit einem Sonderzug an den Bodensee gefahren und den armen Berufsschülern gibt man nicht einmal eine Fahrpreismäßigung!“) Wir betrachten diese Äußerung des Verkehrsministers als eine Diskriminierung des bäuerlichen Berufsstandes und seiner Jugend.

Wir müssen, wenn wir die Berufsschule und ihre Gestaltung betrachten, auch darauf verweisen und

und vor allem eine Bitte an das Hohe Haus richten, daß bei künftigen Neubauten von Schulen die Möglichkeit gegeben werden soll — in Zusammenarbeit mit St. Martin vielleicht —, Räume für die bäuerlichen Berufsschulen mit einzuplanen.

Ich möchte in dem Zusammenhang noch eines sagen, daß diese gute Entwicklung der bäuerlichen Berufsschulen vor allem auf einen aktiven und festen Stand ausgezeichneter Lehrer zurückzuführen ist. In dem Zusammenhang muß aber auch gesagt werden, daß wir wohl gute Lehrer haben, aber leider Gottes zu wenig. Es wird eine Aufgabe des Bauernstandes sein, auch danhingehend zu wirken, daß aus dem Bauernstand mehr Besucher für die Lehrerbildungsanstalt kommen, um den Lehrerstand mengenmäßig zu heben. Trotz dieser von mir aufgezeigten Schwierigkeit können wir die freudige Feststellung machen, daß sich auf Grund der Gesetzgebung der Berufsschulpflicht ein sehr bedeutender Aufschwung abgezeichnet hat. Wir können weiters die freudige Feststellung machen, daß seit Einführung der Berufsschule vor allem die Kapazität der Fachschule voll ausgenutzt ist und daß die Absolventen dieser Berufsschulen auch in überparteilichen Jugendorganisationen aktiv mitarbeiten. Ich möchte in diesem Zusammenhang vor allem den Bund steirischer Landjugend herausstreichen. Es wird vor allem die Anregung in den Berufsschulen gemacht, daß unsere bäuerliche Jugend alle Bildungsmöglichkeiten auf ihrem weiteren Lebensweg nützen soll, und es wird in diesen Lehrgängen unserer Jugend vor allem das hohe Kulturgut unseres Heimatlandes und unseres Vaterlandes vermittelt. (Beifall.)

Präsident: Ich verweise darauf, daß noch vier Redner zur Gruppe 3 gemeldet sind und unterbreche die Sitzung zwecks Lüftung des Saales.

(Unterbrechung: 16.15 Uhr. — Fortsetzung: 16.25 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile dem Abgeordneten Neumann das Wort.

Abg. Neumann: Sehr verehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Die Gruppe 3, Kultur, gab diesem Haus wohl in sehr ausführlicher Weise die Gelegenheit, einmal nicht über die wirtschaftlichen und über die sozialen Sorgen des steirischen Alltags zu reden, sondern über Dinge, die über diesem steirischen Alltag stehen, die uns über den steirischen Alltag hinausheben und die mithelfen sollen, diesen Alltag mit seinen Sorgen für kurze Zeit zu vergessen und neue Kraft für den neuen Tag zu schöpfen. Ich möchte zum Schluß dieser Gruppe noch einmal auf ein Teilgebiet dieser Gruppe kurz zu sprechen kommen, das ob seiner Wichtigkeit, meines Erachtens, in dieser ausführlichen Diskussion doch noch etwas zu kurz gekommen ist, und zwar ist es der Unterabschnitt 339, sonstige Volksbildung. Es ist für diese Post ein Betrag von 1,890.000 S vorgesehen. Lesen wir in den Erläuterungen nach, so sehen wir, daß mit diesem Betrag vor allem die Förderung des steirischen Volksbil-

dungswerkes, des alpenländischen Kulturverbandes, des katholischen und des evangelischen Bildungswerkes vorgesehen ist. Darüber hinaus ist auch die Gewährung von kleinen Zuschüssen an unsere Gemeinden in Aussicht gestellt, die wiederum für die Förderung ihrer örtlichen Kulturvereinigungen, der Gesangsvereine, der Jugendgruppen, der Laienspielgruppen, der Blasmusikkapellen u. dgl. vor allem für die Errichtung von Gemeinschaftsräumen Verwendung finden sollen. Hohes Haus, mit einem Wort, soll mit dieser kleinen unscheinbaren Post, „sonstige Volksbildung“, all das gefördert werden, was wir als unsere steirische Heimat bezeichnen. Wenn heute der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren in seinen Ausführungen sich fast etwas beklagte, daß über viele Teile der steirischen Kultur trotz der ausführlichen Diskussion nicht gesprochen wurde, dann möchte ich sagen, ist das ein erfreuliches Zeichen, ist das ein Beweis, daß eben mit dieser steirischen Kulturförderung und Kulturpflege vieles in Ordnung ist. Ich kann das aber nicht ganz sagen für diesen Unterabschnitt 339, sonstige Volksbildung. Darum möchte ich kurz dazu Stellung nehmen. Es ist für diesen Posten meines Erachtens ob seiner großen Bedeutung nicht nur der Betrag, der eingesetzt worden ist, zu gering für die Förderung des steirischen Volksbildungswerkes — auf das ich kurz kommen werde —, sondern ich möchte sagen, es ist für dieses große, schöne und edle Vorhaben der Heimatpflege, die mit diesem Titel hier vorgesehen ist, auch der Titel „sonstige Volksbildung“ nicht ganz zutreffend. Es dreht sich hier einmal nicht um die Förderung eines sonstigen, sondern um die Förderung eines zentralen Anliegens der steirischen Heimat. Es dreht sich bei der Förderung dieser Post um jene Dinge, die uns aus dem Alltag herausheben, die das Leben erst lebenswert machen, die den Steirer zum Steirer machen, und zwar zu jenem Steirer, als der er in der Welt bekannt ist und geschätzt wird. Lebendige schöpferische steirische Art, steirische Volksbildung soll durch diesen Posten gefördert werden und verdient diese Förderung daher wohl die ganze Aufmerksamkeit und die Kulturgemeinschaften, die hier gefördert werden, die vollste Anerkennung dieses Hauses. Ob dies nun die Tätigkeit unserer steirischen Gesangsvereine ist, die sich die Pflege des Liedes, die Pflege des steirischen Liedes zur Aufgabe machen. Hohes Haus! Was wäre unsere Steiermark, was wären unsere Veranstaltungen, was wäre unser gesamtes Gemeinschaftsleben, wenn es dieses verbindende Glied, dieses steirische Lied nicht geben würde? Und so sagt das Dichterwort nicht umsonst: „Dort, wo man singt, dort laß dich nieder, denn böse Menschen haben keine Lieder!“ Und wie oft sind diese Gesangsvereine bei ihren Proben sehr notdürftig untergebracht. Es wäre daher sehr zu begrüßen und die Abstattung eines kleinen Dankes dieses Hauses, wenn die steirischen Gesangsvereine, vor allem bei der Errichtung von Gemeinschaftsräumen aus dieser Post mehr als bisher gefördert werden könnten.

Und genau so bedeutend wie unsere Gesangsvereine ist auch die Tätigkeit unserer steirischen Laienspielgruppen, die gerade auf dem Lande durch den Bund steirischer Landjugend neu aktiviert wur-

den. Hier bei diesen steirischen Laienspielgruppen wird noch echte, schöpferische, steirische Volkskultur betrieben. Hier wird also ein Gebiet weiter gepflegt, auf dem gerade die Steiermark eine stolze und große Tradition besitzt. Ohne die schöpferische Tätigkeit dieser Laienspielgruppen gäbe es in diesem Lande kein Bühnenwesen, kein Theater, kein Kino, denn diese schöpferische Tätigkeit der Laienspielgruppen ist geradezu der Jungbrunnen, der Lieferant für die gesamte steirische und österreichische Hochkultur. Hohes Haus! Wenn es durch die gute wirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande möglich wurde, das Grazer Theaterwesen sehr, sehr stark zu fördern, so zu fördern, daß man jedem Theaterbesucher — wenn die Ziffern richtig sind — eine Subvention von S 9.20 gewährt, so begrüßen wir das sehr und wir freuen uns darüber und bejahen es. Aber im Verhältnis zu dem tut man eigentlich doch noch für die Förderung der breiten Landeskultur, für die schöpferische Tätigkeit der Laiespielgruppen usw., die für unsere Jugend auch einen wirklichen Bildungsfaktor darstellen, etwas zu wenig. Und ich möchte auch den steirischen Laienspielgruppen von dieser Stelle aus für ihren Idealismus, den sie in dieser Zeit beweisen, in der es gerade für das Laienspiel auch schon starke Konkurrenz gibt durch andere Belustigungsmöglichkeiten, aufrichtig und herzlich danken.

Wie wichtig die Tätigkeit unserer steirischen Volksmusik und damit auch ihre Förderung ist, das wurde schon erwähnt und ich brauche mich darüber nicht weiter auszubreiten. Die steirische Musik wird nicht nur in der Steiermark, sondern überall verstanden. Sie ist völkerverbindend und sie ist es, die uns neue Freunde bringt und die uns Freude bereitet in frohen und in ernsten Tagen. Auch ihr sei von dieser Stelle aus herzlich gedankt.

Und zum Schlusse, Hohes Haus, möchte ich erinnern an die Tätigkeit des steirischen Volksbildungswerkes, das seine Wurzeln auch in dem heute schon oft genannten steirischen Gedenkjahr hat und durch das steirische Gedenkjahr und den Mann, dem dieses Gedenkjahr gewidmet ist, weiterleben und weiterwirken wird. Durch die Heimatkreise — und es sind an die 180 in der Steiermark — wird von diesem steirischen Volksbildungswerk in nahezu allen steirischen Orten eine nachhaltige kulturelle volksbildnerische Tätigkeit entwickelt. Durch die Bildungswochen, die auch landauf landab veranstaltet werden — es sind dies 60 bis 80 Bildungswochen im Jahre —, sind die steirischen Heimatkreise zu einem Bildungsfaktor ersten Ranges in diesem Lande geworden. Nicht nur zu reinen Vermittlern von Wissen. Wir haben es heute schon einmal gehört, daß bei diesen Bildungswochen, die von hunderten Steirern und Steirerinnen besucht werden, verschiedene Themen behandelt werden. Einmal die Probleme des Arbeiterstandes, dann die Probleme des Bauernstandes, dann wieder die Probleme des geistig Schaffenden, soziale und wirtschaftliche Probleme, Probleme der Integration, Probleme der Familie usw. werden hier behandelt und durch diese Art der Tätigkeit sind diese steirischen Heimatkreise zu Brückenbauern unserer Heimat geworden, zu Brückenbauern von Stand zu Stand, vom

Dorf zur Stadt und auch umgekehrt. Das ist eine Tätigkeit, Hohes Haus, die nicht genug begrüßt und die nicht genug unterstrichen werden kann. Eine Tätigkeit — sagen wir es ganz offen —, die auch auf das politische Leben, auf die Parteien dieses Landes eine sehr positive Auswirkung zeitigen kann. Aber darüber hinaus sind die Heimatkreise auch immer bemüht, heimatliche Themen zu behandeln, beratend beizustehen anlässlich dieser Bildungswochen bei Fragen heimatlichen Bauens, bei Fragen einer heimatlichen Friedhofgestaltung, überhaupt bei der Gestaltung unseres steirischen Ortsbildes. Durch diese Tätigkeit wiederum sind diese Heimatkreise zu wahren Baumeistern dieses Landes geworden. Sie sind durch diese Tätigkeit zu lebendigen Trägern des von diesem Hause beschlossenen Flächennutzungs- und Bebauungsgesetzes geworden. Eine Tätigkeit, die auch sehr wertvoll ist und nicht genug unterstrichen werden kann. Und, Hohes Haus, gerade hier bei diesem steirischen Bildungswerk, gerade hier bei dieser so wichtigen Arbeit fehlt es leider derzeit noch am notwendigen Gelde, so daß viele Bildungswochen nicht veranstaltet werden können und auch andere Maßnahmen nicht zur Durchführung kommen können. Hier auf diesem Gebiete müßte also auch noch mehr als bisher getan werden.

Hohes Haus! Ihnen allen, den steirischen Heimatkreisen, den Laienspiel- und den Jugendgruppen, den Musik- und Gesangsvereinen und allen sonstigen Einrichtungen, die sich noch mit der Pflege dieses wertvollen Gutes „Heimat“ befassen, ihnen allen sei von dieser Stelle aus ein herzliches und aufrichtiges Wort des Dankes gesagt. Und ihnen sei zugerufen: Sie sollen in ihrer volksbildnerischen, in ihrer kulturellen, heimatlichen Tätigkeit nicht erlahmen, denn was sie machen, das meinte man, wenn man im steirischen Gedenkjahr sagte: „Dieses steirische Gedenkjahr soll ein neuer Anstoß zur schöpferischen Pflege des Geistes und der Kultur in diesem Lande sein.“ Ihre Arbeit soll ein Beitrag sein, daß sich auch noch spätere Generationen an steirischer Art, an heimatlicher Geborgenheit und an den Früchten volksbildnerischer Tätigkeit laben, erbauen und erfreuen können. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Assmann.

Abg. Dr. Assmann: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Freund, der Herr Abgeordnete Ritzinger, hat bereits sehr eingehend zum Thema Rundfunk und Fernsehen gesprochen, und wie ich auch aus den Zwischenrufen von den Bänken vis-à-vis ersehen mußte, waren Sie mit seinen Ausführungen nicht ganz einverstanden. Er hat die Qualität des Fernsehens bemängelt. Und es ist nun einmal so, daß man darüber wirklich denken kann, wie man will, ob die Qualität des Fernsehens in Ordnung ist oder ob sie nicht in Ordnung ist. Ich will dazu nicht meine persönliche Meinung hier im Hohen Hause äußern. Diese ist als einzelne Meinung beileibe nicht so maßgebend, aber es ist doch recht interessant für uns in Österreich, zu wissen, daß nunmehr in diesem Zusammenhang zum ersten Mal in der Republik — weder in der Ersten noch in der Zweiten Republik hat es bisher so etwas

gegeben — ein Volksbegehren geboren wurde. Immerhin hat dieses Volksbegehren über 800.000 Unterschriften gebracht und ich glaubé annehmen zu können, daß 800.000 Unterschriften immerhin eine so stattliche Anzahl darstellt, daß man meinen könnte, es hätten aus allen Schichten der Bevölkerung und auch vielleicht aus allen politischen Überlegungen heraus Menschen ihre Unterschrift zu diesem Volksbegehren abgegeben. Der Herr Präsident Dr. Kaan hat heute sehr treffend zur Demokratie folgendes erwähnt: Es ist recht gefährlich, wenn in der Demokratie eine Entscheidung nicht gefällt wird, denn dann kann es unter Umständen zu einer Entwicklung kommen, von der man nicht weiß, wie sie aufgefaßt würde.

In diesem Zusammenhang glaube ich sagen zu können, daß der nicht gemachte Entscheid im Zusammenhang mit dem Fernsehen die Bevölkerung auf die Beine gebracht hat. (Abg. Fellingner: „Fernsehen und Rundfunk, gleichmäßig verteilen!“) Fernsehen und Rundfunk selbstverständlich! In diesem Zusammenhang weiß ich, daß Sie sehr heikel sind. Ich kann Ihnen dazu folgendes sagen. Wir bekennen uns auch zur Verbesserung grundsätzlicher Art, ob bei Rundfunk oder Fernsehen, wir sind in keiner Weise einseitig. Wir bekennen uns dazu, daß das Fernsehen und auch der Rundfunk Institutionen sind, die allen Österreichern gehören und deshalb nicht, wie das beim Fernsehen der Fall ist, abgesehen von der Qualität, auch noch politisch entsprechend verwendet werden. (Landeshauptmann Krainer: „Rotlauf!“) Sehr richtig! (Abg. Dr. Pittermann: „Dafür wäre der Tierarzt zuständig!“) Derr Herr Kollege Pittermann als Tierarzt meint, daß er für den Rotlauf zuständig wäre. (Landesrat Sebastian: „Da kriegen wir aber Schwarzblattern!“) Es ist durchaus möglich, daß Sie gegen Schwarzblattern nicht immun sind. Ich wünsche es Ihnen nicht, weil es leicht letal ausgehen könnte.

Diese grundlegend demokratische Einrichtung des Volksbegehrens, zu der wir uns selbstverständlich bekannt haben, auch auf die Gefahr hin, daß uns selbst einmal das unangenehm sein könnte. Man sollte doch, darum möchte ich bitten, meine Damen und Herren von der gegenüberliegenden Fraktion, man sollte von Ihrer Seite aus — ich meine nicht den steirischen Landtag, sondern die Abgeordneten Ihrer Partei im Parlament — sich zu einer demokratischen Gesinnung bessern. Dieser sozialistische Abgeordnete hat im Parlament erklärt, ein solches Volksbegehren wäre der Beginn einer undemokratischen Entwicklung. Da muß ich sagen, daß die Auffassung von Demokratie von Person zu Person oder von Partei zu Partei vielleicht etwas verschieden ist. Wir sollten — und da möchte ich an Sie appellieren, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion — versuchen, dem Fernsehen — um mit einem modernen Wort zu sprechen — ein neues Image zu geben. Ein sehr moderner Ausdruck und ich bin überzeugt, wenn Sie sich zur Demokratie so in der Praxis bekennen, wie Sie zuweilen davon sprechen, müßte beim Fernsehen nicht nur in politischer, sondern auch in qualitätsmäßiger Hinsicht eine entsprechende Verbesserung für die Zukunft möglich sein. (Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat das Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich zu den zum Schluß gemachten Bemerkungen bezüglich des Fernsehens von den Kollegen Ritzinger und Assmann ein paar Worte sage. Ich glaube, daß sich der Kollege Ritzinger nicht ausreichend darüber informiert hat, daß es auch in Graz hier vom Fernsehen einen aktuellen Dienst gibt, einen Kameramann gibt. (Abg. Ritzinger: „Aber nicht den, den ich meine!“ — Abg. Ileschitz: „Aber keinen Murauer!“) Vielleicht kommt er nach Wien. Er ist weniger weisungsgebunden und über den Rundfunk erreichbar. Wenn man sich mit ihm ins Einvernehmen setzt, kann man auch die Veranstaltungen auf das Bild bekommen, die man haben möchte, weil er nicht überall zugleich sein kann. (Landeshauptmann Krainer: „Der ist doch weisungsgebunden!“ — Abg. Dr. Rainer: „Er ist völlig weisungsgebunden, er bekommt von Wien die Weisungen, wo er hingehen soll!“ — Abg. Ileschitz: „Er braucht bloß die Weisung zu erhalten, den ÖVP-Landespartei sekretär öfter zu filmen und alles ist in Ordnung!“) Er bekommt keine Weisungen. Er könnte höchstens eine Weisung vom Programmbeirat bekommen und, soweit ich richtig informiert bin, ist unser sehr verehrter Herr Landeshauptmann mit dabei, ist also auch die Steiermark im Programmbeirat vertreten. Immerhin wird von dort sehr weitgehend die Programmgestaltung auch des Fernsehens behandelt. (Abg. Dr. Rainer: „Aber nicht für den Aktuellen Dienst. Er geht von Wien aus, von dort erhält er den Auftrag, was er filmen darf oder nicht. Das sind die Tatsachen!“) Jedenfalls kann man über diese Tatsachen nicht hinweggehen und ich glaube, daß der Kollege Ritzinger mit seinem Angriff nicht sachlich und nicht ganz zutreffend gewesen ist.

Vielleicht ein paar Worte zu den Ausführungen des Kollegen Assmann, der insbesondere das Volksbegehren herausgestellt hat. Ich muß sagen, auch wir finden das Volksbegehren, die Art und Weise und das Ergebnis sehr beachtlich. Man muß nicht unbedingt einer Meinung sein mit einem Kollegen in Wien im Nationalrat, der irgendwelche Bedenken gehabt hat. Bedenken müßte man insofern haben, als man gerade diese Frage sosehr als Volksbegehren herausgestellt hat, wo wir alle wissen, daß es in der Steiermark und in Österreich eine Reihe von sehr wesentlichen Problemen gibt, über die man sehr wohl ein Volksbegehren durchführen könnte und die, wenn sie dieselbe Unterstützung fänden, insbesondere bei der unabhängigen Presse wie dieses Volksbegehren, zu einer wesentlich größeren Stimmenzahl noch führen würden, als das beim Volksbegehren für den Rundfunk und das Fernsehen der Fall gewesen ist. (Landeshauptmann Krainer: „Wenn Sie auch unterschreiben hätten dürfen, dann wären noch mehr zusammengekommen!“) Manche haben unterschrieben, weil sie mehr schwere und ernste Musik möchten und die Wunschkonzerte ihrer Meinung nach ein bißchen eingeschränkt werden müßten. Die anderen haben unterschrieben, und das ist die Problematik innerhalb

des Volksbegehrens, weil sie mehr Volkskonzerte und weniger schwere und ernste Musik haben wollen. So einfach liegen die Dinge hinsichtlich des Volksbegehrens nicht. (Landeshauptmann Krainer: „Da haben Sie recht, daß das nicht so einfach ist!“) Darf ich noch etwas anderes sagen. Der Österreichische Rundfunk hat heuer sein Jubiläum des 40jährigen Bestandes. Wir alle, die ganze Bevölkerung, hat, wie das Volksbegehren gezeigt hat, lebhaft daran Anteil genommen. Wir freuen uns über dieses Jubiläum und hoffen, daß dieses wichtige Informationsinstitut allen Schwierigkeiten zum Trotz auch weiterhin so neutral als möglich seinen Aufgaben nachkommen wird. Wenn dieser Wunsch hier in diesem Hause ausgesprochen wird, so deswegen, weil — soweit ich weiß — den Landtagsabgeordneten keine Möglichkeit gegeben wurde, den Glückwunsch anlässlich der Jubiläumsfeiern in Graz anzubringen.

Das wollte ich zum Problem Rundfunk gesagt haben.

Und nun, meine sehr verehrte Damen und Herren, darf ich etwas anderes auch noch kurz ansprechen. Der sehr verehrte Kollege Buchberger hat bezüglich der Volksbildungsheime auch hinübergeleitet auf die bäuerlichen Pflichtberufsschulen und ihre Wichtigkeit gebührend betont. Ich gehe mit ihm völlig konform, daß hier sehr viel getan wurde in der letzten Zeit und daß auch noch sehr viel getan werden muß. Ich habe nur insofern ein etwas ungutes Gefühl bei dieser Sache, als der Landes-Schulinspektor für die bäuerlichen Pflichtberufsschulen zur großen Verwunderung der in den Pflichtberufsschulen tätigen Lehrer, Direktoren usw. nicht eigentlich aus dem Lehrfach kommt, sondern sich die Lehrbefähigung erst seit ganz kurzer Zeit holen konnte, ein Agraringenieur ist, und daher unseres Erachtens nicht von vornherein — vielleicht hat er sie ad personam, aber nicht von vornherein — die Voraussetzungen mitbringt, die man für diese sehr verantwortliche Stelle ohne Zweifel mitbringen muß. Es ist vielleicht noch erstaunlicher, wenn man dazu feststellt, daß dieser Herr Ingenieur nicht nur Landes-Schulinspektor für die bäuerlichen Pflichtberufsschulen, sondern auch für die landwirtschaftlichen Fachschulen geworden ist und damit vor allem auch die sehr angesehenen und tüchtigen Direktoren der Landwirtschaftsschulen in der Steiermark, ich glaube, ich muß sagen regelrecht brüskiert wurden. Ich glaube nicht, daß das unbedingt notwendig war und daß das im Interesse der bäuerlichen Schulbildung zweckmäßig gewesen ist. (Beifall.)

Präsident: Am Wort ist Herr Abgeordneter Vinzenz Lackner.

Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, kurz auch zur Rundfunkfrage einiges zu sagen. Rundfunk und Fernsehen sind nun einmal die Massen-Medien unserer Zeit. Vom Bildschirm und vom Radioapparat geht ja der Einfluß in alle Bevölkerungskreise bis in die fernste Hütte hinaus. Ich kann mir vorstellen, daß man sich darum bemüht, dieses Massen-Medium in die Hand zu bekommen,

um so entweder politische Informationen nur für eine Gruppe hinauszugeben oder aber auch vielleicht an Reklamesendungen für die Wirtschaftstreibenden noch mehr hineinzustopfen. Es ist doch so, daß bevor die ersten Abendnachrichten durchgegeben werden, mitunter schon zwanzig Werbesendungen heruntergeleiert werden, vom „besten Persil, das es je gab“, vom „Bauknecht weiß, was Frauen wünschen“ (Abg. Dr. Pittermann: „Hoffentlich weiß er es!“ — Abg. Scheer: „Im Landtag darf keine Propaganda gemacht werden!“) und dergleichen mehr. Hier wäre es doch möglich, an der Programmgestaltung etwas zu ändern. Aber Rundfunk und Fernsehen, das wissen Sie alle, kosten Geld und immer wieder Geld. Und die Werbesendungen sind bei Rundfunk und Fernsehen das, was bei den Zeitungen die Inserate sind. Und nach dem Proporz ist es eben so, daß das eine von dieser Gruppe geführt wird und das andere von der anderen. Wir haben unseren „Freund“ beim Fernsehen und Sie haben im Rundfunk „e-die-Finger“ dabei. (Gelächter.)

Und nun zu den Ausführungen meines Vorredners, des Abgeordneten Buchberger. Ich glaube, da hat er ein bißchen Demagogie betrieben, wenn er Krokodilstränen vergießt, die nicht am Platze sind. Wir alle in diesem Hohen Hause wissen nur zu gut, daß die Jugend, die Berufsschüler, keine Verdienner sind und daher eine Ermäßigung, wie sie hier angestrebt wurde, wirklich brauchen würden. Wir wissen genau, daß, wenn der eine Stand in seiner Bildung zurückbleibt, es nicht zum Vorteil des anderen gereicht. Ich habe wiederholt in diesem Hause erklärt, es kann kein Stand sein Glück auf dem Unglück des anderen aufbauen. (Abg. Dr. Rainer: „Sehr richtig! Das ist ein großer Fortschritt!“) Wir als Sozialisten sind für eine gediegene Berufsausbildung, ob in der Industrie, im Gewerbe, in der Haus- oder in der Landwirtschaft. Wir brauchen sie alle, wenn wir in Zukunft im großen EWG-Raum bestehen wollen. Nun ist am 4. Juli doch ein Antrag in dieser Richtung für diese Schüler wegen der Ermäßigung auf den Bundesbahn-, Landesbahn- und Autobuslinien eingebracht worden. Dieser Antrag hat seinen Weg genommen in die Landesregierung. Er liegt noch nicht dem Hohen Hause zur letzten Beschlußfassung vor. Aber wer den Geschäftsablauf in diesem Hause kennt, weiß, daß diese Vorlage, die uns das letzte Mal aufgelegt wurde, nun in den Verkehrsausschuß geht und daß der Verkehrsausschuß in der Regel der Regierungsvorlage zustimmt. Und die Regierungsvorlage, wenn ich das mitteilen darf, nennt doch eine Begründung dafür: „Die beantragte Tarifbegünstigung würde für die Steiermärkischen Landesbahnen auf Grund der Bestimmungen der Privatbahnunterstützungsgesetze 1959, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1963, einen bedeutenden Einnahme-Ausfall mit sich bringen.“ Und der Antrag der Regierung lautet: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten sowieso wird zur Kenntnis genommen.“ Das ist eine ablehnende Haltung. Das ist das Schicksal, das der Antrag wahrscheinlich im Ver-

kehrsausschuß erleiden wird. Ich erspare es mir — weil ich will nicht Eindruck schinden —, zu sagen, wer das Referat führt und wer den Vorsitz führt im Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Scheer. Ich erteile es ihm.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zwei Abgeordnete der ÖVP und zwei Abgeordnete der SPÖ haben es für notwendig befunden, diesmal auf das Eis tanzen zu gehen, nämlich auf das Eis des Volksbegehrens, auf das Eis, das sie sich selbst angelegt haben, um darauf auszurutschen. Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Sie jetzt weinen über dieses Volksbegehren auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Zustimmung zu diesem Volksbegehren gaben, dann heißt das mehr als nur eine falsche Krokodilsträne weinen, denn Sie haben ja seit der Einführung des Rundfunks sowohl als auch des Fernsehens selbst in der Hand gehabt, diesen Rundfunk nach Ihren Wünschen, wie Sie sie jetzt anführen, zu ordnen. Sie können nicht auf der einen Seite sagen „das Volksbegehren war hervorragend“, denn dieses Volksbegehren war ja eine einzige Anklage gegen Sie beide, weil dieses Volksbegehren sich gegen die parteipolitischen Einrichtungen des Rundfunks und des Fernsehens wendet. (Abg. Dr. Rainer: „Gegen uns nicht!“) Diese Zwischenrufe sind genau dasselbe wie hier, wenn immer davon gesprochen wird, daß die ÖVP im Steiermärkischen Landtag die Mehrheit hätte, wobei dieses Rechenkunststück noch immer bestritten ist, daß nämlich 24 von 48 die Mehrheit wäre. (Abg. Wegerart: „Können Sie es nicht mehr erwarten? In 3 Monaten ist es soweit!“) Aber trotzdem, meine Damen und Herren, im Bund haben Sie jederzeit Gelegenheit gehabt — die ÖVP mit den Freiheitlichen gemeinsam —, diese Dinge zu ordnen. (Abg. Dr. Rainer: „Im letzten Jahr war nichts zu machen, da war ja die Kleine Koalition!“) Sie sind aber dazu nicht zu bewegen gewesen, durch 15 Jahre nicht. Herr Abgeordneter Dr. Rainer, Sie können noch so gehässige Bemerkungen machen, das stört mich nicht. Ich stelle nur fest, daß Sie immer wieder in der Hinsicht falsch agieren, denn Sie haben im Bund Gelegenheit genug gehabt, auf unsere Anforderung hin die Dinge zu ordnen. Sie werfen immer den Sozialisten etwas vor, was Sie mit uns gemeinsam hätten ändern können.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, was geht Ihnen beim Fernsehen auf die Nerven? Daß Sie nicht in diesem Umfang zum Zuge kommen, wie die SPÖ. Was geht der SPÖ beim Rundfunk auf die Nerven? Daß sie dort nicht so vertreten ist. Wenn wir das betrachten, dann können wir feststellen, daß diese 800.000 Stimmen, diese Proteststimmen, gegen die Auswüchse der Koalition sehr richtig waren und daß, wenn noch mehr Zeit gewesen wäre, wahrscheinlich diese 800.000 Stimmen ein beachtliches Mehr erreicht hätten. Ich muß sagen, seien wir froh, daß es eine so unabhängige Presse gibt, die sich dazu aufrafft, diese Auswüchse der Koalition und des Proporzsystems anzuprangern und eine Ab-

stimmung zu machen. 800.000 das ist eine beachtliche Zahl, die erreicht wurde, und daher wundert es mich, daß gerade Sie dieses Thema aufs Tapet gebracht haben. Ich hätte an Ihrer Stelle dazu geschwiegen. Sie hätten den Fehler wenigstens einbekennt sollen. Sie haben so getan, als wenn es Ihre Angelegenheit gewesen wäre. Ich stelle fest, die FPÖ hat sich hinter dieses Volksbegehren gestellt. Ich vermisse es, daß das weder die ÖVP noch die SPÖ getan hat. Jetzt im Landtag davon zu sprechen, damit es morgen in der Zeitung steht. (Zwischenrufe.) Ich lasse mich nicht unterbrechen, der Herr Präsident hat das verboten. Sie werden morgen in der Zeitung schreiben, daß Sie sich hinter das Volksbegehren gestellt haben und werden mit solcher Weste dastehen. Aber das wird doch das Volk auch einsehen. Ich stelle fest, daß das reine Augenauswischerei ist. Sie hätten unterschreiben sollen, bevor es zu diesen Auswüchsen gekommen ist, aber nicht, daß Sie sich dazu getrieben haben. Die 2. Republik besteht immerhin schon bald 20 Jahre. Da haben Sie Gelegenheit genug gehabt, diese Mißstände zu beseitigen. Warum haben Sie es nicht getan. Jetzt hier den großen Reformerspielen zu wollen für Rundfunk und Fernsehen, dazu hätten Sie noch immer Gelegenheit gehabt, sonst hätte ich mich gar nicht zu diesen Dingen zu Wort gemeldet. Wir sind der Überzeugung, wie der Abgeordnete Zinkanell gesagt hat, daß es wahrlich noch viel wichtigere Dinge gäbe, die einer Volksabstimmung zuzuführen wären, und zwar bei den Auswüchsen des Proporzsystems. Proporz da und dort, gut, aber wo sich derartige Auswüchse zeitigen, da ist es unbedingt abzulehnen — da bin ich ganz der Meinung und stelle mich auf die Seite der 800.000 —, wenn genug Mitglieder von da und dort dabei waren, die der Meinung sind, daß der Rundfunk und das Fernsehen einer entsprechenden Korrektur bedürfen.

Präsident: Damit hat der letzte Redner zur Gruppe 3 gesprochen. Es hat der Herr Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter DDr. Gerhard Stepantschitz: Im Namen des Finanzausschusses wiederhole ich an die Damen und Herren die Bitte, dem Budget für die Gruppe 3 im Sinne der Vorlage zuzustimmen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 3 ist zur Gänze angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe. Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Hella Lendl.

Ich übergebe den Vorsitz dem Herrn 2. Präsidenten Afritsch.

Berichterstatterin **Hella Lendl:** Hohes Haus! In der Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, sind Ausgaben von 129.942.000 S notwendig. Die Einnahmepost weist 54.725.000 S auf. Es ist daher ein Zuschuß von 75 Millionen Schilling notwendig. Im Vergleich zum Jahre 1964 werden die Ausgaben

um rund 17 Millionen Schilling steigen. Von diesen Mehrausgaben ist eine ansehnliche Summe für die Pflegegebühren in eigenen und fremden Anstalten zu buchen, welche alljährlich eine Steigerung erfahren. In der offenen Fürsorge werden für 590 Pflegekinder und 220 Landeshilfsbedürftige 3,2 Millionen Schilling benötigt. Für die Geisteskranken ist ein Zuschuß von 13 Millionen Schilling, für Taubstumme ein solcher von 800.000 S notwendig. Bei den Körperbehinderten in der geschlossenen Fürsorge ist ein Mehraufwand von 1,7 Millionen Schilling vorgesehen, und zwar auch für die Errichtung eines Internatsgebäudes der Sonderschule in Wiener Neustadt ein vertraglicher anteilmäßiger Betrag für die Steiermark von 360.000 S, da aus der Steiermark ständig körperbehinderte Mädchen in der Waldschule untergebracht sind. Durch das Inkrafttreten des Gesetzes für Körperbehinderte, hat auch der Unterabschnitt 447 eine Erhöhung erfahren und ist mit einer Ausgabenpost von 5,2 Millionen Schilling zu rechnen. Neben der Eingliederungshilfe und Heilbehandlung können auch an Betriebe, welche Körperbehinderte beschäftigen, die jedoch keine volle Arbeitsleistung vollbringen, Zuschüsse von monatlich bis zu 600 S geleistet werden. Von vornherein bettlägerige und ständig hilfsbedürftige Behinderte, welche bis jetzt von keiner Stelle einen Zuschuß erhalten haben, werden ein monatliches Pflegegeld von 400 S bekommen. 1,8 Millionen Schilling sind für die Unterbringung landeshilfsbedürftiger Kinder in Säuglings- und Kinderheimen sowie landeshilfsbedürftiger Erwachsener in Bezirks- und Gemeindealtersheimen notwendig.

Die Förderung der freien Wohlfahrtspflege beansprucht 3,2 Millionen Schilling. Darin sind auch Beträge für die Abgabe von verbilligten Mittagessen an Kleinrentner enthalten. Weiters auch zur Bekämpfung des Alkoholismus, aber auch für die Förderung von unterstützungswürdigen Vereinen und Einrichtungen, die auf sozialem Gebiet wertvolle Leistungen vollbringen, so z. B. dem Piusinstitut und dem Verein für cerebral geschädigte Personen und für die Ausbildung von Querschnittsgelähmten.

Für Heimhelferinnen, welche in den Gemeinden eingesetzt sind, werden wie alljährlich wieder 200.000 S zur Verfügung gestellt. Für die Tuberkulosehilfe werden 6 Millionen Schilling gebraucht, wovon 2,3 Millionen Schilling als Wirtschaftsbeihilfe für TBC-Kranke vorgesehen sind. Da die TBC-Hilfe eine Bundessache wurde, ist zu erwarten, daß ein Großteil dieser Kosten vom Bund refundiert wird. Für den Kriegsofferverband wird ein Beitrag von 1,3 Millionen Schilling und der Anteil an der Lustbarkeitsabgabe in der Höhe von 1,9 Millionen Schilling veranschlagt. Die Flüchtlingsfürsorge erfordert 1,8 Millionen Schilling, wovon rund 1 Million Schilling für Pflegegebühren in den eigenen Anstalten zu buchen sind. Derzeit werden an 650 Vollblinde monatlich 560 S und an ca. 550 praktisch Blinde monatlich 330 S, und dies 14mal, gewährt, und ist ein Betrag von 7,7 Millionen Schilling notwendig. Für Beihilfen und Darlehen zur Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien beträgt die Aufstockung fast 1 Million Schilling und sind

im Voranschlag 3,150.000 S vorgesehen. Die Alters- und Fürsorgeheime erfordern einen Zuschuß von rund 5 Millionen Schilling. Für Jugendhilfe beinhaltet der Voranschlag rund 5 Millionen Schilling, und ist auch die Erholungsaktion für Kinder bis zu 16 Jahren und Beiträge an verschiedene Schulen und Lehrkanzeln zur Ausbildung von Jugendlichen darin berücksichtigt. Die Fürsorgerziehung und Landesjugendheime, früher Erziehungsheime, erfordern fast 12 Millionen Schilling. Erfreulich ist, daß im ao. Voranschlag für den Neubau des Internatgebäudes für Körperbehinderte in Andritz der Betrag von 4 Millionen Schilling als 1. Rate vorgesehen ist und für die Errichtung eines Werkstättentraktes und dessen Einrichtung im Blümelhof sind 2,2 Millionen Schilling veranschlagt. Ebenso ist an einen Schul- und Werkstättenzubau beim Landesjugendheim in Hartberg gedacht.

Wenn die Gruppe 4 einen Zuschuß von ca. 75 Millionen Schilling notwendig hat, so dürfen wir dabei nicht vergessen, daß es die Verpflichtung der Gemeinschaft ist, den Hilfesuchenden und Notleidenden zu helfen. Jeder Hilfsbedürftige hat ein Anrecht auf Hilfe.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner Sitzung mit der Gruppe 4 beschäftigt und ich bitte im Auftrag dieses Ausschusses der Gruppe 4 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Frau Abgeordnete P s o n d e r hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Psonder: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Sehr begrüße ich einen Artikel, der vom Jugendrichter Dr. Hermann Bamberger in der „Neuen Zeit“, und zwar auf Grund eines Leserbriefes erschienen ist. Er beschäftigt sich mit dem Fürsorgerwesen. „Erst wenn die Fürsorgerin etwas erfährt.“ Er lautet: „Zu dem Leserbrief der Neuen Zeit vom 6. Dezember, der unter dem Titel ‚An den Füßen aufhängen‘ über die grauenvolle Tatsache spricht, daß ein Vater sein Kind zu Tode geprügelt hat. Auch das Verlangen, daß solche Unmenschen nach einigen Jahren nicht wieder vorzeitig aus der Haft entlassen werden, ist gerechtfertigt. Die Behauptung, daß die Fürsorgerin nur dort nachsieht, wo Kinder anständig behandelt werden, ist unrichtig. Und die Frage, ob man sich an solche Dinge nicht herantraue, ist ungerecht. Sobald die Fürsorgerin, die an vorderster Front der Sozialarbeit steht und oft im Kampf mit unvernünftigen, aber auch brutalen Eltern ihren schweren Beruf ausübt, von einer Kindesmißhandlung erfährt, erstattet sie sofort Anzeige, nimmt auch ‚bei Gefahr im Verzug‘ das Kind sofort ab und bringt es in Sicherheit. Täglich müssen in Österreich derartig traurige Amtshandlungen durchgeführt werden. Sie kann dies aber nur tun, wenn sie von einer Mißhandlung etwas erfährt. Bei unehelichen Kindern ist sie selbst verpflichtet, laufend Hausbesuche zu machen und die Erziehung zu überwachen. In diesem Fall war es aber ein eheliches Kind. In diesen Familien darf die Fürsorgerin nur dann Hausbesuche machen, wenn eine Anzeige erstattet wird oder ihr sonst eine Mitteilung von einer Mißhandlung zukommt, was in diesem Falle nicht geschah. Leider ist ein gro-

Bei Teil unserer Staatsbürger zu bequem und hat zu wenig Zivilcourage, solche negativen Wahrnehmungen mitzuteilen, obwohl erfahrungsgemäß bei wahren Mitteilungen für den Anzeiger noch niemals ein Schaden entstanden ist. Man will eben mit Gericht und Behörde nichts zu tun haben. Hier wäre wohl noch viel Aufklärung notwendig. Es wäre doch sicher nichts dagegen einzuwenden, wenn auch Familien mit ehelichen Kindern laufend kontrolliert werden könnten. Dazu bedürfte es einer gesetzlichen Regelung. Überdies müßte man die Zahl der Fürsorgerinnen bedeutend vermehren.“ Ich danke dem Jugendrichter Herrn Dr. Bamberger für diese Antwort sehr herzlich.

Ich möchte mich nun mit einem Problem beschäftigen, das uns sehr wichtig erscheint. Im Budget 1965, Gruppe 4, „Fürsorgewesen und Jugendhilfe“, scheint in den Abschnitten 47 und 48 eine Ausgabe von 20,021.200 S auf. Wenn man die Einnahmen, die sich ergeben aus Rückersätzen der Unterhaltspflichtigen von 8,142.700 S, abrechnet, so ergibt sich, daß das Land effektiv 11,878.500 S für Fürsorgerziehung und Jugendhilfe ausgibt.

Im steirischen Jugendwohlfahrtsgesetz, § 31, heißt es: „Die Landesregierung hat für die Errichtung und zum Betrieb von Fürsorgeheimen, die zur Durchführung der Fürsorgerziehung notwendig sind, vorzusorgen, soweit ähnliche Heime anderer Bundesländer und der freien Wohlfahrtspflege zur Aufnahme der Minderjährigen, die im Rahmen der Fürsorgerziehung einer Heimerziehung bedürfen, nicht ausreichen.“ Das Land Steiermark hat 4 öffentliche Fürsorgerziehungsheime. Nun, wer sind nun diese Kinder und Jugendlichen, die in diesen Heimen Aufnahme finden? Es ist überaus bedauerlich, aber leider eine nicht zu ändernde Tatsache, daß zahlreiche Kinder und Jugendliche ihren Eltern und Lehrern oft große Schwierigkeiten bereiten. Viele geraten mit der Gemeinschaft in Widerspruch, verletzen die bestehenden rechtlichen und gesellschaftlichen Ordnungen und wollen sich auch nicht in die Gemeinschaft einfügen. Verwahrlosen körperlich und seelisch und begehen teils auch verbrecherische Handlungen. Und warum? Die Verwahrlosung kann durch innerliche und äußerliche Ursachen oder im Zusammenhang mit beiden bedingt sein. Innere Ursachen sind am häufigsten wohl schlechte Erbanlagen, es kann aber auch geistiger Schwachsinn und geistige Abart sein. Die äußerlichen Ursachen kommen in erster Linie aus einer häuslich ungünstigen Umwelt, die verderbend wirkt. Das Verhalten der Eltern und anderer häuslicher Erzieher, sowie Verführung durch Personen, grobe Erziehungsfehler in einer scheinbar geordneten Umwelt, tragen ebenfalls zur Verwahrlosung bei. Sehr richtig scheint mir eine Feststellung von Fachleuten zu sein, daß eine ungünstige Umwelt nicht verwahrlosend wirken muß. Bei den Jugendrichtern geben straffällig gewordene Jugendliche oft an, sie seien zu einem Diebstahl oder Einbruch durch das Lesen eines Kriminalromanes oder durch das Ansehen eines Gangsterfilmes verleitet worden. Man kann hier von einer charakterbedingten Empfänglichkeit sprechen; bestimmte Anlagen seien geweckt und angeregt worden. Sie stellen gegenüber, daß tausende andere Jugendliche denselben Film gesehen und den-

selben Schundroman gelesen haben, aber doch nicht auf Abwege geraten sind. Wenn mir diese Feststellung auch richtig erscheint, so sollte aber doch den Produzenten von Gangsterfilmen und den Schreibern von Schundromanen klar gemacht werden, daß es eine Kulturschande ist, die sie schuldig werden läßt, weil sehr oft durch diese Beeinflussung junges Leben verdorben und zerstört wird. Weiters sind es außer der Filmbeeinflussung noch Geltungsstreben, Genußsucht, Neigung zur Eitelkeit, die ebenso dazu beitragen, Minderjährige auf Abwege zu bringen. Kinder mit geistigem Schwachsinn, die besonders gefährdet sind, müssen nicht verwahrlosen, wenn etwas Intelligenz vorhanden ist und wenn sie rechtzeitig heilpädagogische Beeinflussung erfahren. Schwer erziehbare Kinder, Kinder, die aus diesem Grunde eingewiesen wurden, müssen nicht unbedingt unintelligent oder verwahrlost sein. Es sind meist verzärtelte, meist einzige oder jüngste Kinder, oder die gehaßten meist unehelichen Pflege- oder Ziehkinder. Kinder, die in einer konfliktgeladenen Umwelt leben, wo die Eltern ständig im Streit leben oder in Scheidung sind, werden oft seelisch so gestört, daß eine Einweisung und eine Aufnahme in ein Heim erforderlich wird. Durch eine Umweltänderung lassen sich diese Kinder in normale Entwicklungsbahnen zurückführen.

Eine Fürsorge-Erziehungs-Statistik zeigt uns folgendes Bild: Von jährlichen Einweisungen von 110 Knaben und 85 Mädchen sind ehelich geboren 68% Knaben und 67% Mädchen, unehelich geboren 32% Knaben und 33% Mädchen. Da durchschnittlich 15% uneheliche Geburten erfolgen, bedeutet dies, daß uneheliche Kinder durchschnittlich doppelt so oft verwahrlosen als eheliche. Von den ehelich geborenen Kindern stammten aus einer vollständigen Familie 36% Knaben und 23% Mädchen. Halbweisen oder Kinder aus geschiedenen Ehen waren 30% Knaben und 37% Mädchen. Vollweisen: 2% Knaben und 70% Mädchen. Das Fehlen eines oder beider Elternteile erweist sich somit eindeutig als eine der Hauptursachen der Verwahrlosung, wobei festgestellt wurde, daß Mädchen bei gestörten Familienverhältnissen wesentlich anfälliger erscheinen als Knaben. Aufgegliedert nach Bezirkshauptmannschaften und getrennt nach Knaben und Mädchen, erstellt nach einer Statistik vom Dezember 1962, sind auf je 10.000 Einwohner 7 Fürsorgeerziehungsfälle angefallen. (Abg. Egger: „Wo, in ganz Österreich oder in Steiermark?“) In Steiermark. Ich habe die Statistik, es wird zu lange dauern. Das sind im Bezirk 3 bis 10 auf je 10.000 Einwohner, wobei ich vielleicht nur zwei heraushebe. Im Bezirk Feldbach sind es 3, das ist die geringste Zahl, im Bezirk Murau und im Bezirk Deutschlandsberg sind es 10 auf 10.000 Einwohner. Nach der Art der Verwahrlosung ergeben sich folgende Zahlen. Eigentumsdelikte 70% Knaben und 42% Mädchen, sexuelle Verwahrlosung 10% Knaben und 65% Mädchen, Herumstrolchen und Schulschwänzen 62% Knaben, 65% Mädchen.

Unser modernes Jugendwohlfahrtsrecht kennt den Begriff der Amtsvormundschaft. Diese tritt in Kraft entweder auf Grund des Gesetzes oder kraft eines richterlichen Beschlusses. Träger dieser Vormundschaft ist die Bezirksverwaltungsbehörde. Das er-

gibt für die Bezirkswohlfahrtsreferate ein großes Aufgabengebiet. Im Jahre 1962 standen nicht weniger als 51.673 unter gesetzlicher Amtsvormundschaft. Seit 1958 ist die Zahl von 59.447 mit dem Jahre 1963 auf 51.673 zurückgegangen.

Nun ein Wort zu den Fürsorgerinnen. 34.000 Minderjährige stehen unter Pflegeaufsicht. Wir haben in der Steiermark 200 Fürsorgerinnen, davon sind 113 beim Land angestellt. Das ist viel zu wenig, wenn wir auf Grund von Erfahrungen erkennen müssen, daß man gerade diese Kinder beobachten und öfters besuchen sollte. Wir wissen, das habe ich bereits mitgeteilt, daß von 100 Kindern 15 unehelich geboren werden und diese sind doppelt gefährdet. So möchte ich in diesem Zusammenhang feststellen, wir dürfen es nicht unterlassen, von der Neuordnung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes zu sprechen. 1962 sind 3927 Kinder auf Amtsvormundschaft nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz angefallen. Freiwillig anerkannt wurde die Vaterschaft in 3364 Fällen, in 351 Fällen wurde die Vaterschaftsfeststellungsklage eingebracht, in 132 Fällen wurde die Angabe des Vaters verweigert oder die Angaben waren so mangelhaft, daß eine Ermittlung oder Einbringung einer Klage nicht möglich war. Wie Sie wissen, hat das Bundesministerium für Justiz eine Neuordnung des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern außerehelicher Kinder sowie eine Neuordnung des Verhältnisses der anerkannten Vaterschaft zu den durch gerichtliches Urteil festgestellten Vaterschaften zu unehelichen Kindern vorbereitet, ausgearbeitet und beraten. Wollen wir hoffen, daß dieser Entwurf und diese große Sache, mit der wir den unehelichen Kindern helfen, zum Gesetz wird. Dieses Gesetzeswerk ist von so großer Bedeutung für die Gesellschaft, aber auch für die Jugendfürsorge. Es ist vor allem eine Verpflichtung der Gesellschaft den betroffenen Kindern gegenüber. Auf eine bessere Rechtsstellung des unehelichen Kindes haben vor allem die sozialistischen weiblichen Abgeordneten immer wieder hingewiesen und gedrängt. Alle, die mit der Jugendfürsorgeerziehung, mit der Amtsvormundschaft zu tun haben, die Fürsorgerinnen, Erzieher, Lehrer und die Jugendrichter, die mit der Jugend zu tun haben, werden es begrüßen, daß die Rechtsstellung des unehelichen Kindes und seine Beziehungen zu den Eltern sowie den mütterlichen und väterlichen Verwandten verstärkt werden. Jedes Kind, und insbesondere das uneheliche Kind, welches ohne sein Verschulden in der Welt steht, bedarf unseres besonderen Schutzes.

Hohes Haus! Machen wir einen Blick in unsere Heime selbst und stellen wir uns nun in diese Heime hinein. Wie paßt sich das minderjährige Kind oder der Jugendliche an? Nach erfolgter Einweisung wird die Ursache der asozialen Einstellung geklärt, sie werden genauestens ärztlich untersucht und betreut, eine Berufsberatung und auch ein psychologisches und ein psychiatrisches Gutachten eingeholt. Sie werden beobachtet bei der Arbeit, beim Spiel und ihr Verhalten den anderen gegenüber. Ein genaues Studium der Vorgeschichte des Elternhauses wird ebenso eingeholt. Auf Grund erfolgter Feststellungen zeichnet sich

nun ein Charakterbild ab und es werden die Weichen gestellt für ihr weiteres Leben.

Ich möchte an die Spitze stellen und richtigstellen, daß in der Öffentlichkeit die Meinung vertreten ist, Jugenderziehungsheime seien Strafanstalten. Es wird darüber große Klage geführt, vor allem von den Direktoren, Erzieherinnen, Fürsorgerinnen, die damit zu tun haben. Unsere Jugenderziehungsanstalten sind keine Strafanstalten. Im Landesjugendheim Rosenhof in Graz sind 75 Kinder bzw. Jugendliche untergebracht. Im Blümelhof in Graz-Mariatrost 147 Mädchen aus der ganzen Steiermark und aus dem verschiedensten Milieu. Kinder aus der Landwirtschaft, Arbeiterkinder, Kinder von Landarbeitern. Viele sind sehr erstaunt darüber, daß sie ein eigenes Bett, zum ersten Mal, haben. Hier möchte ich einflechten, daß auch die Wohnverhältnisse dazu beitragen, daß solche Dinge möglich werden. Die meisten kommen mit Hose, Hemd und Rock bekleidet, die Mädchen mit einem Kleid und einer Weste. Sie werden dann eingekleidet. Aber in den Heimen finden auch Kinder Aufnahme und müssen aufgenommen werden, die aus gutsituierten Kreisen kommen, die sogenannten Wohlstandsverwahrlosungen. Sie sind etwas schwerer zu behandeln und sie fügen sich auch, das ist selbstverständlich, viel schwerer in die Gemeinschaft ein. Im Rosenhof gibt es 2 Schulklassen, von der 1. bis zur 8. Stufe. Allgemein wird festgestellt, das ist auch so am Blümelhof, daß Kinder trotz guter Intelligenz mit starken Schulrückständen ins Haus kommen. Hier stellen sich die Lehrer erst einmal die Aufgabe, aufzuholen in Form eines Förderungsunterrichtes, was es aufzuholen gibt. Jedes Kind wird soweit wie möglich individuell behandelt. Schwierigkeiten für die Lehrer, die ins Haus kommen, bestehen darin, daß die Kinder aus der ganzen Steiermark kommen und die verschiedensten Unterrichtsmethoden gehabt haben und diese Unterrichtsmethoden nun auf eine zu bringen sind. Der Schulunterricht wird von den Erziehern und Erzieherinnen unterstützt. Jeden Nachmittag gibt es zwei Lernstunden.

Und nun zu den Lehrlingen. Seit 1958 ist ein großer Fortschritt festzustellen. Im Rosenhof gibt es drei Lehrwahlen, natürlich schon nach einer Eignungsprüfung. 36 Lehrlinge gehen in die Stadt. Die Bubén, so sagt man mir, werden besonders gern genommen, weil die Gewähr der Beaufsichtigung da ist. Jeder Lehrplatz wird vierzehntägig vom Erzieher oder Direktor oder Leiter aufgesucht. Mit der Berufsschule besteht ein ständiger Kontakt. Ein längeres Schulschwänzen als einen halben Tag kommt gar nicht in Frage, da dies auf Grund der Zusammenarbeit nicht möglich ist. Für die Lehrlinge gibt es zweimal wöchentlich am Abend Nachhilfe-Unterricht, und es wird genau darauf geachtet, daß das Wochenbuch wohl richtig geführt wird.

1964 — und das ist erfreulich — haben 15 Lehrlinge die Gesellenprüfung gut bestanden. Was besonders begrüßenswert ist, ist die Handhabung der Lehrlingsentschädigung. Sie steht voll und ganz dem Lehrling zur Verfügung. 20 bis 30 S Taschengeld pro Woche gehört dem Lehrling zur Gänze, aber für jeden Lehrling wird eine Kartei angelegt und dieses Geld wird hauptsächlich für Kleidung

verwendet. Es werden auch, wenn ein größerer Betrag vorhanden ist, Sparbücher angelegt. Und hier eine erfreuliche Feststellung: Kriminelle Handlungen müssen aus dem zurückgelegten Geld der Lehrlinge wieder gutgemacht werden. Viele, die entlassen werden, gehen dann unbeschwert aus dem Heim in die Heimat zurück. Teils gibt es aber auch ganz ansehnliche Beträge und es sind die Jugendlichen sehr froh, wenn sie dann in das Leben hinauskommen, etwas zu haben. Die Anpassung im Heim ist gut. Natürlich, die 16- bis 17jährigen möchten wohl am Abend frei haben, denn diese Freizeit sind sie ja gewohnt. Die Lehrlinge, die vom Rosenhof in die Stadt fahren, bekommen — und das ist auch eine Erschwernis für das Heim — fünf bis sechs belegte Brote mit und müssen abends tüchtig gefüttert werden.

Und nun die Beobachtungsgruppen. Es besteht im Heim immer eine Gruppe, die man noch nicht eingeteilt hat, die man beobachtet. Ist der Zögling in einer freien Lehre in seinem Charakter, in seiner Entwicklung nicht gehindert, so wird versucht, ihn in eine freie Lehre zu bringen. Besteht aber die Gefahr einer Abgleitung in kriminelle Handlungen, so kommt er in ein anderes Heim, wie Hartberg, Kleinhollerberg oder Neudorf. Diese Knaben haben dann dort die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen. Hartberg hat drei Sonderschulklassen und einen Durchschnittsbelag von 110 Jugendlichen. Es sind dort 5 Lehrwerkstätten. Die Jungen können dort Schneider lernen, Schuster, Tischler, Schlosser, Härter, und eine neue Lehrwerkstätte ist im Werden, dort können die Jugendlichen dann auch das Malerhandwerk erlernen.

Jugendliche, die mit 17 Jahren ins Heim kommen, für die ist es natürlich schon schwieriger, sie auf Lehrplätze zu bringen. Sie werden teils in der Landwirtschaft auf Pflegeplätze vermittelt, oft ist aber auch das Bundesheer für diese Jugendlichen ein Ausweg. Aber es ist erfreulich, daß man bemüht und bestrebt ist, daß die Jugendlichen wohl ihre Lehrzeit beenden, und sehr, sehr oft geschieht es, daß Jugendliche kommen, die ein Jahr bereits gelernt haben und dort wird versucht, sie wieder in die Lehre zu bringen, damit sie ihren Lernerfolg noch erzielen.

Für Freizeitgestaltung ist vorgesorgt. Basteln, Besuch von Theater, Filmdiskussionen, Fernsehen, so wie es halt der Tagesablauf zuläßt.

Und nun haben die Heime natürlich, Hohes Haus, Wünsche, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Der Wunsch vom Rosenhof ist der Ausbau der Personalzimmer. Das Personal lebt in so kleinen Räumen, daß man sagen kann, es lebt in Käfigen. Fünf Angestellte haben nur einen Waschraum. Und nun glaube ich, hier den Wunsch anzubringen, daß es gerechtfertigt wäre, Rosenhof auszubauen. Es hätten dann auch noch weitere 20 Zöglinge Platz und man könnte vielleicht eine Auflockerung durchführen, da ja die älteren Lehrlinge, die 17 und 18jährigen aus den großen Zimmern herauskämen in kleinere.

Am Blümelhof — das sagte ich schon — haben wir 147 Mädchen. Dort ist sogar eine Berufsschulklasse im Haus, eine gewerbliche Berufsschulklasse.

36 Mädchen sind Schülerinnen und 46 Lehrlinge haben ihre Lehrwerkstätte im Blümelhof im Haus. Nun ist das ein ganz besonders großer Betrieb. Drei Lehrgruppen, eine Schneiderei mit 14 Mädchen, eine Strickerei mit 14 Mädchen. Der Umsatz in der Strickerei ist so groß, daß sie nur auf Bestellung arbeiten können, sie kommen aber den Bestellungen nicht nach. Ich hätte einmal gewünscht, daß Sie alle dort Einsicht nehmen, wie fleißig diese Mädchen arbeiten, wie schön sie stricken und sticken, aber wie beengt sie dort hausen müssen. Man glaubt, daß es unmöglich sei und da ist „Käfig“ gar kein Ausdruck. Wenn Sie Interesse haben oder mithelfen wollen, das abzustellen, dann schauen Sie hin und dann werden Sie sagen, daß die Forderungen, die die Jugenderziehung und Jugendhilfe stellt, voll berechtigt sind. Überaus erfreulich ist es im Blümelhof, daß die Mädchen dort kochen lernen und Haushaltsführung. Es bestehen 6 Kochgruppen. Und nun auch noch zum Blümelhof: Die Mädchen des Blümelhofes haben für die Wäsche zu sorgen. 700 kg Wäsche aus dem Rosenhof, aus der Taubstummenanstalt, aus Andritz, werden in dem Jugenderziehungsheim für Mädchen am Blümelhof wöchentlich gewaschen, gebügelt und fertig wieder zurückgeliefert. Das machen 14 Mädchen und drei Erwachsene und da wird immer wöchentlich abwechselt. Im Voranschlag ist etwas für den Ausbau der Lehrwerkstätten vorgesehen. Ich habe schon gesagt, man müßte sich das anschauen und dann würden Sie mit keinem Auge zwinkern und sagen, daß das notwendig ist. Und nun der Wunsch der Direktorin des Mädchenheimes am Blümelhof: Es wären — ich brachte schon die Anregung oder Sie haben davon gehört oder gelesen — Kurse für Gemeinschaftsernährung sehr begrüßenswert, weil es doch einen Unterschied in der Ernährung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gibt. (Abg. Egger: „Ich habe schon einen Antrag eingebracht wegen Fortbildung des Personals in dieser Hinsicht!“) Mädchen aus dem Heim kommen dann in Familien und meistens als Hausgehilfinnen. Und es ist ganz eigenartig, Hohes Haus, zum Großteil gehen die Mädchen nicht mehr nach Hause. Viele kommen später, wenn sie schon verheiratet sind, ins Heim, kommen sogar mit ihren Kindern und beteuern immer wieder aufs Neue, daß sie dankbar sind, im Heim Aufnahme gefunden zu haben, dort einen Beruf erlernt zu haben und daß sie sich ins Herz geschworen haben, gute Mütter für ihre Kinder zu werden, damit ihnen das erspart bleibt, was sie selbst erlebt haben. Die Direktorin des Blümelhofs arbeitet an einer Statistik zum zwanzigsten Jahrestag der Eröffnung des Heimes, und überaus erfreulich ist es, hier festzustellen, daß 78% der Mädchen, aber auch der Buben aus diesen Heimen mit gutem Erfolg das Heim verlassen. Und hier auch wieder eine Richtigstellung: Wenn einmal in einer Zeitung etwas steht, daß Mädchen aus dem Hirtenkloster oder sonst wo entsprungen sind, dann gibt es eine große Aufmachung, großes Entsetzen. Die steirische Bevölkerung bekommt das Gefühl, was muß dort vor sich gehen, wie wird man die behandeln, daß so etwas möglich ist. Das sind Einzelfälle und deshalb habe ich heute einen Blick in das

Heim gegeben, in das Leben der Jugendlichen und Kinder, die dort Aufnahme finden.

Eine große Erleichterung wäre es auch, um nur kurz darauf hinzuweisen, daß die Taubstummenlehranstalt endlich mehr Raum und mehr Platz bekommt, und hoffen wir, daß die 3. Chirurgie bald aus diesem Haus ausziehen kann.

Die Arbeit an diesen Kindern, an diesen Jugendlichen erfordert eine eigene Art von Menschen. Menschen, die nicht mit der Zeit, nicht mit der Entlohnung und nicht mit der Anerkennung rechnen, die in sich ein Pflichtbewußtsein tragen. Diese Menschen zu finden und zu behalten, ist eine große Gnade. der Erzieher muß vielseitig sein, was er braucht, ist Einfühlungsvermögen. Er muß mit den Kindern leben, das ist natürlich eine große Belastung für ihn oder für sie. Sie verbrauchen sich und das hat die Frau Abgeordnete Egger auch betont, rascher. Die Frage der Entlohnung, wir stellen sie heute wiederum in den Vordergrund. Auf Bundesebene muß es erreicht werden, daß die Sozialarbeiter eine ihrer Funktion gerechtere und bessere Entlohnung bekommen.

Hohes Haus! Das Budget ist für die Heime ein Problem. Die Verantwortlichen arbeiten und wirtschaften so wie sie es in ihrer eigenen Familie tun würden, um ihr zur Verfügung stehendes Budget nicht zu überschreiten und keine Schulden zu machen. Man soll nicht kritisieren wegen Ausgaben für diese notwendige gesellschaftliche Aufgabe. Wir wollen vorbeugen und Hilfe dort anwenden, wo sie notwendig ist. Im Landesjugendheim Rosenhof ist ein schöner Leitspruch angebracht. Er lautet — auch wir sollten uns daran halten — „Frohe Erlebnisse schaffen, heißt, den Willen zum Guten bilden.“ (Beifall.)

Präsident: Ich erteile der Frau Abgeordneten Egger das Wort.

Abg. Edda Egger: Hoher Landtag! Wenn der Herr Landesrat Gruber im Juli dieses Jahres in seiner Rede zur Verabschiedung des Behindertengesetzes feststellte, daß in 4 langen Sitzungen des Fürsorgeausschusses sachlich und gewissenhaft und mit großem Verständnis für den betroffenen Personenkreis eine Reihe von verbessernden Änderungen in den Gesetzesentwurf, den sein Ressort zu erstellen hatte, eingearbeitet wurden, so kann ich diese Feststellung wohl nur auf die Arbeit der Mitglieder der Österreichischen Volkspartei beziehen. Ich kann mich gut erinnern, wie die sozialistische Vorsitzende im Ausschuß mit den Worten begann „Wir werden die Beratungen sehr rasch beenden können“, und de facto brachten weder die Sozialistische Fraktion, noch ein anderer Abgeordneter außer den ÖVP-Abgeordneten primär einen Abänderungsvorschlag zum Entwurf. Wenn ich mich freue über diese Qualifikation der sachlichen, gewissenhaften und verständnisvollen Arbeit, die die SPÖ der Volkspartei zugebilligt hat, dann nicht unseretwegen. Wir haben es nicht nötig, uns Zensuren geben zu lassen für das, was wir unserer Verantwortung schuldig zu sein glauben. Unsere Arbeit und Einstellung haben wir nur der Bevölkerung gegenüber zu verantworten. Es zeigt, daß auch die Sozialistische

Partei zu einem objektiven Standpunkt findet und einsieht, daß nicht sie allein sozial denkt. Das ist ein Fortschritt, der sicher die Arbeit auf dem Fürsorgegebiet fördern und damit der Bevölkerung zugute kommen wird. (Abg. Vinzenz Lackner: „Die Initialzündung habt Ihr von uns erhalten müssen!“ — Abg. Ileschitz: „Mit dem Entstehen der Republik Österreich wurde überhaupt erst eine Sozialgesetzgebung aufgebaut!“ — Abg. Dr. Rainer: „Eine Sozialgesetzgebung gibt es seit 1879!“ — Abg. Ileschitz: „Am Papier!“ — Landesrat Wegart: „Wer war denn der erste Sozialminister, von Euch oder von uns?“) Man muß ein bißchen weiter zurückschauen. Wenn Sie die Geschichte der sozialen Initiative im vorigen Jahrhundert sehen, so werden Sie feststellen, daß sie von den verschiedensten Seiten ausgegangen ist. Ich werde Ihnen Unterlagen geben. (Abg. Dr. Rainer: „Der größte Sozialgesetzgeber war Bismarck!“ — Abg. Ileschitz: „Dann wäre ja Grund und Ursache gewesen, ihm in Österreich nachzueifern!“) Bei Ihnen beginnt das Leben mit 1918. Es hat aber vorher auch schon Menschen gegeben. (Abg. Ileschitz: „Wir haben jahrelang um eine Pensionsversicherung in Österreich gekämpft!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Herr Abgeordneter Ileschitz, ich bin am Wort. Wir freuen uns, daß es im letzten Jahr mit 1. Jänner 1964 möglich gewesen war, die Fürsorgersätze erhöht auszuzahlen und daß es wiederum mit 1. Jänner 1965 eine neuerliche Erhöhung von durchschnittlich 10% der verschiedenen Richtsätze geben wird. Da die Lebenshaltungskosten in diesem Zeitraum um etwa 2,5 bis 3% gestiegen sind, je nachdem, welchen Index man zugrunde legt, bedeutet die Erhöhung nicht nur eine Abgeltung der Teuerung, sondern eine wirkliche Einkommensvergrößerung für diese Menschen, eine Einkommensvergrößerung, die diesen Hilfsbedürftigen das Dasein erleichtern wird. Freilich reichen diese neuen Sätze nur zur Deckung des allerdingendst Notwendigen. Jedoch liegt das im Wesen der Fürsorge, daß sie nur Notlagen überbrücken kann. Daß hier etwas reichlicher gegeben werden kann, zeigt sich im steigenden prozentuellen Anteil der Fürsorge am Gesamtbudget des Landes. Im Jahre 1963 wurden 5,5% des Landesbudgets insgesamt für die Fürsorge ausgegeben, nicht gerechnet die Einnahmen. 1965 ist es etwa 1% mehr — natürlich kommen neue Ausgaben für die Behindertenhilfe dazu —, aber trotzdem ist das noch mehr, als die Behindertenhilfe braucht. Wenn man in Betracht zieht, daß infolge der Vollbeschäftigung und der Auszahlung von Rente und Pensionen an immer größere Personenkreise und andere Maßnahmen immer weniger Personen allein auf Fürsorgeunterstützungen angewiesen sind, mithin die vorhandenen Mittel für weniger Menschen reichen müssen, so ist das eine Entwicklung, deren Tendenz uns befriedigen kann. Der Dank dafür gebührt nicht nur dem Willen der Verantwortlichen zu helfen, wo immer es geht, sondern auch im besonderen der klugen und vorausschauenden Wirtschaftspolitik und allen fleißigen und tüchtigen Menschen im Lande, die die notwendigen Mittel erarbeiten. Denn man kann ja nur verteilen, was zuerst produziert wurde.

Daß auch die übrigen Fürsorgemaßnahmen des Landes fortgeführt und meist auch weiter ausgebaut werden können, erfüllt uns ebenfalls mit Genugtuung.

Ich möchte hier nicht einzelne Zahlen nennen. Berichte zu geben, scheint mir wesentliche Aufgabe der zuständigen Regierungsmitglieder zu sein. Die Aufgabe des Abgeordneten sehe ich darin, kritisch zu beobachten und Anregungen zu geben für notwendige Verbesserungen und Wünsche vorzubringen.

Im heutigen Fürsorgewesen gibt es eine Reihe von Sozialleistungen, die sich zum Teil überschneiden. Fürsorgeaufgaben sind Aufgaben des Landes, und da können wir feststellen, daß es manche Menschen gibt, die doppelt bekommen und andere, die wieder zu wenig bekommen. Es gibt immer noch Lücken, und es wäre notwendig, einmal ein Inventar der verschiedenen Fürsorgeleistungen und Sozialleistungen — beides müßte man betrachten — aufzustellen und dann Ordnung in diesem ganzen Bereich zu schaffen, also die Maßnahmen zu koordinieren. Dabei möchte ich sagen — und ich glaube, die Österreichische Volkspartei kommt nicht in den Verdacht, das falsch zu sehen —, daß Koordinieren nicht gleich zentralisieren ist. Koordinieren heißt, daß man abgrenzt, daß man die einzelnen Bereiche unterscheidet und dann zu einem sinnvollen Ganzen fügt, so daß tatsächlich ein geordneter Bereich entsteht. Es müßte mit den Bundesstellen und auch mit den Gemeinden eine neue Ordnung gefunden werden.

Eine weitere wichtige Möglichkeit ist jetzt bei der Verabschiedung des Behindertengesetzes sichtbar geworden. Das Behindertengesetz trifft besondere Vorsorge, um rechtzeitig Hilfe zu bringen. Es ist mit den Fürsorgemaßnahmen ähnlich wie mit den ärztlichen Maßnahmen. Meistens wird erst eingegriffen, bis das Übel schon so weit fortgeschritten ist, daß die Heilung nur schwer möglich ist. Im Behindertengesetz sind vielleicht zum erstenmal sehr deutlich Ansätze sichtbar, rechtzeitig helfen zu können. Diese Möglichkeiten sollen ausgenutzt werden, und zwar so, daß wir vorhandene Einrichtungen ausbauen und möglichst benützen. Frau Abg. Psonder hat schon von der Taubstummenanstalt gesprochen, die nun freiwerden wird — übrigens eine langjährige Forderung die wir von seiten der ÖVP immer wieder erhoben haben —, erinnern Sie sich, was der seinerzeitige Landtagsabgeordnete und jetzige Nationalrat Weidinger zu diesem Thema vorgebracht hat. Diese Anstalt z. B. sollen wir gut benützen, denn gerade auf dem Gebiet der Gehörbehinderten läßt sich durch Vorbeugungsmaßnahme besonders viel erreichen. Eine Voraussetzung, daß solche Maßnahmen aber auch tatsächlich durchgeführt werden können, daß also die bestehenden Gesetze und die Einrichtungen usw. genützt werden können, ist, daß der Personenkreis, der diese Hilfe erfahren müßte, diese auch rechtzeitig in Anspruch nimmt, daß er von der Hilfsmöglichkeit erfährt und sie überhaupt zu nützen bereit und gewillt ist. Das ist durchaus nicht immer der Fall, es gibt sehr viele Menschen, die entweder nichts wissen oder denen es zu beschwerlich ist, rechtzeitig Hilfe zu suchen.

Hier Brücken zu schlagen, ist eine besondere Aufgabe der Fürsorgerin. Da sind wir nun wieder bei dem Problem, welches Frau Abgeordnete Psonder schon besprochen hat und von dem ich schon gestern gesprochen habe anlässlich meiner Forderung, die Fürsorgerinnen besser zu entlohnen. Die Fürsorgerinnen haben da wirklich eine ganz, ganz wichtige Aufgabe und ich bin überzeugt, daß man durch den richtigen Einsatz einer ausreichenden Zahl von Fürsorgerinnen wirklich Geld einsparen könnte. Es wäre wahrhaft günstiger, wenn man, statt Bargeldunterstützungen auszuteilen, mehr Mittel für die Ausbildung und Bezahlung von Fürsorgerinnen aufwenden würde. Diese könnten dann wirkungsvoller arbeiten. Es ist zwar oft angenehmer, eine finanzielle Hilfe geben zu können, nicht so problematisch und schwierig, wie menschliche Hilfe. Aber wirkungsvoller ist immer wieder die menschliche Hilfe, die gerade die Fürsorgerinnen geben können. Damit wir aber mit den verhältnismäßig wenigen Fürsorgerinnen, die wir im Lande haben, ausreichen, müßte einiges verbessert werden. Die Fürsorgerinnen müßten rationeller eingesetzt werden können. Ich glaube, es wäre notwendig, daß in jedem Bezirk eine ältere Fürsorgerin als Bezirksfürsorgerin tätig wäre, die für den Einsatz der übrigen Fürsorgerinnen sorgen könnte und die auch den einzelnen jungen Fürsorgerinnen ein wenig mit Rat und Tat zur Seite stehen könnte. Ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, wie schwierig es für eine solche junge Fürsorgerin ist, die gerade von der Schule kommt, wenn sie die Verantwortung übernehmen muß, zum Beispiel ein Kind den Eltern abzunehmen, oder eine Maßnahme einleiten zu müssen, die über das Schicksal eines Menschen entscheidet und die dann niemanden hat, mit dem sie es nur wirklich besprechen kann. Derzeit bestehen nur Möglichkeiten, hier und da einmal Besprechungen abzuhalten, aber so selten, daß man wirklich sagen muß, daß die jungen Fürsorgerinnen zu wenig an Führung und Besprechungsmöglichkeiten haben.

Auf der anderen Seite geschieht es aber öfter, daß in den Bezirkshauptmannschaften die Fürsorgerinnen für untergeordnete, administrative Arbeiten verwendet werden, wofür Fürsorgerinnen durchaus nicht rationell eingesetzt sind. Ihre Arbeit und das, was sie können, ist wirklich zu kostbar für solche Arbeiten, die auch von Schreibkräften erledigt werden könnten. Um die Fürsorgerinnen rationeller einsetzen zu können, wäre es aber auch notwendig, ihnen mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung zu geben. Es wird da zu wenig getan und es müßte wesentlich mehr gemacht werden. Vielleicht wäre es möglich, daß man einzelne Fürsorgerinnen speziell schult, ihnen die Möglichkeit zur Weiterbildung gibt, zum Besuch von Tagungen im Ausland usw., denn die heutige Arbeit einer Fürsorgerin liegt sehr oft auf erzieherischem, auf psychologischem Gebiet, was viel komplizierter ist, als wenn man einen Menschen nur mit materiellen Dingen versorgen muß. (Abg. Psonder: „Bildungszulagen wie bei den Lehrerinnen.“) Ich glaube, die Bildungszulage wäre weniger wichtig, als daß man ihnen tatsächlich die Möglichkeit zur Schulung gibt. Über die Einstufung habe ich schon gestern

gesprochen, darüber ist nichts weiter zu sagen. Aber auch sonstige verbesserte Dienstbedingungen sind sicherlich eine Forderung. Eines möchte ich als erreicht herausstellen und das ist die Motorisierung der Fürsorgerinnen. Es klappt das, was bis jetzt geschehen ist, das heißt, die Fürsorgerinnen sind zufrieden mit den Lösungen, die bis jetzt gefunden wurden. Man müßte höchstens den einen Wunsch anmelden, daß das fortgesetzt werden soll, was da begonnen wurde.

Eine weitere Arbeit, die ebenfalls sehr notwendig ist, liegt auf ähnlichem Gebiet. Frau Abgeordnete Psonder hat schon die Arbeiten der Erziehungsanstalten herausgestellt und da müssen wir ihr wieder recht geben, diese Arbeit steht und fällt mit der Arbeit der Erzieher. Sie sind noch schlechter eingestuft als die Fürsorgerinnen. Das ist begreiflich aus der Entwicklung, weil es dafür früher keine Ausbildungsmöglichkeiten gegeben hat und in Österreich das Beamtendienstrecht immer die Vorbildung miteinbezieht in die Einstufung. Nun ist es so, daß gerade Fürsorgerinnen und Erzieherinnen mit ihrer Tätigkeit nicht recht in das Beamtenschema hineinpassen. Es wäre daher notwendig, daß man besonders für die Erzieher eine neue Form des Dienstrechtes fände, entweder sie ins Lehrerschema miteinbezieht oder ein neues Schema für diese sozial arbeitenden Menschen findet. Es bleibt aber den zuständigen Fachleuten überlassen, hier eine bessere Regelung zu finden. Erleichtert wird die bessere Einstufung auch dadurch, daß wir jetzt die Möglichkeit der Ausbildung haben. Es gibt die Erzieherschule bei Baden bei Wien, eine Bundeslehranstalt, deren Arbeit ja auch in den Schulgesetzen verankert ist. Das ist eine Schule die als Berufsfachschule die notwendige Ausbildung gibt, so daß auch diese Kräfte entsprechend eingeschult werden können. Sehr dankenswerterweise hat diese Erzieherschule nun auch begonnen, Seminare für bereits tätige Erzieher zu führen, und so können diese Berufsgruppen auch wirklich die notwendige Fortbildung erhalten, die ganz außerordentlich wichtig ist. Wir müssen sagen, daß das wirklich eine soziale Tat ist, vom Unterrichtsministerium ausgehend, für die wir sehr, sehr dankbar sein müssen. Es werden da Erzieher aus den verschiedensten Heimen weitergeschult, nicht nur von Fürsorgeerziehungsanstalten, sondern auch z. B. von Landesjugendheimen, Internaten usw. Und wenn man solch eine Erzieherin hört, die von solch einem Kurs zurückkommt, so spürt man, wie sie erfüllt ist von all dem Guten, Wichtigen, Brauchbaren, das sie gelernt hat. Da geschieht wirklich ein sehr Wesentliches. Auch die Erzieher müßten, ähnlich wie die Fürsorgerinnen, nicht nur besser eingestuft werden, sondern es wäre vielleicht notwendig, Zulagen zu geben. Auch ließe sich Verschiedenes verbessern, daß dieser Beruf anziehender wird für junge Menschen, die innerlich noch bereit sind, soziale Arbeit auf sich zu nehmen. Leider geschieht es aber, daß Erwachsene ihnen dann abreden und sagen: „Du wirst ja nicht so dumm sein, solch eine schwere Arbeit auf dich zu nehmen?“ So wird der richtige Instinkt der jungen Menschen zerstört, die eine Tätigkeit, die eine lebendige, schöne, nicht trocken papierene ist, auf

sich nehmen möchten. Nachdem die Fürsorge so wesentlich mit der Tätigkeit solcher Menschen zusammenhängt, wäre da eine weit vorausschauende Sozialpolitik notwendig. Da die Verwahrlosung der Jugend zunimmt, werden wir noch mehr Fürsorgerrinnen brauchen. Eine Vermehrung der Aufgaben wird es nicht nur auf dem Gebiet der Jugend-, sondern ebenso auf dem Gebiet der Altenfürsorge geben.

Auch die alten Menschen brauchen Hilfe, auch für sie reicht es nicht aus, ein Dach über dem Kopf zu haben und das notwendige Essen, sondern auch die alten Menschen brauchen Beratung, brauchen menschliche Hilfe — ich möchte es so ausdrücken —, um zu lernen, in der rechten Weise alt zu werden. Das sind noch wesentliche soziale Aufgaben.

Eine neue Möglichkeit im Bereich der Fürsorge ist die Förderung des Kindergartenwesens und der Horte. Diese Aufgabe liegt zwar noch in der Zukunft, weil wir erst das Kindergartengesetz zu beschließen haben werden, in welcher Form, läßt sich heute noch nicht voraussehen, es ist erst der Entwurf erstellt. In kurzer Zeit wird uns dieser Entwurf vorgelegt werden, und es ist erfreulich, daß bereits Mittel im Budget vorgesehen sind, um auch da zu fördern. Fördern betone ich deshalb, weil auch private Institutionen dieser Förderung teilhaftig werden sollen, da die privaten Einrichtungen oft sehr wirkungsvoll und dabei sehr wirtschaftlich arbeiten.

Ganz kurz möchte ich noch darauf eingehen, was die Frau Abgeordnete Psonder zu den unehelichen Kindern gesagt hat, daß es da notwendig wäre, für diese zu neuen gesetzlichen Bestimmungen zu kommen. Ich glaube, die unehelichen Kinder leiden nicht einmal so sehr unter den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen als eine andere Gruppe von Kindern, bei denen tatsächlich eine rechtliche Regelung außerordentlich notwendig wäre, und das sind die Scheidungskinder. Da steht es in Österreich wirklich im argen, da sind wir hintenan. Wenn man weiß, was auf dem Gebiete des Elternrechtes usw. in Europa bereits besteht, so sind wir mit unserem rein patriarchalischen Recht zurück. In anderen Ländern gibt es das Elternrecht und das wäre auch für die Kinder aus geschiedenen Ehen wesentlich günstiger, denn so kommt es allzu leicht vor, daß die Kinder, die aus geschiedenen Ehen stammen, dann von Entscheidungen des Vaters abhängen, der mit dem Kind überhaupt keine Verbindung mehr hat, der sich sonst überhaupt nicht um das Kind kümmert. Das wäre eine wichtige neue Arbeit, die auf dem Gebiete des Rechtes für solche Kinder notwendig wäre. Damit möchte ich aber meine Ausführungen zu den einzelnen Maßnahmen abschließen.

Ich möchte nur noch im Namen meiner Fraktion allen danken für diese Arbeit, die auf diesem Gebiete geleistet wird. Es wird hier sehr gute Arbeit geleistet. Wenn man hört, daß andere Bundesländer ihre Kinder in steirische Erziehungsheime geben möchten, weil sie hier tatsächlich eine gute Betreuung finden, da sehen Sie dann, daß das Eigenlob berechtigt ist, daß hier in der Steiermark gute Arbeit geleistet wird. Dafür wollen wir wirklich vom Herzen allen danken, auch den in dieser Arbeit

tätigen Beamten und allen Verantwortlichen. Ich habe von diesen Problemen der Fürsorge nur einige herausgegriffen und damit unser Ja zur Fürsorge bekräftigen wollen. Wenn man die ganzen Posten der Gruppe 4 überblättert, wenn man die Hilfe für die Geisteskranken die Tuberkulosen, die Blinden, die Behinderten, die Alten und die Jugend, die Kriegsgesopfer, Flüchtlinge und finanziell Hilfsbedürftigen und alle die einzelnen Menschen an dem inneren Auge vorüberziehen läßt, die diese Hilfe brauchen, dann erfaßt man erst, wieviel an Not und Leid es noch gibt. Dann wird wohl jeder Mensch, der sich selbst helfen kann und der selbst seinen Platz im Leben gefunden hat, anderen helfen, so wie wir von diesem Haus aus es mit allen Kräften tun wollen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Scheer. Ich erteile es ihm.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist sehr leicht, jetzt überleitend zu sprechen nach den beiden Vorrednerinnen, die eine Reihe von Dingen aufgezählt haben, die unter dem Kapitel „Fürsorgewesen“ zu behandeln sind und die wir hier behandeln. Ich möchte sagen, daß der Übergang vom Kulturwesen zum Fürsorgewesen, von der Gruppe 3 zur Gruppe 4, eigentlich in gerader Linie erfolgt. Eigentlich müßten diese Gruppen in der Reihenfolge vertauscht werden, weil, wenn wir uns genau überlegen, die beste Kultur mit einem hungrigen Magen und ohne Dach über dem Kopf und ohne entsprechende soziale Leistungen eine rein in den Wind gesprochene Angelegenheit bleibt, wenn wir nicht zunächst auf breiter Basis die sozialen Leistungen erbringen und die Fürsorgeleistungen erbringen, um überhaupt den Boden für eine kulturelle Aufnahmefähigkeit zu schaffen. Und wir müssen endlich — und wir sind eigentlich schon sehr weit gekommen — soweit kommen, daß die Fürsorge und Sozialleistung nicht durch Bettelei, sondern durch gesetzlichen Anspruch gewährleistet werden. Das ist unser Ziel und wir sind diesem Idealziel eigentlich auch schon sehr nahe gekommen. Wenn wir einen kleinen Blick — und ich werde mich wirklich beeilen — in die Vergangenheit tun, dann muß man es vielleicht noch krasser aussprechen, daß in vergangenen Zeiten überhaupt die Kultur nur das Vorrecht der Besitzenden gewesen ist, wobei die große Masse des Volkes von Kultur ausgeschlossen war. Aber bitte, ich will nicht in die Kulturdebatte zurückgreifen, sondern will wirklich direkt sagen, daß wir also eine gewisse besondere Verpflichtung haben, die Stiefkinder der wirtschaftlichen Prosperität, die diese Fürsorge beanspruchen müssen, teils mit, zum großen Teil aber auch ohne Schuld, daß wir diesen zur Fürsorge gezwungenen Leuten mehr als anderen helfen müssen. Denn ich bitte auch das zur Kenntnis zu nehmen, meine Damen und Herren, daß es viele Leute gibt, die rot werden, die sich schämen, wenn sie die Fürsorge in Anspruch nehmen müssen und daß wir denen, wie gesagt, noch mehr helfen müssen als anderen. Wir wissen sehr wohl, daß es auch einen großen Teil gibt, die sich Fürsorgeleistungen erschwindeln zum Nachteil der Allgemein-

heit, daß dieser Teil aber Gott sei Dank klein genug ist, daß er auch entsprechend abgewiesen werden kann.

Diese einleitenden Worte, meine Damen und Herren, glaube ich diesem Kapitel schuldig zu sein, weil wir damit unsere Legitimation noch viel deutlicher haben, auf diesem Gebiet des Fürsorgewesens mehr als je zu tun.

Eine neue Post ist mir aufgefallen in dieser Budgetgruppe, und zwar ein Betrag von 570.000 S, der für eine Waldschule in Wiener Neustadt ausgegeben wird, und zwar für Berufsausbildung für Körperbehinderte. Vom Land Steiermark werden hier Beiträge geleistet, weil wir noch keine derartige Berufsschule für Körperbehinderte haben. Ich glaube, daß es gut ist, daß wir unsere Körperbehinderten, wenn es sein muß, außer Landes schicken können, wenn man damit ihrem beruflichen Fortkommen einen Dienst erweisen kann. Wir wissen, daß der Nationalrat eine Erhöhung der Mindestrenten nach dem ASVG. um 9% für das nächste Jahr beschlossen hat, und zwar 4½% ab 1. Jänner 1965 und 4½% mit 1. Juli 1965. Wir dürfen hier im Landtag mit Genugtuung feststellen, daß die Fürsorgerichtsätze bereits ab 1. Jänner 1965 zur Gänze mit einer 10%igen Erhöhung angesetzt worden sind. Ich darf das hier besonders feststellen, weil das eine ganz besondere Leistung des Landes ist, die wir damit durchführen.

Zu dem Behindertengesetz, das vor kurzem hier den Hohen Landtag passiert hat und das ein gutes Gesetz geworden ist, möchte ich nur sagen, daß wir wahrscheinlich zu einer baldigen Novellierung schreiten werden müssen. Es sind im Behindertengesetz die Cerebralgestörten nicht berücksichtigt, wobei eine zunehmende Zahl von Cerebralgestörten festzustellen ist, die meines Wissens im derzeitigen Behindertengesetz nicht erfaßt sind. (Abg. Egger: „Die Behinderten sind ja nicht aufgezählt im einzelnen, sie sind nicht erfaßt, weil nur ganz allgemein die Menschen angeführt sind, die Hilfe brauchen.“) Im weiteren möchte ich sagen, obwohl es schon von meinen Vorrednern angeführt worden ist, aber nicht genug betont werden kann, daß wir unser Augenmerk in zunehmendem Maße der Altersfürsorge bzw. der Altersversorgung, oder noch besser gesagt, der Betätigung im Alter zuwenden müssen. Es ist nämlich ein interessanter Umstand, der sich auch in unserer Sozialgesetzgebung breit macht, daß wir nämlich das arbeitsfähige Alter immer mehr zurückschrauben, von 65 auf 60 und von 60 auf 55 Jahre, ohne dabei zu bedenken, daß man damit eigentlich den noch arbeitsfähigen Pensionisten oder dem Staat nicht sehr viel Gutes antut. Viele Leute, die in Pension gehen, wissen nämlich mit ihrem Pensionistendasein nichts Rechtes anzufangen; auf der anderen Seite gibt es Staatsmänner, die mit ihrem 85. oder 86. Lebensjahr sehr wohl in der Lage sind, ganze Staaten zu führen, aber von uns nimmt man es nicht an, daß wir mit 65 Jahren überhaupt noch eine Leistung für unser Land erbringen können. Natürlich möchte ich sagen, daß man durch die Streichung der Pensionsansprüche bei Arbeitswilligen, die nach 25 Jahren noch weiter arbeiten wollen, bei Gott kein gutes Werk tut

und daß auch das in einem Altenplan einzubeziehen wäre und daß wir diesem Gedanken für unsere Alten in dieser Richtung hin überlegen müßten, wie wir den alten Menschen in eine Tätigkeit für sich und damit für die Allgemeinheit einspannen können, damit er die Einsamkeit des Alters überwindet. Ich glaube, gerade diese Einsamkeit des Alters ist etwas, wovor man am meisten Horror haben müßte, weil man weiß, wie arm die Leute sind, die einsam sind und nicht über entsprechende Familienanschlüsse verfügen. Es ist ja vom ehemaligen Einlegersystem bis zur modernen Auffassung der Altersversorgung ein weiter Weg gegangen worden und wir wollen, daß dieser Weg für unsere Alten, die ein Leben lang für die Gemeinschaft gearbeitet haben, auch einen Vorteil bringen soll.

Wir brauchen im Lande weitaus mehr Fürsorgeheime als wir bisher haben. Wir haben zwar jetzt das Fürsorgeheim in Radkersburg vor kurzem eröffnet, das ein Schmuckstück unseres Landes bildet. Und wir dürfen auch alle Anerkennung dafür den Initiatoren sagen, müssen aber gleichzeitig sagen, daß es notwendig wäre, noch mehr zu bauen, und daß wir solche Heime wie z. B. Ehrnau auf alle Fälle auflassen und dafür etwas Neues und Anständiges hinstellen müssen. Wer das Haus in Ehrnau gesehen hat, wird sagen, daß dort keine menschenwürdige und auch des Landes würdige Aufenthaltsstätte für unsere Alten geschaffen wurde und es hoch an der Zeit wäre — ich möchte das besonders unserem Landes-Fürsorgereferenten Landesrat Gruber ans Herz legen —, daß man Ehrnau einmal aufläßt und an seiner Stelle ein menschenwürdiges Heim den Alten und Siechen bietet.

Meine Damen und Herren, die Freiheitliche Partei wird gerne diesem Budgetkapitel ihre Zustimmung geben, weil wir wirklich sagen dürfen, daß es ein Anliegen des gesamten Landtages gewesen ist, daß wir ein solches Budget erstellen konnten, und wir wollen hoffen, daß die Finanzen es in Zukunft auch immer wieder zulassen, daß das Fürsorgewesen in diesem Umfang wie bisher bestellt werden kann. Auf der anderen Seite aber hoffen wir, daß die Wirtschaft unseres Landes so weit voranschreitet, daß wir die Befürsorgten und diejenigen, die der Fürsorge bedürfen, möglichst in der Hand ihrer Familien belassen können und nicht von der Allgemeinheit versorgen lassen müssen, denn dann wird es mit uns allen besser bestellt sein. Ich bin glücklich, sagen zu dürfen, daß wir gerne diesem Fürsorgewesen unsere Zustimmung geben. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Karl Lackner. Ich erteile es ihm.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Der Unterabschnitt 43 im Fürsorgekapitel beinhaltet die Förderung der freien Wohlfahrtspflege. Es ist dies deshalb ein beachtlicher Unterabschnitt, weil mit diesen Ansätzen wirklich echte Hilfe geleistet werden kann. Ich möchte von diesen Ansätzen nur — man sagt sonst eine Rosine herausnehmen —, in dem Fall möchte ich sagen, einen Edelstein herausnehmen, und zwar das steirische Mutterhilfswerk. Eine

Arbeitsgemeinschaft des Landes Steiermark, der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft und der Caritas hat seit Jahren eine Familienhilfe eingerichtet, unsere Familienhelferinnen, die seit ihrem Wirken auf eine beachtliche Leistung zurückblicken können. Wir haben zwar ein modernes Mutterschutzgesetz, aber es können bei weitem nicht alle Frauen und Mütter und schon gar nicht die kleinen Bergbäuerinnen die Vorteile dieses Gesetzes in Anspruch nehmen, weil sie, falls es überhaupt noch eine Ersatzkraft gibt, sich es nicht leisten können, und so müssen eben diese Mütter bis zu ihrer Niederkunft und 8 Tage später wieder ihre schwere Arbeit selbst verrichten. Und da sind es gerade die Familienhelferinnen, die hier so wertvoll helfend eingreifen. Aber die Familienhelferinnen stehen nicht nur den Wöchnerinnen zur Verfügung, sondern immer und überall, wenn irgendwo eine Familie durch Krankheit oder Tod in Not gerät, dann sind sie eben zur Stelle. Und wenn man in die Arbeit dieser stillen, namenlosen Samariterinnen hineinleuchtet, so sieht man doch, obwohl wir eigentlich in der Zeit des Wohlstandes und des Fernsehens leben, welche große Not in so manchen Familien noch vorhanden ist und wie dankbar diese Familien sind für diese Hilfe, die ihnen durch die Familienhelferinnen gegeben wird, Familienhelferinnen die diese Arbeit nicht deshalb verrichten, um sich Geld zu verdienen, sondern um einfach zu helfen, um einfach verwaisten Kindern wenigstens vorübergehend eine Mutter zu sein. Und wenn dann die Familienhelferin ihre Aufgabe erfüllt hat, wenn sie sich wieder neuen Aufgaben zuwenden muß, dann kommt oft erst richtig das Leid und das Elend in diesen schwer betroffenen Familien zum Ausdruck, wenn die Kinder, die sie betreut hat, sagen: „Tante, bleib noch bei uns, sonst sind wir wieder allein“, so wie es aus den Tagebüchern der Familienhelferinnen hervorgeht. Und wenn wir uns alle in dieses seelische Leid dieser betroffenen Kinder und Familien hineinendenken, so sind wir wohl alle im Hohen Hause verpflichtet, daß wir uns besonders um diesen modernen Sozialberuf annehmen und daß wir besonders diesen Beruf unterstützen. Zur Zeit sind 83 Familienhelferinnen in der Steiermark im Einsatz, der Stand soll auf 100 erweitert werden. Sie sind in den Heimen der Caritas untergebracht, diese Räume sind aber zu klein, es ist der Ausbau von Internatsräumen und Schulungsräumen dringend notwendig. Ich bitte heute hier in diesem Haus, daß bei der nächsten Erstellung des Budgets auch für diese vornehme Aufgabe die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dem Direktor der Caritas aber und allen Familienhelferinnen möchte ich für die 1400 Einsätze in 17.000 Arbeitstagen für die so schwer betroffenen Familien herzlich danken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter DDr. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Stepantschitz: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, nach dem vielen Wichtigem, das schon über die Altersfürsorge gesagt wurde, noch einige Anmerkungen von mir entgegenzunehmen. Es ist zweifellos richtig, was der

Herr Abgeordnete Scheer angedeutet hat, es steht die Altersfürsorge irgendwie im Widerspruch mit dem Fortschritt, den gerade auch die Sozialpolitik gebracht hat, denn es ist ein Erfolg der Sozialpolitik, die durch die Errungenschaften der Medizin dazuführt, daß die Menschen immer älter werden und sich auch immer länger gesund und rüstig erhalten. Und die gleiche Sozialpolitik verlangt nun, daß der Mensch weniger lange arbeitet. Ich will damit nicht ein Schlagwort in die Diskussion werfen, ich weiß, daß man hier nicht alles über ein Schema schlagen kann, daß es von Beruf zu Beruf verschieden ist, daß es Berufe gibt, wo man zweifellos auch in Zukunft die Arbeitszeit wieder weiter herabsetzen wird müssen. Ich meine den Zeitpunkt der Pensionierung. Es gibt aber auch Berufe, wo man auf einen Aufschrei der Entrüstung stoßen würde, wenn man den Betroffenen zurufen würde, um einige Jahre früher in Pension zu gehen. Nun, die Sache ist die, wir erhalten die Menschen länger rüstig und gesund, und die Menschen wollen, um einen Lebenszweck auch weiterhin zu haben, nun auch eine Beschäftigung ausüben. Und in einem Beruf ist es nun möglich, diese Beschäftigung in gewohnter Weise weiterzuführen, in anderen Berufen erbringt das Alter die Notwendigkeit einer Umstellung, einer Anpassung. Es kann sich ja in vielen Fällen nur um eine Nebenbeschäftigung handeln, die erst in späteren Jahren ausgeübt wird. Vor allem darf ich aber bitten, einen Gesichtspunkt gerade in dieser Frage zu berücksichtigen. Wie nirgends vielleicht, so ist hier das Prinzip der Subsidiarität zu beachten. Wenn wir einem alten Menschen helfen wollen, dann müssen wir ihn vor allem, wenn es irgendwie geht, in seiner gewohnten Umgebung, in seiner Familie erhalten. Und nur dort, wo das auf keinen Fall möglich ist, dort können dann Heime, Anstalten, Aktionen Platz greifen.

Nun zu den Heimen: Wir haben Gott sei Dank erfreulicherweise gerade in der Steiermark nun auch moderne Altersheime neben anderen, die zweifellos richtiger als Kasernen angesprochen werden müssen. Bei den Heimen aber möchte ich bitten, in Zukunft noch mehr als bisher von dem Gesichtspunkt auszugehen, daß nicht jeder, der alt ist, schon in jeder Richtung hilfsbedürftig ist. Wir haben im Christophorus-Heim, das von privater Hand gebaut wurde, in Graz an der Ries die Erfahrung gemacht, daß nur 20% der Insassen Wert darauf legen, im Heim verpflegt zu werden. 80% ziehen es vor, sich selbst zu verpflegen, selbst zu kochen. Es wäre also zweckmäßig, auch in den größeren Altersheimen weit mehr als bisher die Möglichkeit zu schaffen, daß alte Menschen sich selbst die notwendigen Verrichtungen machen, selbst auch verpflegen. Man könnte hier Personal einsparen, man könnte hier vor allem aber erreichen, daß auch der alte Mensch doch eine echte Aufgabe wenigstens darin sieht, sich selbst dienlich zu sein. Wir wissen, daß es notwendig ist, für die alten Menschen zu sorgen in verschiedener Richtung. Wir wissen, daß wir Gesetze haben für die Jugend. Wir werden wahrscheinlich in absehbarer Zeit auch Gesetze haben für die alten Menschen. Aber auch hier gilt die Tatsache, daß mit dem Gesetz allein nichts getan ist, daß wir vor allem die Menschen brau-

chen, die dem alten Menschen helfen, aber auch nicht die beamteten Menschen, die ja nur dann eingreifen, wenn die Familie versagt, daß wir vor allem, und das ist eine Frage, die eigentlich beim Kapitel „Schulwesen“ zu behandeln gewesen wäre, die jungen Menschen dahin erziehen müssen, daß sie wissen, daß das Alter geehrt werden muß. Denn schauen Sie, es ist so, der alte Mensch ist nicht etwas, was so schon auf die Seite geschoben wird, was schon zugrunde geht. Der alte Mensch muß geachtet werden auch nicht nur deshalb, weil letztlich unsere Eltern, unsere Vorfahren, dieses Land in sehr, sehr schweren Zeiten doch über das Ärgste hinweggebracht haben. Der alte Mensch muß vor allem auch deshalb im Mittelpunkt der Familie bleiben, weil er es ist, der die Erfahrung weitergibt, weil er es ist, der die Lebensweisheit den jungen Menschen übertragen kann, und wir brauchen nicht nur das Fachwissen und die Bücher und die Studien und die Atombomben und die Atomreaktoren und weiß Gott noch was, das alles ist Intelligenz und ist Intellekt, das ist nicht Weisheit. Wir brauchen aber, wenn wir bestehen wollen, wenn wir eine kräftige, geistig und körperlich gesunde Jugend heranziehen wollen, die Weisheit, und diese Weisheit kann nur der Mensch haben, der die Erfahrung hat, der alte Mensch. Deshalb also meine Bitte, vergessen wir gerade beim Kapitel Altersfürsorge nicht: Der alte Mensch soll nicht nur versorgt werden, weil es sich eben gehört oder weil es vielleicht Pflicht ist, der alte Mensch soll deshalb versorgt werden, und es soll geholfen werden, weil wir jüngeren ihn brauchen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es spricht Herr Abgeordneter Schläger.

Abg. Schlager: Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Es ist heute schon sehr viel über den großen Kreis der Befürsorgten gesagt worden. Es ist vor allen Dingen unterstrichen worden, daß es sich bei dem Kreis der Befürsorgten um Menschen handelt, die unverschuldet in Not geraten sind und die der Hilfe unseres Landes sehr bedürfen. Es bleiben mir daher auch nur mehr wenige Anmerkungen, die ich zu diesem Kapitel machen möchte. Das eine ist vor allen Dingen, daß die Erhöhung der Richtsätze, die nunmehr in der Landesregierung über Antrag des Herrn Landesrates Gruber beschlossen wurde, wohl das schönste Geschenk für die Befürsorgten anlässlich der Weihnachtsfeiertage ist. Ich möchte auch dafür herzlich danken. Wenn man auch mit den neuen Fürsorgerichtsätzen auf eine Fürsorgerente von 600 bis 650 S kommt, möchte ich dazu doch feststellen, daß wir damit noch nicht jenen Satz erreicht haben, den z. B. das Lohnpfändungsgesetz vorsieht, und in welchem festgelegt ist, daß 750 S das Existenzminimum sind. Ich bin der Meinung, daß der Weg dahin gehen müßte, daß man auch den Befürsorgten diesen Betrag zukommen lassen könnte.

Heute wurde schon viel gesprochen, aber eine wichtige Tatsache wurde nicht aufgezeigt, meine Damen und Herren. Einen wesentlichen Teil der Fürsorge im Lande Steiermark tragen die steirischen Gemeinden. Die steirischen Gemeinden haben

große Lasten und betreiben eine Fürsorge, die in jeder Weise aner kennenswert ist. Ich glaube, daß man hier im Hohen Haus den steirischen Gemeinden dafür danken soll, weil sie einerseits vieles aus eigener Initiative tun und andererseits große Beträge an die Bezirksfürsorgeverbände zahlen müssen. Wenn ich sage, daß die Gemeinden eine hohe Eigeninitiative entwickelt haben, dann auf allen Gebieten, nicht nur bei den Befürsorgten selbst in Form der Fürsorgeauszahlung, sondern auch in der Betreuung der alten Menschen. Lesen Sie doch einmal die Nachrichten, wie die Gemeinden beim 70., 75. und 80. Geburtstag die alten Menschen betreuen und sich ehrlich dieser alten Menschen annehmen, und wie sie immer wieder nachdenken, was man noch tun könnte, um das Leben dieser alten Menschen aufzulockern.

Andererseits leisten die Gemeinden auch bedeutende Dinge auf dem Gebiet der Jugendfürsorge. Dies nur zu diesem Problem. Eine große Sorge ist in der letzten Zeit immer wieder bei den Kriegsoffizieren aufgetaucht, meine Damen und Herren. Vor allem bei der Vergabe von Trafiken. Es sind doch Richtlinien vorhanden, daß die Trafiken vor allen Dingen an Schwerkriegsbeschädigte vergeben werden sollen, an Leute mit Opferaussweisen und dergleichen mehr. In den Vordergrund rückt die Tatsache, daß nicht die Finanzlandesdirektion oder jener Beirat die Trafikenvergabe echt vornehmen kann, sondern daß die Trafikenvergabe von den lokalen Verhältnissen bestimmt wird. Immer wieder kommen in der letzten Zeit Vorfälle vor, daß z. B. Personen mit einer 70—80%igen Invalidität um eine Trafik ansuchen, aber keine bekommen, weil sie kein entsprechendes Lokal nachweisen können, während Personen mit 30%iger Versehrtheit oder noch darunter eine solche erhalten, weil sie eben ein Lokal haben. Ich glaube, es müßte doch alles unternommen werden, daß man einem echt Schwerkriegsversehrten die Möglichkeit gibt, zu einer Trafik zu kommen. Aber auch im öffentlichen Dienst besteht eine Härte für Kriegsbeschädigte, die versuchen, eine Trafik zu erwerben. Und zwar besteht die Härte darin, daß sie zuerst ihren Dienst aufgeben müssen, damit sie ansuchen können, obwohl sie gar nicht wissen, ob sie eine Trafik erhalten können. Ich bin der Meinung, daß Schritte unternommen werden müssen, um hier diese Härten auszuschalten. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist ja reine Bundessache!“) Und wenn der Herr Landeshauptmann Krainer sagt, daß sei Bundessache, so habe ich ja schon darauf hingewiesen, daß das Land bei verschiedenen Dingen initiativ war, und ich würde mich daher freuen, wenn auch in dieser Sache von hier aus eine Initiative erfolgen könnte. Es liegt ja dem Hohen Hause unter der Gruppe 4 auch ein Resolutionsantrag vor, der von uns angeregt und eingebracht wurde und dem alle anderen Parteien des Hohen Hauses beigetreten sind. Dieser Resolutionsantrag besagt, daß die Landesregierung aufgefordert wird, im nächsten Voranschlag für die Gewährung von Zinsenbeihilfen bei Inanspruchnahme von Anschaffungs- und Kleinkrediten in berücksichtigungswürdigen Fällen, vor allem bei Haushaltsgründung und Wohnungsbeschaffung, vorzusorgen. Es ist dieser Antrag si-

cherlich äußerst vorsichtig gehalten, weil man weiß, wie groß dieses Problem ist. Aber auf der anderen Seite wissen wir auch, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, den jungen Menschen bei der Haushaltsgründung zu helfen. Wir alle wissen, wie groß dieses Problem ist. Ich kann aus meiner ständigen Erfahrung als Staatsbeamter sagen, wenn so ein ganz junges Paar vor mir sitzt und sich freudig das Ja-Wort gibt und dann in das Leben hinaustritt, daß die Sorge Nummer 1 die Wohnung ist. Der Anfangsgehalt ist klein, es wird wenig verdient und diese Sorge ist daher am größten. Die Haushaltsgründung ist außerordentlich schwierig. Es ist in diesem Haus schon viel darüber beraten worden, es sind schon viele Wege aufgezeigt worden, aber es ist noch zu keinem tatsächlichen entsprechenden Antrag gekommen, der hier wirklich hilfreich gewesen wäre. Ich bitte daher von dieser Stelle aus die Hohe Landesregierung, sich darüber ernstlich Gedanken zu machen. Die jungen Leute sind ja bereit, Darlehen aufzunehmen und zu sparen, um diese selbst zurückzahlen. Sie können aber meist nicht die hohen Zinsen solcher Darlehen tragen. Es ist daher gerade aus diesem Grund dieser Antrag berechtigt und vor allem zielführend. Ich möchte meine Ausführungen damit schließen, daß ich sage, daß, wenn wir auf diesem Gebiet mitwirken, den jungen Menschen zu helfen, sich einen Hausstand zu gründen, wir damit sicherlich dem ganzen Land eine gute Tat erweisen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Es spricht Herr Abgeordneter P a b s t.

Abg. Pabst: Hohes Haus, geehrte Damen und Herren! Der Unterabschnitt 449 „Sonstige Wohlfahrtsmaßnahmen“ sieht in der Post 307 Beihilfen zur Beschaffung von Wohnungen für besonders kinderreiche Familien in einer Höhe von 1,350.000 S vor. Dieser Betrag hat sich gegenüber dem Vorjahr erfreulicherweise fast verdoppelt. Ich glaube, dazu muß man etwas sagen. Wir alle kennen die Schwierigkeiten kinderreicher Familien, entsprechende Wohnungen zu erhalten. Und so entschließen sich sehr viele junge Familien, sich ein Eigenheim zu schaffen. Das geht natürlich nur unter allergrößten Anstrengungen, und hier besteht die Möglichkeit, aus diesem Titel kleine Beihilfen zu bekommen. Als Abgeordneter konnte ich einigen solchen kinderreichen Familien, die sich in der letzten Zeit ein Eigenheim geschaffen haben, vermittelnd helfen, daß sie zu diesen Beihilfen gekommen sind. Ich kann feststellen, daß dies wertvollste Hilfe gewesen ist und damit fleißigen und tüchtigen Familien wirklich geholfen wurde. Nur eines verstehe ich wirklich nicht, Herr Landesrat Gruber, daß zur aufrechten Erledigung wenigstens dieser Fälle, die ich beschrieben habe, fast ein ganzes Jahr erforderlich ist. Ich könnte hier wirklich mit Namen aufwarten. Ich kann nicht annehmen, daß man zur Erbringung des Familienstandes und der tatsächlichen Bedürftigkeit fast ein Jahr braucht. Allerdings kann ich auch feststellen, daß in solchen Fällen, wo der Bewerber der gleichen politischen Partei wie der zuständige Referent angehört, diese Beihilfeansuchen wesentlich rascher erledigt werden. Ich muß das hier wirklich tadeln und muß besonders dringend

appellieren, da diese Beihilfen für das kommende Jahr entsprechend erhöht wurden, daß für alle Beihilfenbewerber hier einigermaßen die gleiche Zeit zur aufrechten Erledigung gebraucht wird. Ich darf also sehr an Sie appellieren, Herr Landesrat, daß dies für alle gleich gehandhabt wird. (Beifall bei der OVP.)

Präsident Dr. Kaan: Ich erteile Herrn Landesrat Gruber das Wort.

Landesrat Gruber: Sehr verehrte Damen und Herren! Zum Kapitel Fürsorge haben sich alle Abgeordneten, was ich erfreulich vermerke grundsätzlich sehr positiv ausgesprochen und auch dort, wo Erhöhungen entstanden sind. Die Fürsorgepolitik ist zweifellos ein wesentlicher Teil der Sozialpolitik des Landes. Wenn wir die Sozialpolitik im Lande nach zwei großen Gruppen ordnen, erkennen wir das Gesundheits- und Fürsorgewesen. Die Einnahmenseite im Voranschlag der Gruppe 4 wird wahrscheinlich noch eine Verbesserung erfahren. Ausschlaggebend werden die Verhandlungen über den Rückersatz der Aufwendungen der Tbc-Fürsorge durch den Bund sein. Im Bundesbudget 1965 ist ein entsprechender Betrag bereits eingesetzt. Das heißt also, daß die angekündigte Erhöhung der Ausgaben im nächsten Jahr trotz allem wahrscheinlich gar nicht eintreten wird, sondern daß sich die Aufwendungen in ungefähr demselben Umfang halten werden. Daß sich beim Behindertengesetz bei den Einnahmen und Ausgaben Verschiebungen ergeben haben, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß bei der Beschlußfassung über dieses Gesetz eine entsprechende Korrektur hinsichtlich der Beteiligung bzw. der Lastenverteilung zwischen Land und Bezirksfürsorgeverbänden durchgeführt wurde. Es muß aber, glaube ich, auch hier im Hohen Hause und aus Anlaß der Budgetdebatte wiederum festgestellt werden, daß das Schwergewicht aller Fürsorge- und Sozialarbeit im Lande bei den öffentlichen Einrichtungen liegt. Ihre Aufgabe ist es ja vornehmlich an Stelle von Almosen doch den Rechtsanspruch des Hilfsbedürftigen entsprechend zu untermauern. Es geht dabei nicht darum, einen Wertmaßstab für die Tätigkeit der privaten Wohlfahrtsorganisationen abzugeben, denn auch diese haben gute und segensreiche Leistungen vollbracht. Für den Nichteingeweihten mag immer wieder die Frage auftauchen, wenn man die Größenordnung des Fürsorgebudgets betrachtet, es sind immerhin rund 135 Millionen Schilling auf der Ausgabenseite festgelegt, daß dieser Betrag doch in unserer heutigen Zeit des relativen Wohlstandes vielleicht etwas zu hoch gegriffen wäre, oder vielleicht mehr als das Notwendigste gemacht wird. Dazu muß die eindeutige und klare Antwort gegeben werden, daß in diesem Kapitel der Fürsorge es sich nicht um Wünsche, sondern um echte Notwendigkeiten handelt, die immer wieder zurückgestellt werden. Mit den rund 135 Millionen Schilling kann auch im nächsten Jahr nur das Allerdringendste und das Allernotwendigste getan werden. Im Juli d. J. konnten wir ein neues und schönes, zweckmäßiges Landesfürsorgeheim in Radkersburg seiner Bestimmung zuführen. Es wird mit seinen 120 Pflegeplätzen eine Ent-